

Preussische Allgemeine



Nr. 28 · 16. Juli 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Lob des Bewährten

Teil 2 der **PAZ-Sommersgespräche 2021** zur Lage der Nation. In dieser Woche:
Die Schriftstellerin und Publizistin Cora Stephan **Seite 3**



Holocaust Polens Ministerpräsident Morawiecki lehnt Entschädigung ab **Seite 6**



Geschichte Debatte über die Rolle des Kronprinzen Wilhelm **Seite 10**

AUFGEFALLEN

Entthronung ohne eine Entthronung

Zu beneiden ist Michael Kellner derzeit nicht. Ging es nach der Verkündung Annalena Baerbocks zur Kanzlerkandidatin ihrer Partei für die Grünen nur bergauf, so befinden sie sich seit dem Auffliegen diverser Ungereimtheiten im Lebenslauf Baerbocks sowie zahlreicher Plagiate in ihrem Buch (siehe den nebenstehenden Beitrag) im freien Fall: von 30 Prozent im Frühjahr auf zuletzt 17 Prozent.

Gleichwohl ist es Kellners Job als Bundesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter, einen sowohl die eigenen Leute als auch die Wähler begeistern den Wahlkampf zu organisieren. Doch wie anstellen mit einer Kanzlerkandidatin, die in aller Öffentlichkeit als Person entlarvt wurde, die sich größer geben wollte als sie eigentlich ist? Vielleicht doch den weitaus geeigneteren Robert Habeck an die Spitze setzen? Undenkbar, denn das würde das Eingeständnis bedeuten, einen fundamentalen Fehler begangen zu haben. Und dies kommt in der Politik nicht infrage.

Doch Kellner fand eine Lösung: Bei der Präsentation der Grünen-Wahlkampagne fehlte einfach jeder Verweis auf die *Kanzlerkandidatin* Baerbock. Stattdessen verkündete die Grünen-Spitze gegenüber den Medien: „Wir haben ein tolles Spitzenduo.“ Eine faktische Entthronung Baerbocks also ohne ihre formale Entthronung. Ob die Wähler auf dieses durchsichtige Manöver hereinfallen werden? Wohl kaum. Zu groß war der Hype um Baerbock im Frühjahr – und zu peinlich ihre Entzauberung im Sommer. *neh*

POLITIK

Der politische Selbstmord einer grünen Aufschneiderin

Das Desaster der Buchveröffentlichung von Annalena Baerbock offenbart die Mittelmäßigkeit der Kanzlerkandidatin von Bündnis 90/Die Grünen

VON HOLGER FUSS

Zu Jahresbeginn brachte Robert Habeck sein jüngstes Buch heraus: „Von hier an anders“ (Kiepenheuer & Witsch). Die Rezensenten lobten seine „politische Skizze“ als „Theorie für seine künftige Politik“, die mit „Mut zur Selbstironie“ dabei „klassische Themen der Grünen verlässt“ („Tagesspiegel“). Und die „taz“ attestierte ihm: „Seine Referenzliteratur zeigt sich auf Höhe der Problemlage.“

Da wollte Annalena Baerbock nicht zurückstehen, nachdem sie sich im April zur Kanzlerkandidatin der Grünen ausrufen ließ, und veröffentlichte im Juni ihren Erstling „Jetzt. Wie wir unser Land erneuern“ (Ullstein). Es ist nicht ohne Komik, dass just jene Parteichefin, die ihrem Co-Vorsitzenden im vergangenen November in einem inzwischen legendären NDR-Interview bescheinigte, Habeck komme von „Hühnern, Schweinen, Kühe-Melken“, sie dagegen „aus dem Völkerrecht“, mit ihrer Buchveröffentlichung ein Desaster erlebt. Die selbsterklärte Intellektuelle, die sich über den Schweinehirten erhebt, muss mit ansehen, wie ihr Machwerk öffentlich in der Luft zerrissen wird.

Und dies nicht etwa, weil die 240 Seiten in der Schriftart Caecilia gesetzt sind, die ein bisschen an ein Kinderbuch erinnert, auch nicht, weil sich Baerbock eines Ghostwriters bediente, sondern weil Pla-

giatsjäger herausfanden, dass die beiden offensichtlich ungeniert unzählige fremde Textbausteine ins eigene Manuskript eingefügt haben. Diese Passagen wurden weder als Fremdzitate ausgewiesen, noch wurden ihre Quellen benannt.

Freimütig bediente sich das Copy-and-Paste-Team Baerbock in der einschlägigen Fachliteratur, in Interviews von Parteifreunden, sogar in den Konzepten der CDU. Nicht einmal persönliche Reiseerlebnisse vermochte Baerbock mit eigenen Worten wiedergeben. Von einer Erkundung der Autonomen Region Kurdistan zeigte sich die Autorin zwar tief berührt („Mir rannen Tränen über die Wangen. Beim Schreiben tun sie das noch heute“), was sie aber nicht daran hinderte, noch eine Passage aus einem Beitrag der „Deutschen Welle“ über das Leid jesidischer Kinder unterzubringen. Von einem Besuch bei einem Energieunternehmen schildert sie ebenfalls keine persönlichen Eindrücke, sondern übernimmt Texte von der Firmenwebseite.

Blamage für die „Qualitätsmedien“

Als Baerbock als Kandidatin antrat, überschlugen sich die führenden Medien des Landes in ihrer Begeisterung und jubelten sie zur nachösterlichen Erlösergestalt empor. Der „Stern“ titelte: „Endlich anders“, der „Spiegel“ ernannte sie zur „Frau für alle Fälle“ und erklärte, „warum keiner mehr an ihr vorbeikommt“, in TV-

Sendern fanden servile Frageformate mit ihr statt. Die Bruchlandung der Annalena Baerbock ist auch eine Blamage für den hiesigen Qualitätsjournalismus.

Denn ihr Buch, das eine Art Evangelium sein sollte, um die Aureole einer Lichtbringerin wider die drohende Klimakatastrophe noch heller erstrahlen zu lassen, entlarvt die Grünen-Chefin als eine Aufschneiderin und Schwindlerin, als eine Frau, die im Grunde nichts zu sagen hat. So wie Baerbock in Interviews gebriefte Floskeln absputzt, so ist auch ihr Buch komponiert. Dies festzustellen, hat mit Frauenfeindlichkeit gar nichts zu tun.

All die hoffnungsheischenden Phrasen, wonach eine junge Frau angetreten sei, um eine Herrschaft alter weißer Männer, regiert von einer ausgelaugten Kanzlerin Merkel, zu brechen und eine erneuerte Welt der „Klimagerechtigkeit“ und „Geschlechterfairness“ zu errichten, verdunsten in der Heißluft von Scheinheiligkeit und legen eine Charakterfigur der Mittelmäßigkeit frei. Selbst die Grünenfreundliche „taz“ muss einräumen: „Baerbock und Habeck waren nie gleich gut qualifiziert.“ Und: „Mit ihrer Selbstüberschätzung hat Baerbock dem Feminismus einen Bärendienst erwiesen.“

Aber abgerechnet wird zum Schluss beim Wähler. Laut Insa-Umfrage stehen die Grünen derzeit bei 17 Prozent – gleichauf mit einer verdämmerten SPD. Wir sind Zeuge eines politischen Selbstmords.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Einige EU-Länder wagen Alleingänge, um die Flut der Asylsucher zu stoppen **Seite 4**

Kultur

Jubiläen zweier großer Künstler: Lyonel Feininger und Jean-Antoine Watteau **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

In Königsberg wurden mehrere mobile Impfstationen eingerichtet **Seite 13**

Pommersche Zeitung

Cammin – Eine kleine Stadt mit großer Geschichte wartet auf Entdecker **Seite 19**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



4 191814 303404 28
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk Hans-Georg Maaßen hat dem ÖRR fehlende Neutralität vorgeworfen. Andere Kritiker wie Matthias Schwarzer vom RND kritisieren ein „übertriebenes Neutralitätsverständnis“

Wie radikal sind NDR & Co.?

Hans-Georg Maaßen hat mit seiner Kritik am „klaren Linksdrall“ in ein Wespennest gestochen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 1. Juli gab der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz und CDU-Bundestagskandidat Hans-Georg Maaßen dem privaten Fernsehsender TV Berlin ein Interview. Darin beklagte er unter anderem den „klaren Linksdrall“ bei den öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Radiosendern, der sich durch eine „Manipulation der veröffentlichten Meinung“ oder gar „dreiste Lügen“ äußere, und fügte dann hinzu: „Ich halte es für ausgesprochen verwerflich und ich halte es für eine Schande, dass die Aufsichtsbehörden diesen öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht in der Hinsicht wirklich mal korrigieren und dafür sorgen, dass so etwas nicht mehr stattfindet.“ Anschließend forderte Maaßen, „dass auch die Biographie von einigen Redakteuren auf den Prüfstand gestellt wird, ob diese Leute die charakterliche Eigenschaft haben, ... die ‚Tageschau‘ durch Redaktion zu begleiten“.

Interview bei TV Berlin

Darüber hinaus äußerte der frühere Verfassungsschützer am 5. Juli gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa) unter Verweis auf „allgemein zugängliche Informationen“: „Es ist seit Jahren bekannt, dass es Journalisten gibt, die Bezüge zur Antifa hatten und möglicherweise noch haben.“ Und dem sei endlich einmal nachzugehen, denn „Verfassungstreue muss ich auch von allen Journalisten erwarten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.“

Daraufhin erhob sich ein vielstimmiger Sturm der Entrüstung. In diesen stimmte auch Frank Überall ein. Der Bundesvorsitzende des Deutschen Journalistenverbandes behauptete, Maaßen rufe zur „Gesinnungsschnüffelei“ auf und bleibe im Übrigen jedwede „Belege für seine steile These schuldig“, dass Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit dem Linksextremismus sympathisiert hätten oder noch immer sympathisierten.

Dabei existieren diese Beweise überhaupt und sind tatsächlich auch ohne geheimdienstliche Expertise zu finden. So sagte der oberste ARD-„Faktenfinder“ Patrick Gensing 2015 in einem Interview



Am 1. Juli gab er dem privaten Fernsehsender TV Berlin ein Interview: Der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz und CDU-Bundestagskandidat Hans-Georg Maaßen
Foto: imago/Sven Ellger

mit dem Medienmagazin „Vocer“, er sei als Jugendlicher „Antifa mäßig unterwegs“ gewesen. Und der Leiter beziehungsweise Moderator des ARD-Politikmagazins „Monitor“ Georg Restle sammelte seine journalistischen Erfahrungen auch beim Antifa-nahen Radio Dreyeckland. Gleichermaßen bestehen erhebliche Zweifel an der politischen Neutralität oder Verfassungstreue mancher Mitarbeiter der öffentlich-rechtlichen Sender. Beispielsweise äußerte die NDR-Autorin Jenny Kallenbrunnen nach dem guten Abschneiden der AfD bei der letzten Landtagswahl in Thüringen, sie würde „bedenkenlos jedem fünften Menschen“ dort „eine reinhauen“. Und der WDR-Journalist und „Tagesthemen“-Kommentator Lorenz Beckhardt twitterte: „Lieber Gott, mach die ollen Philosemiten tot!“ Ähnlich menschenverachtend ist der Herzenswunsch von Malcolm Ohanwe vom Bayerischen Rund-

funk, einmal einen Film zu sehen, in dem Schwarze Weiße massakrierten. Nicht zu vergessen auch das Statement von Danny Hollek, einem WDR-Mitarbeiter mit Verbindungen zur Antifa, von Ende 2019: „Eure Oma war keine Umweltsau. Stimmt. Sondern eine Nazisau.“

Äußerungen gegenüber dpa

Ansonsten deutet auch der Inhalt vieler Kreationen der selbsternannten „Qualitätsmedien“ auf eine linksradikale Gesinnung ihrer Schöpfer hin. Unter anderem produzierte der Norddeutsche Rundfunk regelmäßig Beiträge des Online-Jugendprogramms STRG_F, die anschließend auf der Internetplattform YouTube zu sehen waren. 2018 wurde in diesem Rahmen der Kanon eines Studentenchors präsentiert, dessen einzige Textzeile lautete: „Fick die Cops, sie sind Bullenschweine.“ Symptomatisch war des Weiteren die WDR-Sendung „Markt“

von 26. Mai dieses Jahres, in der die Moderatorin Anna Planken die sogenannte Mao-Bibel schwenkte und jubilierte: „Mao hatte echten Weitblick.“ Oder nehmen wir manche „Tatort“-Krimis, die zeigten, wo die Sympathien der Fernsehschlechte lagen. Mal diente ein linksradikales Szenelokal als Kulisse, wofür die Betreiber eine hübsche Finanzspritze erhielten, mal wurde der Arbeitsplatz der Kriminalisten aus angeblich künstlerischen Gründen mit beleidigenden Anti-AfD-Aufklebern drapiert. Im Gedächtnis blieb des Weiteren der ZDF-Mitarbeiter, der während eines Fernsehinterviews mit Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble seine Jacke vor der Kamera präsentierte, die eine deutliche Hommage an die links-extreme Musikgruppe „Slime“ darstellte. Gleichzeitig gab es auch Auftritte von Gästen in Sendungen der Öffentlich-Rechtlichen, die sich durch ihre Kleidung offensiv mit der Antifa identifizierten.

KRITIK VON LINKS

Einige fordern noch mehr Parteilichkeit

Bevor Hans-Georg Maaßen bemängelte, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk hierzulande zu links sei, war auch schon der Vorwurf laut geworden, ARD, ZDF und Co. würden zu oft vor rechten Gruppierungen einknicken und im vorausseilenden Gehorsam Beiträge mit „antifaschistischen“ Inhalten löschen. Darin sah Matthias Schwarzer vom RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) ein „übertriebenes Neutralitätsverständnis“, welches „ganz entschieden zum Aufstieg der neuen Rechten“ beitrage – „und zur Normalisierung rechten Gedankengutes innerhalb der Gesellschaft.“ Gleichermaßen stießen die unverhältnismäßig wenigen Einladungen von AfD-Politikern zu Talkshows von ARD und ZDF auf Kritik.

Am allerhäufigsten musste sich der Mitteldeutsche Rundfunk die Leviden lesen lassen. Dem wurde auch schon ein „fragwürdiges Verständnis für Rechtspopulisten und Rechtsextremisten“ attestiert. Anlass hierfür waren Petitionen wie eine Äußerung der MDR-Moderatorin Wiebke Binder am Abend der sächsischen Landtagswahl vom 1. September 2019. Da hatte Binder es doch tatsächlich gewagt, ein mögliches Bündnis von CDU und AfD als „bürgerliche Koalition“ zu bezeichnen. Als noch größeres „Vergehen“ galt die Äußerung der Moderatorin in einem Dialog mit dem Vorsitzenden der AfD Sachsen, Jörg Urban, dass der Sender in letzter Zeit viel über die Partei berichtet habe – und zwar auch „Positives“. Das entschuldigte der MDR dann zwar später mit „dem enormen Stress einer Livesendung“. Doch da war längst der Stab über den Mitteldeutschen Rundfunk gebrochen. So twitterte der WDR-Journalist Arnd Henze: „Beim MDR verwischen nicht zum ersten Mal die Grenzen nach rechts!“ Zwei Monate später heimste der Sender dann allerdings wieder Lob ein, als er sich von dem beliebten Kabarettisten Uwe Steimle trennte, nachdem dieser die politische Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Frage gestellt hatte. W.K.

REAKTIONEN

Getretene Hunde bellen

Wie die SPD-Politikerin Marie-Luise Dreyer und Repräsentanten des ÖRR auf Maaßens Kritik geantwortet haben

Die Kritik von Hans-Georg Maaßen am „Linksdrall“ der öffentlich-rechtlichen Sender in der Bundesrepublik löste einen sofortigen Sturm der Entrüstung aus. So schäumte die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin und Vorsitzende der Rundfunkkommission der Länder, Marie-Luise Dreyer (SPD): „Wir haben in Deutschland eine starke, freie und pluralistische Medienlandschaft. Die Unterstellung von Maaßen ist infam und hat nur ein Ziel: die Glaubwürdigkeit in den Journalismus und insbesondere in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu erschüttern. Es ist ein Angriff auf die Pressefreiheit, eine wichtige Säule unserer Demokratie.“

Und natürlich reagierten auch die betreffenden Sender. Dabei hielt sich das Zweite Deutsche Fernsehen aber weitestgehend zurück – vielleicht weil im Zentrum der Kritik die ARD im Allgemeinen und der NDR im Besonderen standen, der für die Produktion der Nachrichtensendung „Tagesschau“ verantwortlich zeichnet.

Der Erste Chefredakteur der für die „Tagesschau“ zuständigen Nachrichtenredaktion ARD-aktuell, Marcus Bornheim, sagte der Deutschen Presse-Agentur: „Die Mitarbeitenden der ‚Tageschau‘ arbeiten nach journalistischen Standards: Sie berichten unabhängig, faktenbasiert, mit einem hohen An-

spruch an Objektivität und großer Sorgfalt. Die Themensetzung ist das Ergebnis von Redaktionskonferenzen und jeder Bericht durchläuft ein 4-bis-6-Augen- und Abnahme-Prinzip.“ Und die NDR-Sprecherin Barbara Jung stieß in das gleiche Horn: „Die ‚Tagesschau‘ steht ... für ausgewogenen, nachvollziehbaren und durch Fakten belegten Journalismus.“

Ebenso äußerte sich der SWR-Intendant Kai Kniffke, Bornheims Vorgänger von 2006 bis 2019, mit Blick auf die „Mitarbeitenden“ an der Sendung: „Ein Gesinnungstest für Jens Riewa, Judith Rakers und Co.? Soll ich als Intendant allen Ernstes bei Bewerbungen erstmal fragen, was die Menschen denken?“ Doch damit

„Die Unterstellung von Maaßen ist infam“

Marie-Luise Dreyer (SPD)
rheinland-pfälzische
Ministerpräsidentin und
Vorsitzende der
Rundfunkkommission der Länder

war der Gipfel der Anti-Maaßen-Rabulistik noch nicht erklommen. Das blieb dem öffentlich-rechtlichen Hörfunksender Deutschlandfunk vorbehalten. Der DLF brachte einen Beitrag mit dem Titel „Maaßen fordert Charaktertest. Warum die Medienkontrolle staatsfern ist“, der mit den Worten begann: „Die Pressefreiheit zählt zu den wichtigsten Prinzipien im deutschen Grundgesetz.“ Danach erhielt der Historiker Jörg Requate von der Universität Kassel Gelegenheit, ausführlich über die Gleichschaltung der Presse im Dritten Reich zu referieren und den ehemaligen Verfassungsschützer Maaßen dabei implizit in die Nähe der Nationalsozialisten zu rücken. W.K.

„Das alte Normal hält viel aus“

Wo stehen die Deutschen nach anderthalb Jahren Corona-Pandemie? Sind wir an der Schwelle zu einer neuen Epoche? Oder erleben wir stattdessen die Rückbesinnung auf Bewährtes? Teil 2 der **PAZ-Sommergespräche 2021** zur Lage der Nation

IM GESPRÄCH MIT CORA STEPHAN

Seit Ausbruch der Corona-Krise war viel von einem „neuen Normal“ die Rede. Von neuen Werten und Normen, die unser Leben nach der Pandemie bestimmen werden. Manch Freude über dieses angeblich „neue Normal“ erwies sich schnell als Wiederaufflackern alter Träume von einer vermeintlich besseren Welt. Die Schriftstellerin und Publizistin Cora Stephan setzt in ihrem aktuellen Buch dagegen das „alte Normal“, dessen tradierte Formen des Zusammenlebens und positives Heimatgefühl sich gerade in der Krise als beständig erweisen.

Frau Stephan, der zentrale Begriff Ihres Buches lautet „Lob des Normalen“. Die Geschichte lehrt, dass über gesellschaftliche Begriffe zumeist dann gesprochen wird, wenn sie nicht mehr selbstverständlich sind. Bezugnehmend auf Ihren Buchtitel deshalb die Frage: Warum sind die Zeiten, in denen wir leben, nicht normal?

Es hat mich misstrauisch gemacht, als während der Panikpandemie unter der Flagge „Corona“ plötzlich von einem „neuen Normal“ die Rede war. Das erinnerte mich an den „neuen Menschen“, von dem in Utopien gern die Rede ist und dessen Herstellung in der Geschichte höchst gewaltsam betrieben wurde. Menschen sind jedoch keine leere Leinwand, auf die man einschreiben kann, was Ideologen sich wünschen. Das alte Normal ist kräftig und hält viel aus. Gerade in den sogenannten „Corona-Zeiten“ hat es sich vielfältig wieder durchgesetzt: Als weit wichtiger als der Zeitgeist mit seinen jeweiligen Sprachmoden erwiesen sich, wie stets in Krisen, die Nächsten – die Familie, die Nachbarschaft. Und obwohl 2015 verkündet wurde, Grenzen könne man gegen Einwanderungswillige nicht schließen, meinte man plötzlich, sich gegen das Virus abschotten zu können – auch das ist archetypisch. In Gefahr neigen Menschen nun mal zum Abschließen und Abschotten.

Wer Normalität lobt, muss eine Vorstellung von ihr haben. Was heißt für Sie „normal“? Sie widmen dieser Frage in Ihrem ersten Kapitel immerhin fast dreißig Seiten.

Es gibt so etwas wie die menschliche Natur, eine „angeborene menschliche Konstitution“ (Steven Pinker), und die ist nicht unendlich formbar. Doch die Sprach- und Identitätslobbys wollen den „Normalos“ einreden, sie befließigten sich lediglich einer „Normativität“, also irgendwelcher Normen, die wahrscheinlich von weißen toxischen Männern erfunden wurde. Und Schwupps – ist der Normalfall der Heterosexualität ein bloßes Konstrukt.

Gewiss gehören zur Normalität auch gesetzte Normen, Regeln, die Menschen sich gesetzt haben, um es miteinander aushalten zu können. Das sind nicht nur Fesseln der freien Individuen, sondern sie dienen auch ihrer Entlastung. Nicht alles muss ausdiskutiert werden, nicht alles steht täglich infrage. Normal ist, was Gewohnheit begründet, was man nicht erklären muss, was Orientierung schafft, worauf man sich schlicht verlassen kann. Das ist für Menschen von existentieller Bedeutung, die keine Zeit für laborierte Gesellschaftstheorien haben, weil sie arbeiten müssen. Am entspanntesten dürfte eine Gesellschaft sein, in der sich die Mehrheit darüber einig ist, was als normal durchgeht, was man akzeptiert und was man gerade noch tolerabel findet.

Ihr zweites Kapitel heißt „Krieg der Geschlechter“. Wo verlaufen in diesem Krieg die Fronten, und wer sind die „Kriegsparteien“?

Die Fronten verlaufen nun schon seit Jahrzehnten zwischen Feministinnen und dem



Lob des Bewährten: „Manch abenteuerlich gesinnter Publizist wagt es plötzlich, sich dem verstockten Landvolk auszusetzen, und stellt fest: Die sind eigentlich alle ganz in Ordnung.“
Foto: imago/Cavan Images

Rest der Menschheit. Der altböse Feind ist natürlich der Mann, insbesondere der toxische weiße Mann, der offenbar nur als Unterdrücker und Vergewaltiger denkbar ist, während alle Frauen ein potentiell Opfer sind. Doch auch die Frauen kriegen ihr Fett weg – wenn sie nicht die gleichen Lebensziele haben wie Politikerinnen und Karrierefrauen, die glauben, ein Aufsichtsratsposten oder ein Bundestagsmandat sei für jede Frau das höchste der Gefühle. Was auf der Strecke bleibt: Der Pakt zwischen Mann und Frau, auch als Ehe und Familie, in der beide selbst darüber entscheiden, wie sie leben wollen – nicht der Staat oder Frauenbewegte.

Die ewige Attacke auf die „reaktionäre“ Kleinfamilie verweist im Grunde Frauen an den Staat, der sie auffängt, wenn sie als Alleinerziehende unterzugehen drohen. Dabei ist Ehe heutzutage geradezu subversiv, wie man an ihrer Beliebtheit auch bei Homosexuellen sieht. Sie kann eine starke Gegenmacht sein, ein schützender Privatbereich, in den niemand, nicht Staat, nicht Kirche, hineinregieren kann. So sollte das auch bleiben.

Einen großen Raum in Ihrem Buch nimmt – nicht nur in dem entsprechenden Kapitel – der Begriff „Heimat“ ein. Ein Wort, das jahrzehntelang in gewissen meinungsbildenden Kreisen vor allem für Spießertum stand, für Gestrigkeit und Weltfremdheit. Warum ist Heimat wieder so wichtig?

Ich bin ein großer Fan der Arbeiten von David Goodhart, eines eher linken britischen Autors, der sich die Mühe gemacht hat, einmal zu untersuchen, wer denn nun alles kosmopolitisch-weltopen um den Globus reist und wer (verhockt und verstockt, wie unterstellt wird) verwurzelt ist – die „Anywheres“ und die „Somewheres“. Und siehe da: Die „Somewheres“ sind nicht nur in der Mehrheit, sie halten auch den Laden am Laufen. Corona hat gezeigt, dass in Krisenzeiten jene im Vorteil sind, die für sich selbst sorgen können: die Verwurzelten, die einen Ort haben, den man auch Heimat nennen kann. Die Aversion gegen diesen Begriff verstehe ich nur auf historischem Hintergrund: Es ist die Abwehr des Traumas des Heimatverlustes, den unsere Eltern und Großeltern erlebt haben.

Gleichwohl wurde der Zeitgeist der Globalisierung bislang eher geprägt von den „Anywheres“, denjenigen also, die überall zuhause sind und somit nirgends so richtig ganz. Ist deren Zeit vorbei? Oder pendelt sich auch die Globalisierung gerade in einem „Normalzustand“ ein?

Die Corona-Krise hat uns gelehrt, dass „Just in time“ in einer globalen Krise nicht funktioniert, dass eine gewisse Vorratshaltung nicht nur für Privathaushalte eine gute Sache ist, sondern auch – ganz aktuell – für die Autoindustrie, der plötzlich wichtige Bauteile fehlen. Und wie in jeder Krise geht es der Landbevölkerung besser als den Metropolenmenschen, was die Versorgung mit frischer Luft und Lebensmitteln betrifft. Manch abenteuerlich gesinnter Publizist wagt es plötzlich, sich dem verstockten Landvolk auszusetzen, und stellt fest: Die sind eigentlich alle ganz in Ordnung ... Bezeichnend ist der „Run“ aufs Land, den der Zwang zum und die Entdeckung des Homeoffice ausgelöst hat. Insofern hat die Krise natürlich etwas verändert: Die neue Normalität sieht verdammt so aus wie jene alte, in der Wohnen und Arbeit noch nicht getrennt waren.

Wird auch manchem „Weltbürger“ nun bewusst, dass es irgendwo einen Ort geben muss, der nicht beliebig ist?

Gewiss. Was nützt es einem, der alle Flughäfen der Welt kennt, wenn man sie nicht mehr anfliegen kann? Und was bleibt vom Zauber der weltläufigen Stadt, wenn ihre Fußgängerzonen veröden und Restaurants und Kneipen schließen müssen? Sollten die Bürger irgendwann (hoffentlich bald) erkennen, dass sämtliche „Maßnahmen“ der Regierung nichts gegen das Virus ausrichten, sondern vielmehr gegen die Freiheit der Menschen gerichtet sind, gesellig zu sein und sich zu bewegen, sind diejenigen im Vorteil, die örtlich gut vernetzt sind und wissen, wie man das Leben an der Obrigkeit vorbei organisiert.

Unter der Überschrift „Das eigene und das Fremde“ widmen Sie sich unter anderem den Träumen von einer multikulturellen Gesellschaft und den Folgen der Willkommenskultur seit 2015 und schreiben unter

anderem: „Auf Seiten vieler Linker hat die Figur des Flüchtlings den einst kniefällig verehrten Proletarier ersetzt.“

Ja, die brauchen halt immer irgendein revolutionäres Subjekt. Da ist es völlig egal, woraus sich das zusammensetzt. Schließlich haben Linke wie Grüne viele Jahre lang vom „Sieg im Volkskrieg“ geschwärmt, ohne sich daran zu stören, dass die Legitimation der Krieger nicht etwa auf einer Willenserklärung des „Volks“ beruhte, sondern ausschließlich auf ihren Gewehrläufen. Der „Flüchtling“ als Figur ist nicht weniger widersprüchlich. Und „no borders“? Wie stellt man sich das vor?

Bei einer derart unkontrollierten Massenemigration, wie sie seit 2015 nicht mehr abreißt, muss man doch damit rechnen, dass nicht nur gesetzestreue Menschen zu uns kommen, die die Regeln unseres Zusammenlebens achten – ganz zu schweigen vom Respekt für das Leben, etwa von Frauen (ich denke dabei nicht nur an Würzburg).

Ich bin auch immer wieder erstaunt, wie es vielen gelingt, völlig zu verdrängen, was ein Nationalstaat wie die Bundesrepublik Deutschland bedeutet: Er ist der Rahmen für Rechts- und Sozialstaat und seine Basis ist in der Tat das „Normale“ – im Sinne eines Einverständnisses der Staatsbürger über die wesentlichen Grundlagen des Zusammenlebens. Dieses Einverständnis aber gibt es mit vielen der Migranten nicht, ganz abgesehen davon, dass ihre Alimentierung die Grenzen des Sozialstaats sprengt.

Die Willkommenskultur ist ganz wesentlich mit der Person der Bundeskanzlerin verbunden, deren Amtszeit in wenigen Wochen endet. Sie selbst haben Angela Merkel vor Jahren ein ganzes Buch gewidmet und sie darin als „Irrtum“ bezeichnet. Wie bewerten Sie heute die Ära Merkel – und was war Ihr Irrtum?

Mein Irrtum? Dass ich 2005 zu ihrer Wahl aufgerufen hatte. Das habe ich spätestens 2010 bereut, als Merkel mit ihrer „Eurorettung“ das Budgetrecht des Parlaments faktisch außer Kraft setzte. Und das ging dann immer so weiter: Der Reaktorunfall in Fukushima wurde dazu benutzt, um grünenfreundlich aus der Atomkraft auszusteigen, zugunsten einer nicht nur teuren, sondern auch noch völlig nutzlosen „Energiewende“ mit Windkraft und Sonnenenergie. Als ob sie die Axt an den Industriestandort Deutschland legen wollte. Ihr Hang zum Totalitären ist seit Langem sichtbar – während der Panikpandemie aber hat er sich noch um einiges gesteigert. Schon denkt ihre Gefolgschaft laut darüber nach, wie man die Zwangsmaßnahmen in „Corona-Zeiten“ auch auf andere hehre Ziele ausdehnen kann. „Klimaschutz“ nennt sich das dann in unübertroffener Hybris.

Übrigens: Eine Bundeskanzlerin ist nicht dazu berufen, die Welt zu retten, sondern den Interessen der Staatsbürger zu dienen. Was das betrifft, ist ihre Bilanz katastrophal.

Zu guter Letzt eine persönliche Frage: Was unternimmt Cora Stephan für sich persönlich, um „normal“ zu bleiben?

Ich setze darauf, dass sich die Vernünftigen in diesem Land durchsetzen, auch wenn es derzeit nicht danach aussieht. Ich habe das Glück, in einer Umgebung auf dem Land zu leben, wo die Vernunft dominiert. Dort halte ich es täglich mit Voltaires „Candide“: „Il faut cultiver le jardin.“ Trotz aller Verzweiflung über das Regiment der Unvernunft kommt es darauf an, seinen Garten zu bestellen.

Das Interview führte René Nehring.

Die „Somewheres“ sind nicht nur in der Mehrheit, sie halten auch den Laden am Laufen. Corona hat gezeigt, dass in Krisenzeiten jene im Vorteil sind, die für sich selbst sorgen können: die Verwurzelten, die einen Ort haben, den man auch Heimat nennen kann

Buch-Tipp



Cora Stephan
Lob des Normalen. Vom Glück des Bewährten
FinanzBuch Verlag 2021, Hardcover, 240 Seiten
ISBN: 978-3-95972-400-5
16,99 Euro

● **Dr. Cora Stephan** ist Publizistin und Schriftstellerin. Zu ihren Büchern gehören die Romane „Ab heute heiße ich Margo“ (2017) und „Margos Töchter“ (2020, beide Kiepenheuer und Witsch).
www.cora-stephan.de

● MELDUNGEN

Staatsrechtler warnen

Frankfurt am Main – 29 deutsche Staatsrechtslehrer kritisieren in einem in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichten Artikel das Vertragsverletzungsverfahren, das die EU-Kommission wegen eines EZB-Urteils des Bundesverfassungsgerichts eingeleitet hat. Aus Sicht der Staatsrechtler legt das Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland „die Axt an die Grundlagen der europäischen Integration“. Die Juristen warnen in dem gemeinsamen Beitrag, dass in einer Zeit, „in der sich Europa gemeinsam bewähren müsse“, die „Fliehkräfte der europäischen Integration“ gestärkt würden, wenn die Kommission am Vertragsverletzungsverfahren festhält. Laut den Staatsrechtlern, werden die europäischen Werte und das Europarecht durch die Staaten gemeinsam gewahrt. Zudem achteten die EU-Organe die Identitäten der Mitgliedstaaten und die Grenzen der Integration. Nach Ansicht der Juristen gefährdet eine einseitige Auflösung dieses Verhältnisses die europäische Integration. N.H.

Corona bremst Wachstum

Leipzig – Nach Einschätzung des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung in Leipzig hat die Corona-Pandemie das Wachstum der 15 größten deutschen Städte abgebremst. Das ergab die Auswertung der Einwohnermeldedaten von Berlin, Hamburg, Frankfurt, Köln, München, Leipzig, Dresden, Hannover, Düsseldorf, Essen, Bremen, Stuttgart, Nürnberg, Dortmund und Duisburg durch eine Wissenschaftlergruppe um den Professor Dieter Rink. Zwischen 2010 und 2019 waren diese Städte durchschnittlich um 0,36 bis 0,55 Prozent gewachsen. 2020 kam es dann hingegen zu einem Minus von 0,18 Prozent, wobei Leipzig, Hamburg und München entgegen dem allgemeinen Trend noch ein kleines Plus verbuchen konnten. Als Ursache für den Schwund nennen die Forscher die geringere Zuwanderung aus dem Ausland und dem ländlichen Raum der Bundesrepublik. Darüber hinaus stand einem Geburtenrückgang von 2,5 Prozent ein Anstieg der Sterbefälle um knapp fünf Prozent gegenüber. N.H.

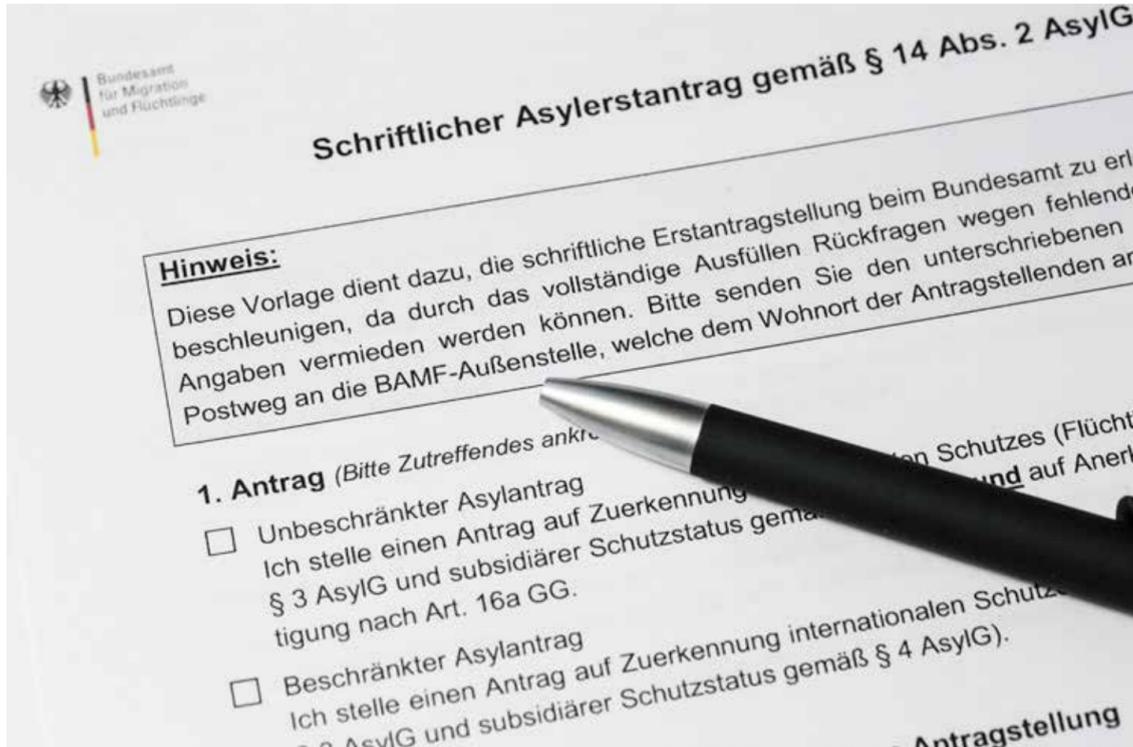
Schäden durch Hitze

Berlin – Sommerliche Hitzeperioden bedeuten ein Risiko für die Infrastruktur. Vor allem das Straßennetz erleidet Schäden durch sogenannte Blow-ups, das heißt Risse und Aufwerfungen an Beton- und Asphaltbelägen. Asphalt wird bei Hitze zudem weich und verformt sich, was zu Rinnen und Wellen auf der Fahrbahn führt. Zehn Experten der Bundesanstalt für Straßenwesen haben die besondere Aufgabe, nach Lösungen zu suchen, die vor allem darin bestehen, die Zusammensetzung des Asphalts zu verändern. Eine mögliche Lösung sollen auch hellere Straßen sein, die durch eine höhere Reflexion der Sonneneinstrahlung die Temperatur um rund fünf Grad senken können. Beim Bau von Straßen könnte dafür eine dünne Schicht Split aus hellerem Gestein aufgetragen werden. MRK

ZUWANDERUNG

Ausgetrickstes Asylgesetz

Anders als Deutschland wagen einige EU-Länder Alleingänge, um die Flut von Asylsuchern zu stoppen



Tatsächlich nur ein „Erst“-Antrag? Über den Umweg eines Asylverfahrens in Griechenland reisen viele „Sekundärmigranten“ legal nach Deutschland ein, um hier erneut und endgültig einen Asylantrag zu stellen
Foto: action press

VON HERMANN MÜLLER

Nachdem die Debatten über eine gemeinsame Asylpolitik in der EU seit Jahren festgefahren sind, versuchen nun immer mehr Staaten in Europa selbst Lösungen zu finden. Die Tendenz dabei ist eindeutig: Immer mehr Regierungen versuchen, die irreguläre Einwanderung über das Asylrecht zu verhindern. Die britische Regierung will daher die Asylregeln deutlich verschärfen. Innenministerin Priti Patel hat erst vor Kurzem im Parlament ihre Vorstellungen zur Erneuerung des Zuwanderungsrechts vorgestellt.

Teil der Gesetzesänderung beinhalten unter anderem lebenslange Freiheitsstrafen für Menschenhändler und sofortige Haft für Immigranten ohne Visum. Herkunftsländer will Innenministerin Patel zudem bestrafen, wenn sie sich unkooperativ zeigen. Nur wenige Tage nach dem Auftritt im Parlament unterzeichnete Patel in Tirana bereits ein Abkommen

mit Albanien. Der neue Vertrag soll die Rückführung von Albanern regeln, die nach Ablauf ihrer Visa nicht ausgereist sind, oder deren Asylanträge in Großbritannien abgelehnt wurden. Für London besonders wichtig ist die Bereitschaft der albanischen Regierung, auch straffällige Albaner zurückzunehmen.

Dänemark, Schweden, Litauen

Mit einem Anteil von 16 Prozent stellen Albaner in britischen Gefängnissen die größte Gruppe von ausländischen Straftätern. Insgesamt sieht die Erneuerung des britischen Einwanderungsrechts vor, ausländische Kriminelle so früh wie möglich außer Landes zu schaffen. Im Bereich des Asylrechts soll zudem die Möglichkeit hinzukommen, Auffangzentren in Übersee einzurichten.

Bereits im Juni hat Dänemarks Parlament ein Gesetz beschlossen, mit dem Asylverfahren in Drittländer ausgelagert werden können. Dieses erlaubt es, Asylsucher ohne Verfahren in Länder außer-

halb der EU abzuschleppen. Dort sollen dann die Asylverfahren durchgeführt werden. Bei einer positiven Entscheidung ist vorgesehen, dass die Immigranten auch in diesem Drittland bleiben. Zum Ziel ihrer Politik hat die sozialdemokratische dänische Premierministerin Mette Frederiksen „Null Asylbewerber in Dänemark“ erklärt.

Im Vergleich zur früher verfolgten Asylpolitik fällt Schwedens Kurswechsel besonders drastisch aus. Im Stockholmer Reichstag haben im Juni Sozialdemokraten und Grüne mit Zustimmung der Schwedendemokraten und der Konservativen das Asylgesetz verschärft. Die Neuregelung sieht eine Abkehr vom bisherigen Prinzip vor, anerkannten Asylbewerbern gleich eine ständige Aufenthaltsbewilligung zu geben. Stattdessen erhalten Immigranten mit anerkanntem Schutzstatus nur noch eine auf drei Jahre befristete Aufenthaltsgenehmigung. Das mit einer breiten Mehrheit von 240 Abgeordnete und nur 45 Gegenstimmen beschlos-

sene Gesetz begrenzt auch das Recht auf Familienzusammenführung.

Auch Litauens Regierung hat vor Kurzem eine Beschleunigung der Asylverfahren beschlossen. Zudem beginnt das baltische Land auch mit dem Bau eines Zauns an der Grenze zu Weißrussland. Beide Schritte sind Reaktionen auf die wachsende Zahl von illegal Einreisenden.

Aus Richtung Weißrussland kommend, haben in diesem Jahr immer mehr Personen aus dem Irak, Syrien und Afghanistan in Litauen Asyl beantragt. In Minsk hatte Präsident Lukaschenko als Reaktion auf Sanktionen gegen sein Land ganz offen angekündigt, massenhaft Immigranten in Richtung EU durchzulassen.

Der Trick der Sekundärmigranten

Der restriktivere Kurs im übrigen Europa erhöht den Zuwanderungsdruck auf Deutschland. Zunehmend zum Problem wird dabei auch die sogenannte Sekundärmigration. Wie aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Kleine Anfrage der Linke-Fraktion im Bundestag hervorgeht, haben im vergangenen Jahr rund 7400 anerkannte Flüchtlinge aus Griechenland erneut einen Asylantrag in Deutschland gestellt. In diesem Jahr sind allein von Januar bis Ende April nochmals 4800 Migranten hinzugekommen, die bereits in Griechenland einen Schutzstatus erhalten haben.

Viele der oftmals aus Afghanistan stammenden Immigranten reisen nach Erkenntnissen der Bundespolizei zum einen Teil entweder direkt per Flugzeug in Deutschland ein. Zum anderen Teil fliegen größere Gruppen auch von Athen nach Warschau, um von dort aus in die Bundesrepublik einzureisen. Die Einreisen erfolgen nach geltender Rechtslage sogar ganz legal. Der in Griechenland verlebene Schutzstatus erlaubt es den „Flüchtlingen“, bis zu 90 Tage pro Halbjahr in andere EU-Mitgliedstaaten zu reisen.

Das Risiko, von Deutschland aus nach Griechenland zurückgeführt zu werden, ist wiederum sehr gering. Das nordrhein-westfälische Oberverwaltungsgericht urteilte im Januar, dass in Griechenland Personen mit einem Schutzstatus nicht einmal eine Mindestversorgung garantiert ist und sogar eine ernsthafte Gefahr „einer unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung“ drohe.

VOLKSENTSCHIED

Wer straffällig bleibt, der fliegt

Nach Gewaltverbrechen von Asylbewerbern – Politiker in Österreich gründet Volkinitiative für Abschiebung

Nur drei Tage, nachdem ein 24-jähriger Somalier in der Würzburger Innenstadt ein Blutbad anrichtete, ist es auch in Dresden zu einer Messer-Attacke gekommen. Dabei soll ein alkoholisierte junger Mann aus Eritrea zwei Kinder beschimpft und mit einer Machete und einem weiteren langen Messer bedroht haben. Schlimmeres verhinderten offenbar zwei Iraker, die den Kindern zu Hilfe eilten.

Einer der Helfer erlitt dabei eine Schnittwunde, die ambulant behandelt werden musste. Wie schon im Würzburger Fall war auch der Tatverdächtige in Dresden in der Vergangenheit bereits mehrfach polizeilich aufgefallen.

In Österreich ist inzwischen eine Debatte in Gang gekommen, in der es speziell um die Frage geht, wie sich schwere Gewaltverbrechen von Asylbewerbern verhindern lassen, die immer wieder

straffällig werden. In Niederösterreich läuft unter dem Titel „Asylstraftäter sofort abschieben“ inzwischen sogar ein Volksbegehren an, das der dortige Landesrat Gottfried Waldhäusl (FPÖ) initiiert hat. Ein Landesrat entspricht einem Landtagsabgeordneten in Deutschland.

Der Mordfall Leonie

Anlass für Waldhäusls Initiative ist ein Gewaltverbrechen an einem 13-jährigen Mädchen aus Niederösterreich. Passanten hatten die mit Blutergüssen übersäte Leiche der Schülerin Ende Juni in einer Parkanlage in Wien-Donaustadt entdeckt. Als Tatverdächtige gelten vier junge Asylbewerber aus Afghanistan.

Nach bisherigem Erkenntnisstand sollen die vier Afghanen das Mädchen in eine Wohnung gelockt haben. Dort wurde das junge Mädchen mutmaßlich unter Drogen

gesetzt und vergewaltigt. Anschließend sollen die jungen Männer die Schülerin erstickt haben und ihre Leiche in einer nahe gelegenen Parkanlage abgelegt haben. Zwei der möglichen Täter waren unter anderem wegen Drogenhandel und Körperverletzungen vorbestraft, ihr Asylgesuch war schon vor Jahren abgelehnt worden.

Aus Sicht des Landesrats ist mit dem Wiener Gewaltverbrechen „die rote Linie überschritten“. „Die Bevölkerung hat genug“, so Waldhäusl, sie wolle nicht mehr zusehen, wie Asylbewerber „unser Sozialsystem ausbeuten, sich aber an nichts halten“. Weiter erklärte Waldhäusl zum Wiener Tötungsdelikt: „Leonie könnte noch leben. Viele Opfer könnten noch leben, hätte dieses Asylsystem nicht so versagt“.

Konkret erreichen will der Landesrat, der in Niederösterreich für Asylangele-

genheiten zuständig ist, dass sich künftig jeder straffällige Asylbewerber einer Beurteilung von Experten unterziehen muss. Diese sollen einschätzen, ob eine neue Straftat des Asylbewerbers wahrscheinlich ist und eine mögliche Gefahr besteht. Ob straffällige Asylbewerber abgeschoben werden, oder in Sicherheitsquartieren untergebracht werden, will der FPÖ-Politiker als Nächstes auf Bundesebene entscheiden lassen.

Damit sich Österreichs Parlament mit dem Volksbegehren befasst, sind 100.000 Unterschriften von Wahlberechtigten notwendig. Waldhäusl selbst geht davon aus, dass bis zum Ende des Jahres mindestens eine halbe Million Unterstützerunterschriften zusammenkommen. Er rechnet fest damit, dass im österreichischen Asylbereich „kein Stein auf dem anderen bleibt“. N. Hanert

STRUKTURFÖRDERUNG

„Potsdam hat laufen gelernt“

Bundesregierung: Östliche Bundesländer haben immer noch Nachholbedarf in Sachen Wirtschaftskraft

VON NORMAN HANERT

Im Jahresbericht „Deutsche Einheit“ bescheinigt die Bundesregierung den östlichen Bundesländern noch immer Nachholbedarf bei der Wirtschaftskraft. Deren ökonomische Leistungsfähigkeit liege rund 30 Jahre nach der deutschen Vereinigung noch immer erst bei 81 Prozent des Bundesdurchschnitts. Besonders stark aufgeholt haben allerdings Berlin und das Umland der deutschen Hauptstadt. Im Fall von Potsdam hat die erfolgreiche Aufholjagd bald sogar einschneidende Folgen: Als erste Kommune im Osten der Bundesrepublik soll die Landeshauptstadt Brandenburgs ab 2022 keine Strukturfördermittel von Bund und Ländern mehr bekommen. In einer vom Bundesministerium für Wirtschaft veröffentlichten Gebietskarte zur Förderung strukturschwacher Regionen wird Potsdam erstmals ab 2022 nicht mehr als Fördergebiet aufgeführt.

Der bereits nächstes Jahr drohende Wegfall von Fördermitteln hat höchst unterschiedliche Reaktionen ausgelöst. Brandenburgs Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD) sieht den Wegfall der Förderung als eine Art „Ritterschlag“, der zeige, dass die Stadt die Aufholjagd zu den Regionen mit größerer Wirtschaftskraft geschafft habe: „Potsdam ist nicht mehr strukturschwach. Potsdam hat laufen gelernt“, freut sich der Minister. In Potsdam selbst fühlt sich so mancher vom schnellen Stopp der Fördergelder allerdings überrumpelt.

Keine Förderung mehr ab 2022

Bernd Rubelt, Wirtschaftsbeigeordneter der Stadt, erklärte: „Über den Ausschluss Potsdams aus der neuen GRW-Gebietskulisse waren wir vollkommen überrascht.“ Der parteilose Rubelt warnt vor einer „Vollbremsung“, wenn die Landeshauptstadt bereits kommendes Jahr aus der Strukturförderung fliegt. Auch bei der Handwerkskammer Potsdam gibt es im Zusammenhang mit dem Förderstopp Befürchtungen. Aus Sicht von Ralph Bührig, dem Hauptgeschäftsführer der Kammer, hat sich seine Heimatstadt zwar zu einem prosperierenden Wirtschaftsstandort entwickelt. Der Handelskammerchef warnt aber auch: „Diese gute Entwicklung darf nicht abrupt beendet werden.“



Wohlsituierte Landeshauptstadt: Brandenburgs Landeshauptstadt Potsdam prosperiert auch durch Touristen

Foto: pa

Das Bundeswirtschaftsministerium verteidigt inzwischen die Entscheidung, Potsdam nicht mehr aus dem GRW-Topf zu fördern. Im Vergleich der Regionen steht die Stadt für diese Hilfgelder zu gut da, so die Begründung. Verwiesen wird dabei auf das Pro-Kopf-Einkommen Potsdams, das inzwischen höher liegt als der Bundesdurchschnitt. Festgelegt werden die GRW-Fördergebiete in Deutschland von einem Bund-Länder-Ausschuss. Dabei fließen nach offiziellen Angaben Faktoren wie die Produktivität einer Region, die Zahl der Arbeitslosen, die demografische Entwicklung und die Infrastruktur mit ein.

Anders als Potsdam weist die Karte des Bundeswirtschaftsministeriums für die neue Förderperiode 2022 bis 2027 Berlin weiterhin als Gebiet mit Förderstatus aus. Auch in der Hauptstadt hat es in den letzten fünf Jahren eine Wirtschaftsentwicklung gegeben, die Experten lange für unwahrscheinlich gehalten haben. Die

Stadt hat sich sogar während der Corona-Krise verblüffend gut behaupten können. Gemessen am gesamtdeutschen Durchschnitt des Bruttoinlandsprodukts (BIP) je Arbeitsstunde je Erwerbstätigen hat Berlin vergangenes Jahr mit 100,1 Prozent der Wirtschaftsleistung sogar erstmals den gesamtdeutschen Durchschnitt erreicht. Das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW Köln) hat inzwischen untersucht, was hinter der robusten Entwicklung der Berliner Wirtschaft steckt.

Berlin behält Förderstatus

Viele Ökonomen hatten eigentlich damit gerechnet, dass gerade Berlin mit seinem großen Dienstleistungs- und Tourismussektor besonders massiv unter der Corona-Pandemie leiden würde. Stattdessen ist es der Hauptstadt aber gelungen, die bisherige gute Entwicklung fortzusetzen. Die Berliner Wirtschaft war bereits von 2014 bis 2020 überdurchschnittlich gewachsen.

Laut der Untersuchung der Volkswirtschaft des Instituts für Wirtschaft ist in Bundesländern wie Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg und Hessen die Wirtschaft im Coronajahr 2020 um mehr als vier Prozent eingebrochen. Für die Erwerbstätigen in Berlin ermittelten die Ökonomen dagegen nur einen Rückgang von 1,4 Prozent.

Zur Erklärung verweist IW-Direktor Michael Hüter darauf, dass Berlins Wirtschaft auf vielen unterschiedlichen Säulen ruht. Zudem hat die Hauptstadt ihre untergeordnete Rolle abgelegt; sie entwickelt sich sogar zu einem der Wachstumskerne der deutschen Wirtschaft. Hüter sieht dahinter allerdings keineswegs einen Erfolg der Wirtschaftspolitik des Berliner Senats. Vielmehr sieht der IW-Chef einen Selbstläufereffekt, der in großen Agglomerationsräumen mit einer großen Zahl von Hochschulen und Forschungsmöglichkeiten quasi automatisch in Gang kommt.

ENTEIGNUNGEN

Volksabstimmung über Wohnungseigentum kommt

Initiative von Links – Berliner sollen während der Wahl zum Deutschen Bundestag entscheiden

Am 26. September werden die Wahlberechtigten in Berlin nicht nur über die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages und des Abgeordnetenhauses von Berlin abstimmen, sondern auch darüber, ob größere Wohnungsunternehmen in Berlin enteignet werden sollen. Getragen wurde das Volksbegehren vornehmlich von der Linken, verdeckt auch von den Grünen sowie von extremistischen Teilen der SPD. Die horrenden Beträge, die von der öffentlichen Hand als Entschädigung zu zahlen wären, beziffert der Senat mit 28,8 bis 36 Milliarden Euro plus Erwerbsnebenkosten von bis zu 180 Millionen Euro.

Die linksextreme Juristin Franziska Drohsel (Ex-Juso-Vorsitzende) hatte ein Gutachten erstellt, in dem sie zu dem Ergebnis kommt, die Entschädigungskosten beliefen sich auf lediglich acht Milliarden

Euro. Diese könne man „haushaltsneutral“ aufbringen, indem die Eigentümer mit einem Teil der Mieteinnahmen entschädigt werden.

Keine einzige neue Wohnung

Tatsächlich würde bei einer Enteignung keine einzige neue Wohnung entstehen. Die Berliner Wohnungsnot ist teilweise „hausgemacht“, denn mehrere 10.000 geduldete, eigentlich abgelehnte Asylbewerber suchen zusätzlich Wohnraum in Berlin.

Die Initiative benötigte 175.000 gültige Unterschriften, was sieben Prozent der Berliner Wahlberechtigten entspricht, um die Volksabstimmung durchzusetzen. Es wurden sogar 343.000 Unterschriften gesammelt, von denen jedoch rund ein Drittel ungültig war. Die Initiatoren der Aktion ließen gezielt nicht wahlberechtigte Ausländer unterschreiben. Damit soll of-

fenbar die Unzufriedenheit dieser Personengruppen angeheizt und die Erwartung einer raschen Einbürgerung angefacht werden. Nach einer Zwischenprüfung in den Bezirkswahlämtern waren 29,9 Prozent der Unterschriften ungültig. Einer Umfrage zufolge lehnen 51 Prozent der Berliner die Enteignung von Wohnungen ab. CDU, AfD, FDP und die offizielle SPD sind gegen die Initiative.

Entschädigung teurer als Neubau

Sollte das Begehren eine Mehrheit finden, ist die Entschädigungssumme etwa acht- bis zehnmal so hoch wie der Betrag, den das Land Berlin 2004 beim Verkauf eingenommen hatte. Für das Geld könnten 10.000 bis 15.000 kommunale Neubauwohnungen gebaut werden.

Beim Versuch einer mehr oder weniger entschädigungslosen Enteignung, wie

Drohsel sich das vorstellt, wäre spätestens beim Bundesverfassungsgericht Schluss, so wie zuvor beim sogenannten Mietendeckel.

Rouzbeh Taheri, Kampagnensprecher der Initiative, hofft: „Der Druck wird so groß sein, dass der zukünftige Senat nicht darum herum kommen wird, ein Vergesellschaftungsgesetz zu erarbeiten.“ Das setzt allerdings eine Mehrheit bei der Volksabstimmung voraus. Sollte es tatsächlich dazu kommen, dürfte es keinen privaten Kapitalgeber für Wohnungsbau in Berlin mehr geben.

Die Bausenatorin und ihr Nachfolger haben den Wohnungsbau in der abgelauenen Legislaturperiode so weit es möglich war zurückgefahren. Das nährt den Verdacht, dass die schlechte Situation mutwillig herbei geführt wurde.

Frank Bücker

KOLUMNE

Alle Latten am Zaun?

VON THEO MAASS

In Berlin gibt es zu wenig Wohnungen und die Mieten sind zu hoch. Erleichtert der Senat das Bauen? Natürlich nicht. Statt dessen hat Rot-Rot-Grün kurz vor dem Ende der Legislaturperiode noch ein bürokratisches Monster zur „globalen Klima Rettung“ in Gesetzesform gegossen.

Mit dem Solargesetz verübt die Mehrheit des Berliner Abgeordnetenhauses möglicherweise einen Anschlag auf das Recht am Eigentum. Jeder private Neubau ist künftig verpflichtend mit Solarmodulen auszurüsten. Aber damit nicht genug: Der Gesetzesentwurf beinhaltet zum Beispiel bereits Vorgaben für die Errichtung beziehungsweise Vorhaltung von Ladeinfrastruktur oder Leerrohren bei Neubauten sowie größeren Renovierungen oder aber den Anspruch von Wohnungseigentümern und Mietern auf Errichtung von Ladeinfrastruktur auf eigene Kosten. Das soll wohl aus dem Verwaltungskauderwelsch übersetzt bedeuten: Wer sein schadhafes Dach neu decken lässt, muss sich auf eigene Kosten eine solche Anlage dort aufstellen lassen.

Interessant ist der Absatz 7 des Paragraphen 2 des Gesetzes. Dort heißt es: Sind „wesentliche Umbauten des Daches, Änderungen an der Dachfläche, bei der die wasserführende Schicht durch Dachausbau, Dachaufstockung oder grundständige Dachsanierung erheblich erneuert wird“, erfolgt, dann ist auch eine Photovoltaikanlage aufzubauen.

Was soll nun die Dachsanierung sein? Die Ausbesserung einiger Dachziegel oder das ganze Dach? Bestimmt wird das eine interessante Beschäftigung für Rechtsanwälte und Gerichte werden. Auch missgestimmte Nachbarn könnten sich aufgefordert fühlen – weil sie etwas zum Kampf gegen den Klimawandel beitragen wollen – andere zu denunzieren, die ihr Dach ausbessern wollen.

MELDUNG

Randalierer in Sanssouci

Potsdam – Ein Randalierer hat im Orangerieschloss des Parks Sanssouci und in zwei weiteren Gebäuden einen Sachschaden verursacht, den die Schlösserstiftung vorläufig auf 170.000 Euro schätzt. Neben Glasbruch und beschädigten Türen stellte die Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg auch Schäden an Ornamentvasen fest, die irreparabel zerstört wurden. In der Nacht zum 7. Juli war ein 23-Jähriger aus dem Kreis Teltow-Fläming in mehrere Gebäude auf dem Parkgelände eingebrochen. Schließlich kletterte der Mann auf das Dach des Orangerieschlusses und warf von dort die schweren Ornamentvasen in die Tiefe. Obwohl Polizeibeamte mit Hilfe einer Drehleiter in Kontakt zu dem Randalierer gekommen waren, konnten sie nicht verhindern, dass der Mann sich unvermittelt vom Dach fallen ließ. Nach Angaben der Polizeidirektion West ist der Mann in der Nacht zum 9. Juli den schweren Verletzungen erlegen, die er bei dem Sturz erlitten hatte.

N.H.

● MELDUNGEN

Zweifelhafte Kooperation

Wien/Peking – Das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung und die Nationale Aufsichtskommission der Volksrepublik China haben jetzt eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet und damit eine engere Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kriminalitätsprävention, Korruptionsbekämpfung und Strafjustiz in die Wege geleitet. Dabei bleibt der genaue Text der Abmachung jedoch vertraulich, womit Unklarheit über die künftige Art des Zusammenwirkens herrscht. Auf jeden Fall gilt dasselbe unter Menschenrechtsexperten als hochproblematisch, da die chinesische „Aufsichtskommission“ nicht nach rechtsstaatlichen Prinzipien arbeitet und dafür berüchtigt ist, missliebige Personen einfach spurlos verschwinden zu lassen. Im Prinzip handelt es sich bei ihr um eine Geheimpolizei mit fast unbegrenzten Vollmachten. **W.K.**

Streit um Champagner

Moskau – Wladimir Putin hat ein Gesetz unterschrieben, demzufolge nur noch in Russland produzierte Schaumweine die Bezeichnung „Champagner“ tragen dürfen. Im Ausland produzierte Marken sollen „Schaumwein“ heißen. Betroffen davon ist auch das französische Original, was zu heftigen Protesten in Paris und einem vorübergehenden Ausfuhrstopp führte. Der Hersteller Moët Hennessy, der die Rechte an den führenden Champagner-Marken Moët & Chandon, Dom Pérignon und Veuve Clicquot hält, lenkte inzwischen ein, nachdem ein Kompromiss gefunden wurde: Die unübersetzte Originalbezeichnung „Champagne“ darf in lateinischer Schrift weiter benutzt werden. In den russischen sozialen Medien hat das Gesetz beißenden Spott und Belustigung ausgelöst. Folgerichtig dürften jetzt nur noch in Russland gebaute Autos als „Mercedes“ verkauft werden, heißt es in einem Kommentar. **MRK**

Transgender in der Sauna

Los Angeles – Ein Vorfall im Frauenbereich einer Sauna hat zu gewaltsamen Zusammenstößen in Los Angeles geführt. Ausgangspunkt war die Beschwerde einer Frau, die sich bei Angestellten des Unternehmens „WiSpa“ über eine Transgender-Person beschwert hatte, die in einem nur für Frauen und Mädchen erlaubten Bereich ihren Penis entblößt haben soll. Die Kundin warf dem Personal vor, Männer, die sich als Transgender ausgeben, in den Frauenbereich zu lassen. In kurzer Zeit versammelten sich nach dem Vorfall Aktivisten, die der Transgender-Bewegung und der Antifa zugeordnet werden, gegen konservativ ausgerichtete Demonstranten. Videoaufnahmen zeigen, wie schwarz gekleideten Aktivisten eine Frau attackieren. Der Saunabetreiber erklärte, dass das kalifornische Antidiskriminierungsgesetz Transgender-Personen schützt. Unabhängig von „Geschlecht, Gender oder anderen Merkmalen“ würde aber auch keine Belästigung oder unzüchtiges Verhalten von Kunden toleriert. **N.H.**

HOLOCAUST

Polen will keine Entschädigung leisten

Das Unterhaus des Sejm stimmte auf Verjährung jüdischer Ansprüche auf Rückgabe ihres Eigentums

VON BODO BOST

Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki hat angekündigt, dass sein Land keine Entschädigung an Holocaust-Überlebende für NS-Verbrechen zahlen wird, die während des Zweiten Weltkriegs auf seinem Territorium begangen wurden. Er sprach, nachdem das polnische Unterhaus einen Gesetzesentwurf zur Einführung einer Verjährungsfrist für Ansprüche auf die Rückgabe von Eigentum mit 309 Ja-Stimmen, 120 Enthaltungen und keiner einzigen Nein-Stimme verabschiedet hatte.

Jetzt ist es in der Hand des Senats, der zweiten Kammer des Parlaments, das Gesetzesprojekt noch zu kippen oder aber durchzuwinken. „Ich kann nur sagen, dass Polen, solange ich Premierminister bin,

sicher nicht für die deutschen Verbrechen bezahlen wird. Nicht einen Zloty, nicht einen Euro, nicht einen Dollar“, sagte Morawiecki. Von deutscher Seite hat niemand auf diese Vorwürfe reagiert.

Keine Reaktion von deutscher Seite

Nach dem Krieg eigneten sich polnische Bürger und der kommunistische Staat die Immobilien der von Hitler-Deutschland rund drei Millionen jüdischen Holocaust Opfer in Polen an. Aber auch das Eigentum der Überlebenden des Holocaust wurde angeeignet, als von diesen 1946 rund 200.000 nach dem Pogrom von Kielce panikartig aus Polen flüchteten. Und noch 1968, als Tausende Juden nach einer antisemitischen Hetzkampagne nach dem Sechstagekrieg Israels Polen verlassen mussten, gingen jüdische Immobilien ein letztes Mal in polnisches Eigentum über.

Dies alles könnte jetzt verjährt sein. „Die anstehende Gesetzesänderung wird es faktisch unmöglich machen, jüdisches Eigentum zurückzugeben oder eine Entschädigung zu verlangen. Dieses unmoralische Gesetz wird die Beziehungen zwischen unseren Ländern ernsthaft beschädigen“, hieß es von israelischer Seite. Auch Ronald S. Lauder, der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, protestierte sofort: „Dieses Gesetz ist ein Schlag ins Gesicht des noch verbliebenen polnischen Judentums und der Überlebenden des Nazi-Terrors.“

Der Gesetzesentwurf führte zu Spannungen zwischen Israel und Polen, beide Staaten bestellten die Botschafter des jeweils anderen Staates ein. Auch die Vereinigten Staaten sprachen sich gegen den Gesetzesentwurf aus. „Die Entscheidung des polnischen Parlaments war ein Schritt

in die falsche Richtung. Wir fordern Polen auf, dieses Gesetz nicht voranzutreiben“, sagte der Sprecher des US-Außenministeriums, Ned Price in einem Tweet.

Beziehungen zu Israel angespannt

Die polnisch-israelischen Beziehungen sind zudem seit 2018 angespannt, nachdem Polen ein Gesetz verabschiedet hat, das diejenigen bestraft, die behaupten, dass Polen oder das polnische Volk in irgendeiner Weise für den Holocaust verantwortlich waren. Polen war mit 3,5 Millionen Juden die Heimat einer der größten jüdischen Gemeinden der Welt, bis sie während des Zweiten Weltkriegs von den Nationalsozialisten fast vollständig ausgelöscht wurden. Jüdische ehemalige Eigentümer und ihre Nachkommen kämpfen seit dem Fall des Kommunismus im Jahr 1989 für eine Entschädigung.

Polen ist das einzige EU-Land, das keine Gesetze zur Rückgabe von Eigentum erlassen hat, obwohl die USA dies wiederholt gefordert haben. Experten zufolge liegt dies an den großen Minderheiten, die in der Vorkriegszeit in Polen lebten. Insgesamt machten sie rund 30 Prozent der gesamten Bevölkerung aus, darunter rund 3,5 Millionen Juden. Diese lebten vor allem in den Städten und bildeten zehn Prozent der Einwohner Polens.

Im Jahr 2015 entschied das polnische Verfassungsgericht, dass eine Frist gesetzt werden muss, nach der fehlerhafte Verwaltungsentscheidungen über die Rückgabe von beschlagnahmtem Eigentum nicht mehr angefochten werden können. Im März schlug ein Parlamentsausschuss einen Gesetzesentwurf vor, um dieses Urteil mit Fristen zwischen zehn und 30 Jahren umzusetzen.

Brisant an dem Gesetzesprojekt ist die Verjährungsfrist für staatliches Unrecht. Zwar gilt das neue Gesetz für alle Anspruchsberechtigten gleichermaßen. In Polen lebende Anspruchsberechtigte sind jedoch klar im Vorteil gegenüber Klägern, die im Ausland leben. Denn für die Kläger in New York, Tel Aviv oder London wird es kaum möglich sein, kurzfristig vor einem polnischen Gericht zu erscheinen oder innerhalb einer kurzen Frist ein bestimmtes Dokument zu besorgen.



NS-Verbrechen rügen, aber die polnischen verschweigen: Mateusz Morawiecki in Auschwitz

Foto: Mauritius

IRAN

Islam auf dem Rückzug

Der Wunsch nach religiösem Wandel wächst – Staatsverfassung erlaubt indes keine Reformen

Meinungsforscher widerlegen die politisch instrumentalisierte Religionsstatistik in vielen islamisch geprägten Ländern. Im Iran bekennen sich laut einer demoskopischen Umfrage der Universität Utrecht nur noch etwa 40 Prozent der Bevölkerung zum Islam, in der offiziellen Statistik sind es aber 99,2 Prozent.

Immer mehr Muslime zweifeln an ihrer Religion, nicht nur die, die in nichtislamische Länder auswandern, weil sie verfolgt wurden. Selbst hierzulande, wo sich sogar Verbände von Ex-Muslimen organisieren, versuchen Islamverbände mit gefälschten Zahlen und Mitgliederlisten die ausgewanderten Muslime mit Druck an sich zu binden und werden darin leider oft noch von der öffentlichen Verwaltung unterstützt. Die Säkularisierung wirkt jedoch bei Muslimen ebenso oder sogar stärker als bei Christen, für die Religion Privatsache ist.

Für die Muslime in den offiziell muslimischen Ländern ist es genau umgekehrt:

Wegen des starken öffentlichen Drucks bleiben für die allermeisten Muslime Glaubenszweifel Privatsache. Einen öffentlichen Diskurs über diese Entwicklung gibt es in den muslimischen Ländern nicht, deshalb zweifelt auch niemand an den offiziellen Religionsstatistiken an.

Nur noch 40 Prozent Islambekenner

Ein der Universität Utrecht angegliederter Meinungsforschungsinstitut „Group for Analyzing and Measuring Attitudes in Iran“ (GAMAAN) hat in einer Umfrage unter mehr als 50.000 Iranern über 19 Jahren die religiösen Glaubensinhalte untersucht und analysiert. Die Ergebnisse der Umfrage waren sehr erstaunlich.

78 Prozent der Iraner glauben zwar an Gott, aber ungefähr die Hälfte der Bevölkerung gab an, ihre Religion verloren zu haben. Nur 32 Prozent identifizierten sich als schiitische Muslime, weitere fünf Prozent als sunnitische Muslime und drei Prozent als Sufis, während in den öffent-

lichen Statistiken 99,2 Prozent der Iraner als Muslime geführt werden. Erstaunlich hoch war der Anteil der Atheisten mit neun, der Spiritisten mit sieben, und der Agnostiker mit sechs Prozent.

Überraschend war auch der Anteil der Zoroastrier, der alten vorislamischen Zarathustra-Religion des persischen Reiches, zu welcher sich acht Prozent der Befragten bekannten. In den öffentlichen Statistiken werden Anhänger dieser altpersischen Religion mit weniger als 0,1 Prozent beziffert.

Der Religionswissenschaftler Michael Blume hatte in seinem Buch „Islam in der Krise“ 2017 bereits die Wiederauferstehung des Zoroastrismus festgestellt, denn sogar in der kurdisch verwalteten Autonomiezone des Irak in Erbil war ein Tempel dieser Religion, die viele Iraner und Schiiten als die authentische Religion des alten Zweistromlandes ansehen, errichtet worden. Auch andere Analysten waren in den letzten Jahren die leeren Moscheen

und Gotteshäuser im Iran, die zu Zeiten des Schahs noch voll waren, aufgefallen.

Der Leiter der Untersuchung, Pooyan Tamimi Arab, betrachtet die Ergebnisse der Umfrage als Wunsch nach religiösem Wandel und als logische Folge der Säkularisierung des Iran. Dessen Gesellschaft habe große Veränderungen durchlaufen. So sei die Alphabetisierungsrate enorm gestiegen, die Verstärkung massiv vorangeschritten, die wirtschaftliche Entwicklung habe die traditionellen Familienstrukturen aufgelöst und die Geburtenraten glichen sich denen im Westen an.

Auch die intensive Verflechtung von Staat und Religion im Iran, offiziell nach der Staatsdoktrin der Vertreter-Herrschaft (Velayat e Fakih) ist der Iran ein Gottesstaat, sorgt in der Bevölkerung für Unmut über die institutionalisierte Religion. Gebete und Fasten kann man verordnen, aber Glauben nicht. Reformen kann es jedoch laut Staatsverfassung nicht geben. **B.B.**

VON WOLFGANG KAUFMANN

Das gasförmige Isotop Helium-3 wird neuerdings gern zum idealen „Energieförderer der Zukunft“ oder gar zum „Heiligen Gral unter den Energiequellen“ hochstilisiert. Das resultiert aus seinen physikalisch-chemischen Eigenschaften.

Bis etwa zum Jahre 2050 sollen erste, kommerziell nutzbare Fusionsreaktoren zur Stromerzeugung entstehen, in denen es zu einer Verschmelzung von Atomkernen kommt. Jedoch ist auch diese Form der Energiegewinnung nicht so sauber, wie oft behauptet. So würden bei der Fusion der Kerne von Deuterium (Schwerer Wasserstoff) und Tritium (Überschwerer Wasserstoff) zahlreiche überschüssige Neutronen entstehen, was zur Folge hätte, dass die Wand des Reaktors alsbald radioaktiv zu strahlen begänne. Dieser Fall wäre allerdings nicht gegeben, wenn Helium-3 zum Einsatz käme. Während normales Helium einen Atomkern besitzt, der aus zwei Protonen und zwei Neutronen besteht, findet sich in Helium-3 nur ein Neutron. Dadurch würden bei der Fusion von Helium-3 mit einem weiteren Kernbrennstoff wie Deuterium nur unproblematische Protonen freigesetzt – zumindest theoretisch.

Vermischung von Atomkernen droht

Der britische Teilchenphysiker Francis Close errechnete, dass beim Einsatz von Helium-3 und Deuterium eine unkontrollierte Vermischung von Atomkernen droht, weswegen am Ende wieder normale Helium-Kerne und damit freie Neutronen entstehen könnten. Außerdem liefe die Fusion wohl einhundert Mal langsamer ab als bei einer Deuterium-Tritium-Kombination, worunter die Effizienz des Verfahrens leiden würde. Ebenso sieht Close keinen Sinn darin, ausschließlich Helium-3-Kerne zu verschmelzen, um so die unerwünschte Neutronenbildung zu vermeiden: Das dürfte die Fusion noch mehr bremsen sowie Drücke und Temperaturen im Reaktor erfordern, welche technisch nicht beherrschbar seien. Aus all dem zog der emeritierte Professor der University of Oxford den eindeutigen Schluss: „Es gibt keine Hinweise darauf, dass die Helium-3-Fusion eine brauchbare Energiequelle ist. Im Gegenteil, es sprechen gute physikalische Gründe dafür, dass eine Fusion mit diesem Brennstoff sogar schwieriger ist als mit Wasserstoffisotopen.“ Und das wäre auch bloß die eine Seite der Medaille.

Ein häufig angeführter Vorteil von Helium-3 besteht darin, dass man sehr wenig davon bräuchte, um per Kernfusion Energie zu erzeugen: Mit 145 Tonnen Helium-3 könnte der gesamte Weltenergiebedarf eines Jahres abgedeckt werden. Allerdings ist das Isotop nur in äußerst geringen Mengen vorhanden. Die Erdatmosphäre besteht lediglich zu 0,000138 Prozent aus



Industrie der Zukunft: Illustration eines Bergbaubetriebs auf dem Mond

Foto: Imago images/Scienc Photo Library

FORSCHUNG

„Heiliger Gral unter den Energiequellen“ mit Risiken

Das gasförmige Isotop Helium-3 könnte kommerziell in Fusionsreaktoren für die Stromerzeugung genutzt werden – Kritiker widersprechen dieser Theorie

Helium-3, welches vorrangig durch die Einwirkung von kosmischer Strahlung entsteht. Die gesamte verfügbare Menge an Helium-3 auf unserem Planeten liegt bei etwa 3000 bis 4000 Tonnen. Darüber hinaus sammelt sich das Isotop in Kernwaffen, welche Tritium als Zündmittel enthalten. Alles in allem beträgt die derzeitige Jahresproduktion von Helium-3 aber nur acht bis 15 Kilogramm.

Nur wenig Helium-3 benötigt

Während die Erde also kein guter Lieferant für den vermeintlich perfekten Kernbrennstoff der Zukunft ist, gibt es eine andere, wesentlich ergiebiger Quelle. Und das ist der Mond. Auf dem Erdtrabant vermuten Wissenschaftler bis zu eine Milliarde Tonnen Helium-3. Denn die Mondoberfläche wird unablässig vom „Sonnenwind“ getroffen, also dem kontinuierlichen Strom geladener Teilchen, welcher von

unserem Zentralestern ausgeht. Jedoch gibt es natürlich auch erhebliche technische Hürden für den Abbau von Helium-3 auf dem Mond. Zwar stehen mittlerweile Roboter wie der solarbetriebene Mark-III-Miner zur Verfügung, der an der University of Wisconsin entwickelt wurde und in der Lage sein soll, pro Jahr 66 Kilogramm Helium-3 aus dem Mondgestein zu gewinnen. Allerdings müssten dann 2200 solcher Maschinen auf dem Mond operieren, um die 145 Tonnen zu fördern, welche den Strombedarf der Erdbevölkerung decken sollen. Und das dürfte wohl noch sehr lange Zeit utopisch sein – ganz abgesehen davon, dass der Weltraumvertrag von 1967 hier auch enge rechtliche Grenzen setzt.

Das gilt im Prinzip ebenso für die Pläne, das Helium-3 von noch weiter her auf die Erde zu holen. In der Atmosphäre der großen Gasplaneten des Sonnensystems Jupiter, Saturn, Uranus und Neptun befin-

det sich ebenfalls verhältnismäßig viel von dem Isotop. So ermittelte das Massenspektrometer der NASA-Raumsonde „Galileo“ eine Helium-3-Konzentration in der Jupiter-Atmosphäre, welche rund doppelt so hoch ist wie jene auf der Mondoberfläche. Aufgrund dessen prüfte die US-Weltraumbehörde die Möglichkeit, Sonden zu den äußeren Gaskugeln zu schicken, um das dortige Helium-3 „abzuschöpfen“. Das Ergebnis der Überlegungen wurde in der Studie „Atmospheric Mining in the Outer Solar System“ zusammengefasst: Die gigantische Anziehungskraft des Jupiters stelle ein zu großes Hindernis dar, beim Saturn würden die vielen Ringe stören und der Neptun sei zu weit entfernt. Somit bliebe der Uranus. Einigen Astrophysikern zufolge könnte die Menschheit mehrere Millionen Jahre lang Helium-3 aus der Atmosphäre des blaugrünen Riesenplaneten gewinnen.

ROHSTOFFE

Russland setzt auf Palladium

„Russian Platinum“ plant, ein großes Vorkommen auf der Halbinsel Taimyr zu erschließen

Russland ist wirtschaftlich auf den Export seiner Rohstoffe angewiesen und davon hat das Land reichlich. Eines der teuersten Edelmetalle, das an der Börse gehandelt wird, ist Palladium. Der Preis des silberweiß glänzenden Edelmetalls ist zwar Schwankungen unterworfen, pendelte sich aber zuletzt auf zirka 3000 US-Dollar pro Feinunze (31,1 Gramm) ein.

Grund genug für den Bergbau-Konzern „Russian Platinum“, auf der Taimyr-Halbinsel, einem 400.000 Quadratmeter großen Gebiet im nordöstlichen Teil Sibiriens, ein großes Palladium-Vorkommen zu erschließen. Präsident Wladimir Putin hat sich bereits im November 2019 für die Umsetzung des 3400 Kilometer Luftlinie von Moskau entfernten Projekts ausge-

sprochen. Der Netto-Gewinn wird auf jährlich drei Milliarden Euro geschätzt, sodass sich die Investitionen nach fünf Jahren amortisiert hätten. „Russian Platinum“-Vorstandschef Musa Barschajew rechnet damit, jährlich zirka 120 Tonnen fördern zu können. Der Abtransport soll dann mit Schiffen erfolgen.

Palladium wird unter anderem in E-Autos verwendet, für die Herstellung von umweltschutzgerechten Katalysatoren. Es kommt außerdem in der Medizintechnik und in der Schmuckherstellung zum Einsatz. Teilweise wird eine Legierung aus Gold und Palladium zu Weißgold verarbeitet. Obwohl nicht so verbreitet wie Gold, wird Palladium auch bei Anlegern immer beliebter. Russland ist der größte

Hersteller von Palladiummünzen. Die bekannteste ist eine 25 Rubel-Münze mit der Bezeichnung „russische Ballerina“.

Globalisierung fördert Abhängigkeit

Die Sanktionen des Westens haben sich auf den russischen Rohstoffmarkt kaum ausgewirkt. Mit gutem Grund: Die im April 2018 verhängten US-Sanktionen gegen den Aluminium-Exporteur „Rusal“ hatten sich schon nach kurzer Zeit als Bumerang erwiesen. Russland stoppte die Lieferungen und Aluminium verteuerte sich um 15 Prozent. Betroffen war nicht zuletzt der US-Flugzeugbauer Boeing. Es gab Verluste auf beiden Seiten. Was darauf folgte, war die Erkenntnis, dass Sanktionen gegen Rohstofflieferanten kaum

möglich sind, da die zunehmende Globalisierung der Märkte die gegenseitige Abhängigkeit vergrößert.

Russland hat angekündigt, ab August dieses Jahres die Ausfuhr einiger Rohstoffe wie Aluminium, Nickel, Kupfer und Stahl durch die Einführung von Exportsteuern in Höhe von 15 Prozent zu drosseln, was wiederum zu Preissteigerungen führen dürfte.

Für Palladium ist der Preis ohnehin hoch, da die Nachfrage vor allem im Automobilsektor groß und das Angebot knapp ist. Letztendlich ist Russlands rohstoffabhängige Wirtschaft jedoch genauso auf den Export seiner Rohstoffe angewiesen wie die EU auf Lieferungen aus Russland. *Manuela Rosenthal-Kappi*

MELDUNGEN

Deutlich mehr Millionäre

Paris – Laut dem World Wealth Report der Beratungsgesellschaft Capgemini mit Sitz in Paris wuchs die Gruppe der Dollarmillionäre in Deutschland im Jahre 2020 um 69.100 Personen beziehungsweise 4,7 Prozent und umfasst nun rund 1,5 Millionen Mitglieder. Das Gesamtvermögen dieser Reichen stieg um 6,8 Prozent auf etwa 5,85 Billionen US-Dollar (Capgemini gibt die Summe in Dollar an, um so eine bessere internationale Vergleichbarkeit zu erzielen). Damit setzte sich der Trend von 2019 trotz der Corona-Krise fort: Im Jahr vor der Pandemie zählte man mehr als 100.000 neue Millionäre. Den Angaben von Capgemini zufolge steht die Bundesrepublik an dritter Stelle der Länder mit den meisten Dollarmillionären – nach den USA und Japan, aber noch vor China. Weltweit gibt es inzwischen 20 Millionen Millionäre, die insgesamt fast 80 Billionen Dollar horten. Viele davon profitierten von steigenden Aktienkursen und Immobilienpreisen. *W.K.*

Inflation bis zu vier Prozent

Wiesbaden – Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden jetzt mitteilte, lagen die Verbraucherpreise im Juni um 2,3 Prozent über dem Niveau des gleichen Monats des Vorjahres und um 0,4 Prozent über dem vom Mai 2021. Wobei in jenem Monat die Inflationsrate sogar 2,5 Prozent betragen hatte – was der höchste Wert seit September 2011 gewesen war. Damit nahm die Teuerung in Deutschland nun bereits den sechsten Monat in Folge zu. Und bei diesem wird es wohl auch bleiben, wie die Bundesbank meint. Sie hält im zweiten Halbjahr 2021 sogar eine Inflation von bis zu vier Prozent für möglich. Als Preistreiber gelten insbesondere die Kosten für Energie, welche gegenüber dem Juni 2020 um 9,4 Prozent nach oben schossen. Gleichzeitig stiegen aber auch die Nahrungsmittelpreise und die Mieten. Parallel zu dieser Entwicklung erhöhte die Europäische Zentralbank kontinuierlich die Geldmenge: Anfang Juli allein um 140 Milliarden Euro. *W.K.*

Opel wieder erfolgreich

Rüsselsheim – Der Autobauer Opel konnte auf seinem deutschen Heimatmarkt im ersten Halbjahr deutliche Zugewinne bei Absatz und Marktanteilen erzielen. Beim Marktanteil war der Juni der neunte Monat in Folge mit einem Wachstum. Opels Pkw-Neuzulassungen stiegen nach vorläufigen Zahlen gegenüber dem Vorjahr um 39 Prozent auf 84.700 Einheiten. Damit legte der Autobauer aus Rüsselsheim deutlich stärker als der Markt (+14,9 Prozent) zu. Einen großen Anteil am Erfolg hat der Opel Corsa. Das „Auto des Jahres 2020“ war im ersten Halbjahr mit 26.340 Neuzulassungen Deutschlands beliebtester Kleinwagen. Opel war es sogar gelungen, trotz der Corona-Krise im Jahr 2020 einen Gewinn im dreistelligen Millionenbereich einzufahren. Das Traditionsunternehmen gehört seit Januar 2021 zum Autokonzern Stellantis, der durch die Fusion des französischen Autobauers PSA mit Fiat-Chrysler entstanden ist. *N.H.*

KOMMENTAR

„Selbstbestimmung“

NORMAN HANERT

Die Grünen profitieren bislang davon, dass die Öffentlichkeit noch nicht allzu genau hingesehen hat, welche Zukunftsvorstellungen die Partei im Detail hat. Noch in der Schlussphase der Wahlperiode hat die Bundestagsfraktion der Grünen beispielsweise einen Entwurf für ein „Selbstbestimmungsgesetz“ vorgelegt. Dieses soll das bisher geltende Transsexuellengesetz ersetzen. Das bereits seit 40 Jahren geltende Gesetz regelt das Verfahren, mit dem Betroffene offiziell ihre Geschlechtszugehörigkeit und ihre Vornamen ändern können.

Bislang ist dazu ein Verfahren beim Amtsgericht und eine Begutachtung durch zwei Sachverständige erforderlich. Unter der Parole „Selbstbestimmung für alle“ soll das Verfahren nach den Vorstellungen der Grünen radikal vereinfacht werden, hin zu einem Antragsverfahren ohne die Begleitung von Gutachtern. Ausschlaggebend soll künftig nur noch das „Geschlechtsempfinden der Antragstellenden“ sein.

Eine Änderung des Geschlechtseintrages und der Vornamen soll nach den Vorstellungen der Grünen zudem künftig ohne Mitwirken des gesetzlichen Vertreters bereits ab Vollendung des 14. Lebensjahres möglich werden. „Die Transgeschlechtlichkeit kann nicht diagnostiziert werden, lediglich die Antragstellende Person selbst kann letztlich über ihre geschlechtliche Identität Auskunft geben“, so die von den Grünen gelieferte Begründung.

Weiter heißt es: „Immer wieder stellen Menschen im Laufe ihres Lebens fest, dass das bei Geburt zugewiesene Geschlecht nicht ihrer tatsächlichen Geschlechtsidentität entspricht.“ Die Formulierung kann leicht den Eindruck erwecken, bei der Transsexualität handele sich um ein Massenphänomen. Tatsächlich schätzen Experten den Anteil der betroffenen Menschen international auf 0,2 bis 0,6 Prozent der Bevölkerung.

Für diese Gruppe mag die von den Grünen geforderte Radikalreform die Lage möglicherweise erleichtern. Erkauft wird dies allerdings mit Nebenwirkungen, unter denen vor allem Frauen zu leiden hätten. Ein Blick ins Ausland zeigt nämlich, dass in der Idee, sein Geschlecht nach eigenem Belieben frei

wählen zu können, ein beträchtliches Missbrauchspotential steckt.

In Großbritannien sorgte schon vor einigen Jahren der Fall „Karen“ für eine Diskussion über Transgender-Häftlinge in Haftanstalten. Anlass war der Transgender-Häftling Karen White. Nach der Überstellung von einem Männergefängnis in eine Frauenhaftanstalt hatte White andere Inhaftierte sexuell bedrängt. Nach Bekanntwerden der Vorwürfe musste das britische Justizministerium einräumen, dass es die Vergangenheit der Transgender-Frau nicht genügend berücksichtigt hatte: Geboren als Stephen Wood, wies White eine lange Liste von Sexualstraftaten auf.

Transpersonen im Frauensport

Mit weitreichenden Folgen des „Selbstbestimmungsgesetzes“ wäre auch im Frauensport zu rechnen. Schon jetzt wird international heftig über die Frage gestritten, ob Transgender-Athletinnen, die eine männliche Pubertät durchlaufen haben, trotz Hormontherapie gegenüber anderen Sportlerinnen anatomisch nicht doch deutlich im Vorteil sind. Tatsächlich fallen Transgender-Athletinnen nach ihrer Inklusion in den Frauensport immer öfter durch Spitzenleistungen auf, mit denen Frauen und Mädchen nicht mithalten können.

Mit der neuseeländischen Gewichtheberin Laurel Hubbard kämpft dieses Jahr erstmals eine Transgender-Athletin bei Olympischen Spielen um Medaillen im Wettkampf der Frauen. Die Grünen müssen sich darauf einstellen, dass die Idee einer Gender-Selbstbestimmung ihre bislang praktizierte parteiinterne Privilegierung von Frauen untergraben wird. Das Frauenstatut der Partei lädt geradezu dazu ein, von machtbewussten Transgender-Personen zur Förderung der eigenen politischen Karriere ausgenutzt zu werden.

Tatsächlich wächst inzwischen auch in feministischen Kreisen die Sorge, dass im Namen von LGBTI und Regenbogen-Ideologie die Rechte der Frauen unter die Räder kommen. Die britische Philosophin Kathleen Stock kritisierte unlängst sehr offen, entscheidender als das biologische Geschlecht sei mittlerweile, ob sich jemand als Frau oder Mann identifiziere. Objektiv heiße dies aber nicht, dass diese Person dann tatsächlich auch eine Frau oder ein Mann sei, so die bekennende Feministin.



Soll nun doch im Gesamtverbund erhalten bleiben: Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Bild: Logo der SPK

LEITARTIKEL

Preußen bleibt – vorerst

RENÉ NEHRING

Die Aufregung war groß. Als in den Sommer 2020 die Nachricht platzte, dass ein Gutachten des Wissenschaftsrats die „Zerschlagung“ der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) anregte, interpretierten dies Medien quer durch alle politischen Lager als Abschied der Bundesrepublik vom alten Preußen (PAZ 28/2020).

Ein paar Tage später sorgte eine Pressekonzferenz von Wissenschaftsrat, SPK-Präsident Hermann Parzinger und Kulturstaaatsministerin Monika Grütters für Klarheit: Die von der Politik in Auftrag gegebenen „Strukturrempfehlungen“ des Wissenschaftsrats bescheinigten den fünf Einrichtungen der Stiftung – den Staatlichen Museen zu Berlin mit 15 Museums-sammlungen und vier Instituten, der Staatsbibliothek zu Berlin, dem Geheimen Staatsarchiv, dem Ibero-Amerikanischen Institut sowie dem Institut für Musikforschung – überwiegend eine hervorragende Arbeit. Zugleich schlug das Gutachten die Auflösung der bisherigen Struktur der SPK vor, da die Stiftung im Ganzen „dysfunktional“ agiere und sich ihre bisherigen „Organisations- und Governance-Strukturen (...) hemmend auf die Aufgabenerfüllung, vor allem aber negativ auf die Strategiefähigkeit der unter dem Dach der

SPK vereinten Einrichtungen“ auswirkten. Deshalb sollten die vier erstgenannten Einrichtungen „in Trägerschaft des Bundes“ organisatorisch und rechtlich selbstständig und das Institut für Musikforschung in die Staatlichen Museen eingegliedert werden (PAZ 29/2020). Schon in der damaligen Pressekonzferenz übernahm Ministerin Grütters die Formulierungen des Wissenschaftsrats und tat so, als sei das Ende der SPK in ihrer bisherigen Form bereits beschlossene Sache.

Absehbares Scheitern

Die PAZ war von Beginn an skeptisch und fragte unter anderem, welche Vorteile eine Zerschlagung der Gesamtstiftung SPK für ihre Einrichtungen brächte, denn „die geforderte höhere Eigenverantwortung für die Museen, Archive und Bibliotheken bis hin zur Budgethoheit ließe sich auch innerhalb der bisherigen Struktur umsetzen.“ Zudem fragte die PAZ, warum sich die Bundesländer, die bislang für geringe jährliche Beiträge das volle Mitspracherecht an der größten Kultureinrichtung der Bundesrepublik Deutschland haben, auf eine Neustrukturierung einlassen sollten, bei der sie künftig außen vor blieben.

Und so kam es denn auch: Vor wenigen Tagen beschlossen zunächst die Reformkommission und anschließend der Beirat der Stiftung Preußischer Kulturbesitz „im

Sinne einer der zentralen Empfehlungen des Wissenschaftsrates die Autonomie der zur SPK gehörenden Museen, Bibliotheken, Archive und Forschungseinrichtungen deutlich zu stärken.“ Zwar äußerten die SPK-Gremien ausdrücklich, dass die „Grundlage des Reformprozesses (...) die Strukturevaluation des Wissenschaftsrates vom Juli 2020 (ist)“, doch betonten sie nun auch: „Dieses Ziel kann und soll aus Sicht der Kommission bei Erhalt der SPK als Gesamtverbund in grundlegend reformierter Form erreicht werden.“

Mit anderen Worten: Die Stiftung und die in ihr vertretenen Repräsentanten der Politik – darunter neben der Kulturstaaatsministerin auch Vertreter aller Bundesländer – argumentieren so, als würden sie die Strukturrempfehlungen des Wissenschaftsrats des vergangenen Jahres umsetzen, faktisch tun sie jedoch in der zentralen Schicksalsfrage der SPK das Gegenteil, indem sie deren Gesamtverbund erhalten wollen.

Ob damit die Stiftung und mit ihr das preußische Kulturerbe in seiner organisatorischen Gesamtheit dauerhaft gesichert ist, bleibt abzuwarten. In wenigen Wochen ist Bundestagswahl, danach werden die Karten – wie so oft in dem komplexen Beziehungsgeflecht zwischen Bund und Ländern in Kulturangelegenheiten – wieder einmal neu gemischt.

PORTRÄT

Es gibt da so einen Bulgaren ...

Es gibt da so einen Sänger und Showmaster, der 2020 in Bulgarien so eine Partei gegründet hat. Und die heißt: „Es gibt da so ein Volk“. Was sich nach einer Spaßpartei anhört, ist nach nur einem Jahr zu einer ernsthaften politischen Größe geworden. Denn die von Slawi Trifonow gegründete Partei hat die bulgarischen Parlamentswahlen am 11. Juli knapp gewonnen. Mit 0,3 Prozentpunkten Vorsprung schlug sie die Partei des langjährigen Ministerpräsidenten Bojko Borissow.

Weil Borissow schon bei den Wahlen im April keine Koalition zustande bringen konnte, mussten Neuwahlen her. Doch diese machten in dem Land, das seit Mai von dem Brigadegeneral Stefan Janew interimistisch regiert wird, noch alles komplizierter. Denn 1) will Trifonow nicht mit Borissow und der drittstärksten Kraft, den Sozialisten, koalieren, 2) reicht eine Koalition mit den übrigen im Parlament

vertretenen Parteien nicht für eine Mehrheit und 3) will Trifonow als Mann ohne politische Erfahrung überhaupt nicht Ministerpräsident werden.

Schon im Wahlkampf war der 54 Jahre alte Sänger einer Popband, der über 300 Lieder und 22 Alben herausgebracht hat und darüber hinaus Moderator überaus populärer bulgarischer TV-Shows ist, so gut wie unsichtbar. Seine Partei „Es gibt

da so ein Volk“ war bei den Wahlen nur auf den digitalen Kanälen präsent. Weil Trifonow den vom Staat gelenkten Medien misstraut, gibt er der Presse weder Interviews noch liefert er Erklärungen ab.

Die Gründung von „Es gibt da so ein Volk“ war eigentlich aus der Not heraus geboren. Weil Trifonow mit einem von ihm initiierten Referendum zur Änderung des korrupten politischen Systems scheiterte und Borissow selbst keine Reformbemühungen anstellte, sollte eine neue nationalkonservative Partei alles ändern. Und die Bulgaren spielten mit, wenn gleich nur 40 Prozent zur Wahl gingen und 24 Prozent davon Trifonows Partei wählten. Sollte er wider Erwarten eine Koalition bilden, soll ein Expertenteam die Regierung stellen. Dieses könnte Immigranten dann die Türen schließen, die Bulgarien als Einfallstor für den Spaziergang in die EU missbrauchen. H. Tews



Trifonow vor dem Parteiemblem

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Ein Amerikaner in Weimar

Vor 150 Jahren wurde in New York Lyonel Feininger geboren – In Deutschland machte er als Künstler Karriere und war viel mit dem Rad unterwegs



Als Künstler und Radfahrer topfit: Lyonel Feininger auf seinem Fahrrad in der Gutenbergstraße Weimar, Fotografie von 1926

VON VEIT-MARIO THIEDE

Der am 17. Juli 1871 in New York geborene Lyonel Feininger war im deutschen Kaiserreich ein gefragter Karikaturist und Illustrator für Satiremagazine wie „Das Narrenschiff“, bevor er sich 1906 auf die Malerei verlegte und zu einem der bis heute beliebtesten Künstler der klassischen Moderne entwickelte. Der vor 150 Jahren geborene US-amerikanische Staatsbürger mit deutschen Wurzeln wird in Quedlinburg und Weimar mit Sonderausstellungen geehrt.

Feininger kam 1887 nach Deutschland, um in Leipzig Geigenunterricht zu nehmen. Kaum angekommen, überlegte er es sich aber anders und nahm zunächst an der Hamburger Kunstgewerbeschule, dann an der Königlichen Kunstakademie Berlin Zeichenunterricht.

In den Sommerferien an der Ostsee lernte er 1905 die einer reichen jüdischen Kaufmannsfamilie entstammende angehende Malerin Julia Berg kennen, die an Henry van de Veldes Weimarer Kunstgewerbeschule studierte. Sie wurde Feiningers zweite Ehefrau, gab ihre künstlerischen Ambitionen auf und ermunterte ihn, Maler zu werden. Fortan war Feininger bestrebt, in Malerei und Druckgraphik zu seinem ureigenen Stil zu finden. Er schrieb 1907 an Julia: „Das Gesehene muss innerlich umgeformt und crystallisiert werden.“ Seinen nach diesem Credo entwickelten Stil nannte er „Prismatismus“. Entsprechend der Aufspaltung des Lichts in einem Prisma teilte er das Bildfeld in unterschiedliche Farbflächen auf, die gegenständliche Motive verfremden.

In der Weimarer Republik machte Feininger als Künstler und Lehrer Karriere. Er war der erste Meister, den Walter Gropius an das 1919 eröffnete Bauhaus von Weimar berief. Das von Gropius verfasste Gründungsmanifest des Bauhauses illustrierte Feininger mit dem berühmten Holzschnitt der „Kathedrale“, über der drei Sterne die Malerei, Bildhauerei und Architektur versinnbildlichen. Vorbild für die „Kathedrale“ war die kleine Dorfkirche von Gelmeroda bei Weimar.

Von 1906 bis in die 1930er Jahre unternahm Feininger künstlerische Expeditionen in die Dörfer rund um Weimar, wo er bevorzugt die Kirchen zeichnete. Er nannte diese Blätter „Naturnotizen“. Eine Auswahl präsentiert das Bauhaus-Museum Weimar in der Sonderschau „Lyonel Feininger mit dem Rad unterwegs“. Die Schau macht neugierig auf den „Feininger-Radweg“. Er führt zu fünf Kirchen und einer Brücke, von denen Feininger Zeichnungen anfertigte, die ihm noch Jahrzehnte später als Vorlagen für Gemälde und Druckgraphiken dienten.

Die Sonderausstellung der Quedlinburger Lyonel-Feininger-Galerie veranschaulicht die Entwicklung des Künstlers von den karikaturistischen Anfängen bis zum Spätwerk. Der bei frühen Gemälden wie der „Marine mit Barke“ vorherrschende Eindruck der Skurrilität, der nicht zuletzt durch altertümlich gekleidete Figuren geweckt wird, wandelt sich auf den späteren Seestücken und Architekturbildern ins Feierliche und auch düster Erhabene.

Das zeigt etwa die eindrucksvolle Leihgabe „Marienkirche mit dem Pfeil“ (1930). Sie gehört zu einer Serie von elf Ansichten Halles an der Saale, die Feininger 1929 bis 1931 im Auftrag der Stadt für das Kunstmuseum Moritzburg schuf. Die Nationalsozialisten beschlagnahmten sie

Quedlinburger sicherte sich Graphik

Die Sonderausstellung der Quedlinburger Lyonel-Feininger-Galerie veranschaulicht die Entwicklung des Künstlers von den karikaturistischen Anfängen bis zum Spätwerk. Der bei frühen Gemälden wie der „Marine mit Barke“ vorherrschende Eindruck der Skurrilität, der nicht zuletzt durch altertümlich gekleidete Figuren geweckt wird, wandelt sich auf den späteren Seestücken und Architekturbildern ins Feierliche und auch düster Erhabene.

Das zeigt etwa die eindrucksvolle Leihgabe „Marienkirche mit dem Pfeil“ (1930). Sie gehört zu einer Serie von elf Ansichten Halles an der Saale, die Feininger 1929 bis 1931 im Auftrag der Stadt für das Kunstmuseum Moritzburg schuf. Die Nationalsozialisten beschlagnahmten sie

als „entartete Kunst“. Neben der „Marienkirche mit dem Pfeil“ befinden sich heute wieder „Der Dom in Halle“ und „Roter Turm I“ im Besitz des Kunstmuseums Moritzburg. Als Leihgabe des Kunstmuseums Mülheim an der Ruhr ist derzeit auch der „Rote Turm II (Halle)“ von 1930 ausgestellt. Der Bilderfolge ist ein Stadtrundgang gewidmet.

Von 1925 bis zur Schließung 1932 durch die Nationalsozialisten residierte das Bauhaus in Dessau. Feininger gehörte ihm zwar noch an, aber war von allen Lehrverpflichtungen befreit. Ein Gehalt bekam er nicht, durfte aber mit der Ehefrau und den drei Söhnen in einem der Meisterhäuser wohnen. Erst als Nationalsozialisten das Haus 1933 durchsuchten, zogen sich die Feiningers nach Berlin zurück. Der mit ihnen befreundete Hermann Klumpp half bei der Räumung des Meisterhauses und verfrachtete die Kunstwerke erst nach Halle, dann zu sich nach Quedlinburg.

Als Julia und Lyonel Feininger 1937 in die Vereinigten Staaten ausreisten, schickte ihnen Klumpp die gewünschten Werke nach und versteckte die restlichen vor den Nationalsozialisten. Dank Klumpps Aktion verfügt die Feininger-Galerie über die weltweit größte Sammlung der Graphik sowie neun Gemälde Feiningers. Viele seiner Naturnotizen aber hatte der Künstler mit nach Amerika genommen. Sie beflügelten bis zu seinem Tod 1956 seine Rückerinnerungen an Deutschland, sodass neben Bildern von den Wolkenkratzen Manhattans Gemälde und Druckgraphiken von Dorfkirchen in Thüringen, von Deep bei Kolberg und seinen anderen ehemaligen Feriendomizilen an der Ostsee das Spätwerk bereichern.

● **Ausstellungen** „Becoming Feininger“: bis 12. September in der Lyonel-Feininger-Galerie, Schlossberg 11, Quedlinburg, www.feininger-galerie.de. „Lyonel Feininger mit dem Rad unterwegs“: bis 1. August im Bauhaus-Museum, Stéphane-Hessel-Platz 1, Weimar, www.klassik-stiftung.de. **Feininger-Touren** „Die Halle-Bilder – Ein Stadtrundgang“: www.moderne-halle.de/alle-orte-im-ueberblick/feininger-rundgang. „Feininger-Radweg in Weimar und im Weimarer Land“: www.weimarer-land.travel/feininger-radweg. „Feininger Radtour“ auf Usedom: Radkarten zum Herunterladen: www.usedom.de/feininger-radtour. **Buchneuerscheinung** Andreas Platthaus, „Lyonel Feininger: Porträt eines Lebens“, Rowohlt Verlag, 448 Seiten, 28 Euro

● KINO

Bunte West-Side-Story

Wer es wagt, sich in diesen Tagen ins Kino zu setzen, hat die Qual der Wahl. Seit am 1. Juli die Häuser wieder inklusive Hygieneauflagen wie das Tragen einer FFP2-Maske (die zum Popcorn-Knabbern wieder abgelegt werden darf) geöffnet sind, strömt eine Flut von Filmen in die Kinos, die sich wegen des Lockdown aufgestaut hatte. Für Actionfans gibt es „Black Widow“ mit Scarlett Johansson als weibliches Pendant zu James Bond, für Sci-Fi-Fans „Godzilla vs. Kong“ und für Anhänger des anspruchsvollen Kinos den Oscar-Sieger „Nomadland“.

Musical-Liebhaber sind bei „In the Heights“ gut aufgehoben. Es ist eine einzige Gute-Laune-Massenparty, wie man sich das vor Corona noch erlauben durfte. Bis zu 500 Statisten tanzen dabei durch das Washington-Heights-Viertel im Nordwesten von Manhattan zu Hip-Hop und fetzigen Latino-Rhythmen. Es ist so etwas wie Bernsteins „West Side Story“ auf Ecstasy und ohne Straßengangs. Im Gegenteil: In dieser für das anpassungsfähige Kino typischen drall-bunten Multikulti-Welt schmieden Latinos, Schwarze und Asiaten flotte Liebesbündnisse.



Es ist heiß in New York: Tanzszenen vor der George-Washington-Brücke

Der chinesischstämmige US-Regisseur Jon M. Chu, der 2018 mit „Crazy Rich Asians“ einen Kinohit schuf, hat Lin-Manuel Mirandas Broadway-Musical trickreich und stilvoll umgesetzt. Trotz der Jubelfeier auf alles Fremdländische – es ist eine wohlthuende Filmorgie für Ohren und Augen. *H. Tewes*

ROKOKOKÜNSTLER

Einschiffung nach Preußen

Friedrich der Große schätzte Watteau-Bilder und holte sie nach Berlin – Vor 300 Jahren wurde der Maler von Schäferszenen geboren

Friedrich der Große hatte ein Faible für die von Jean-Antoine Watteau gemalten Theaterleute und Geselligkeiten in freier Natur. Und so trug er eine der weltweit bedeutendsten Sammlungen der Ölbilder des französischen Rokoko-Künstlers zusammen. Diese Werke des am 18. Juli 1721 an Schwindsucht verstorbenen Malers sind heute auf das Schloss Sanssouci sowie die Berliner Gemäldegalerie und das Schloss Charlottenburg verteilt.

Ab 1702 lebte der 1684 geborene Watteau in Paris. Er bewarb sich 1712 um die Mitgliedschaft in der Königlichen Akademie der Künste. Aber erst nach mehrmaliger Aufforderung reichte er 1717 sein Aufnahmestück ein, die heute im Louvre beheimatete „Einschiffung nach Kythera“. Im Aufnahmeprotokoll wird das Motiv als „galantes Fest“ eingestuft. Damit war eine neue Bildgattung geboren, und Watteau gilt als ihr Erfinder: die „fêtes galantes“.

Zeitgenossen charakterisierten den Maler der lebenswürdigen Geselligkeiten und ländlichen Vergnügungen als unruhig und menschenscheu, immer unzufrieden mit sich selbst und den anderen.



Watteau-Meisterwerk im Schloss Charlottenburg: „Einschiffung nach Kythera“

Die in Paris hängende „Einschiffung nach Kythera“ hat einen 1710 geschaffenen Vorläufer im Frankfurter Städel Museum und einen 1717/18 gemalten Nachfolger im Schloss Charlottenburg. Auf

dieser 1763 von Friedrich dem Großen erworbenen Fassung herrscht Aufbruchsstimmung rund um die in der Bildmitte stehende Dame im goldgelben Kleid. Ein rot gekleideter Herr hat sie um die Taille gefasst und will sie zu dem am Ufer wartenden Schiff geleiten. Doch sie wendet ihren Kopf landeinwärts, wo mehrere Paare galant vertraulichen Umgang miteinander pflegen. Venus, die Herrin der Liebeseinsel Kythera, steht rechts versteinert und doch irgendwie belebt auf einem Sockel. Sie hat dem protestierenden Amor die Liebespfeile weggenommen. Zahlreiche Putti durchschwärmen das Gemälde.

Unter Verzicht auf Putti hat Watteau in zahlreichen Abwandlungen die galanten Liebeleien, Tänze und musikalischen Darbietungen wohlhabender junger Müßiggänger in parkartiger Natur gemalt. Zu ihnen gehören der im Schloss Sanssouci hängende „Brautzug“ (um 1712) und die

„Gesellschaft im Freien“ (um 1721) der Berliner Gemäldegalerie. In der sind auch zwei Prachtstücke beheimatet, die einnehmend Watteaus zweite Spezialität repräsentieren: die Welt des Theaters. Das um 1716 geschaffene Gemäldepaar zeigt die Darsteller der französischen und die der italienischen Komödie.

Das späte Hauptwerk „Das Ladenschild des Kunsthändlers Gersaint“ (1721) befindet sich im Schloss Charlottenburg, wo es vom 9. Oktober an im Mittelpunkt der Ausstellung „Antoine Watteau. Kunst – Markt – Gewerbe“ steht. Das Gemälde zeigt den Blick von der Straße in den Geschäftsraum des Kunsthändlers. Es hing tatsächlich zwei Wochen als Ladenschild über dem Eingang, bevor es ein Kunstliebhaber erwarb. Das zu einem unbekanntem Zeitpunkt in zwei Teile zerschnittene Werk gelangte 1744 in den Besitz Friedrichs des Großen. *Veit-Mario Thiede*

WILHELM PRINZ VON PREUSSEN

Die Staatsspitze lag mehrmals in Sichtweite

Der vor 70 Jahren gestorbene Kaisersohn ist Mittelpunkt einer aktuellen juristisch-historischen Kontroverse

VON ERIK LOMMATZSCH

Für den letzten Kronprinzen des Deutschen Reiches und des Königreichs Preußen lag in den Jahren 1908, 1918, 1932 und auch später noch auf verschiedene Weise der Weg an die Staatsspitze in Sichtweite. Erreicht hat er diese Position nie.

Geboren wurde der älteste Sohn des letzten Deutschen Kaisers und Königs von Preußen am 6. Mai 1882 in Potsdam. Zu dieser Zeit regierte noch sein 85-jähriger Urgroßvater Wilhelm I. Nach Aussage des Erziehers Johannes Keßler war der junge Prinz „weit über den Durchschnitt begabt“. Ein späterer Biograph fügte „Oberflächlichkeit“ als wesentlichen Charakterzug hinzu.

Daily-Telegraph-Affäre 1908

Das Militärische dominierte in der Ausbildung. Ein Offizierspatent erhielt Wilhelm anlässlich seines 18. Geburtstages. Von 1901 bis 1903 studierte er an der Universität Bonn Staats- und Verwaltungsrecht. Im Juni 1905 heiratete er die Herzogin zu Mecklenburg (-Schwerin) Cecilie. Die Verbindung galt als Liebesheirat. Cecilie erfreute sich in der Öffentlichkeit großer Beliebtheit. Sie war sozial engagiert, etwa im Bereich der Frauenbildung. Sechs Kinder hatte sie gemeinsam mit dem Kronprinzen. Später wurde das 1917 vollendete Schloss Cecilienhof im Potsdamer Neuen Garten bezogen.

Wilhelm II. trug sich Ende 1908 wegen der Daily-Telegraph-Affäre zeitweise mit Abdankungsplänen. In diesem Falle wäre ihm der Kronprinz nachgefolgt. Familie und engere Umgebung brachten den Kaiser aber schließlich von seinem Vorhaben ab.

Nach einer mehrmonatigen Indien- und Ägyptenreise wurde der Kronprinz im September 1911 Kommandeur des 1. Leibhusarenregiments in Danzig. Mit Beginn des Ersten Weltkrieges erhielt er im August 1914 das Oberkommando über die 5. Armee. Ab November 1916 führte er die Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Wilhelm gehörte zu den militärischen Führern der Schlacht bei Verdun. Zu Be-



Preußens und Deutschlands letztes Kronprinzenpaar: Cecilie und Wilhelm

Foto: akg images

ginn des Krieges war er von seinem Vater angewiesen worden, dem Ratschlag seines Generalstabschefs unbedingt Folge zu leisten. Auch wenn er sich gegen die „Ausblutungsstrategie“ an der Westfront ausgesprochen haben soll, gilt der Kronprinz doch als Befürworter derjenigen, die sich gegen einen Verständigungsfrieden aussprachen und auf Annexionen setzten.

Nach den Memoiren Kaiser Wilhelms II. war es sein ältester Sohn, der „die bekannte Feststellung bei den Parteiführern machte“, es sei ein Irrtum, dass nur der auf Mäßigung setzende Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg „die Arbeiterschaft hinter sich hätte“ und „das für den Friedensschluß erforderliche Vertrauen im Ausland besäße“. Bethmann verlor im Juli 1917 sein Amt.

In Aufzeichnungen, die 1922 veröffentlicht wurden, geht der Kronprinz hart mit der deutschen Politik vor und während des Krieges ins Gericht. In diesen sei-

man durch die Unfähigkeit der Verantwortlichen „hineingetapert“. Einen Sonderfrieden mit Russland hätte man etwa bereits im Frühsommer 1915 anstreben müssen. Dazu passt, dass der Kronprinz den hessischen Großherzog Ernst Ludwig in einem Brief aufgefordert hat, dessen familiäre Beziehungen zum Zaren Nikolaus II. in diesem Sinne zu nutzen. Insgesamt beklagt Wilhelm die mangelnde deutsche Geschlossenheit und das Fehlen einer Zivildiktators, wie ihn Frankreich und England gehabt hätten.

Novemberrevolution 1918

Im Vorfeld der im November 1918 einsetzenden revolutionären Wirren schien noch einmal kurzzeitig die Möglichkeit auf, die Hohenzollernmonarchie könnte bewahrt werden, indem Wilhelm II. abdankt und der Kronprinz die Nachfolge antritt. Schließlich ging er ins niederländische Exil. Formell verzichtete er am 1. Dezember 1918 auf seine Ansprüche.

Für die Idee der Fortführung der Monarchie hätte wohl auch der Rückhalt in der Bevölkerung gefehlt. Der einflussreiche Presseoffizier Walter Bloem hatte bezüglich der medialen Darstellung schon 1917 geurteilt: „Wie viel geschieht in dieser Hinsicht für Hindenburg, wie wenig für den Kaiser, den Kronprinzen!“

1923 konnte der Kronprinz nach Deutschland zurückkehren. Ab 1919 lautete sein offizieller Name Wilhelm Prinz von Preußen. Cecilie war in der Heimat geblieben. Die Ehe hatte nur noch offiziell Bestand. Der nach dem Ersten Weltkrieg entstandene Freistaat Preußen regelte 1926 per Gesetz den Streit mit dem vormaligen Königshaus über die offenen Vermögensfragen.

Ansprüche des Hauses Hohenzollern beschäftigen auch gegenwärtig die Gerichte. Gegenstand sind die 1945 erfolgten Enteignungen durch die Sowjets. Die Person des Kronprinzen Wilhelm steht damit noch einmal im Mittelpunkt des Inter-

ses. Die Forderungen wären gegenstandslos, hätte Wilhelm seinerzeit durch sein Agieren dem Nationalsozialismus „erheblichen Vorschub“ geleistet. Bekannt ist, dass er einerseits auf Distanz zur NS-Bewegung und deren Protagonisten ging. Außer Frage steht aber auch, dass er sich verschiedentlich ausdrücklich für diese ausgesprochen hat. Ebenso, dass man sich bei den Nationalsozialisten die Prominenz des Kaisersohnes zunutze machen wollte, allerdings ohne ihm eine entscheidende Rolle zuzubilligen.

Reichspräsidentenwahl 1932

1932 empfahl Wilhelm die Wahl Adolf Hitlers zum Reichspräsidenten. Ursprünglich war ihm selbst eine Kandidatur angetragen und von ihm auch in Erwägung gezogen, letztlich aber von seinem Vater untersagt worden.

Umfangreiche Gutachten renommierter Historiker liegen vor, die gegensätzlicher nicht sein könnten. So urteilt Peter Brandt, Wilhelm habe „in vollem Bewusstsein und im Einverständnis mit dem Weg in die Diktatur“ gehandelt, „verbunden mit der Hoffnung auf einen prominenten Platz in den neuen Verhältnissen“. Dagegen erklärt Wolfram Pyta, der Kronprinz „verfolgte seit seiner Rückkehr nach Deutschland die Konzeption, eine Restauration der Monarchie mit Hilfe der Institutionen und verfassungsmäßigen Möglichkeiten des bestehenden Staatswesens anzustreben“. An der Seite Kurt von Schleichers – ein Jugendfreund Wilhelms und der letzte Reichskanzler vor Hitler – habe er dem NS-Regime entgegenzuwirken versucht.

Der Kronprinz pflegte Verbindungen zum preußischen Finanzminister Johannes Popitz, einem führenden Mitglied des Widerstandes. In entsprechenden Planungen für die Zeit nach dem Ende des NS-Regimes war Wilhelm als Reichsverweser vorgesehen.

Nach dem Kriegsende lebte er in Hechingen, wobei die französische Besatzungsmacht seine Bewegungsfreiheit zunächst stark beschränkte. Vor 70 Jahren, am 20. Juli 1951 ist der letzte deutsche und preußische Kronprinz gestorben.

BIZERTE-KRISE

Als Frankreich seine Afrikakriege noch ohne Bundeswehr führte

Im Schatten des Algerienkrieges bekriegte die Grande Nation vom 19. bis zum 23. Juli 1961 auch ihre vormalige Kolonie Tunesien

In einer Zeit, in der die Bundeswehr sich aus Afghanistan zurückzieht, aber dafür umso mehr „europäische Solidarität“ mit Frankreich in Mali zeigen soll, sollte nicht unerwähnt bleiben, dass Mali zum französischen Kolonialreich gehört hat und jenes bis weit nach dem Zweiten Weltkrieg Bestand hatte, in Form der sogenannten Überseegebiete in gewisser Hinsicht sogar bis heute Bestand hat. Wie Mali gehörte zu diesem Kolonialreich auch Tunesien. Erst 1956 erkannte Frankreich die Unabhängigkeit Tunesiens an, behielt aber die Militärbasis in der Hafenstadt Bizerte an der Straße von Sizilien.

Zur Entlassung Tunesiens in die Unabhängigkeit kam es nicht zuletzt deshalb, weil Frankreich seine Kräfte auf den Algerienkrieg konzentrieren wollte. In diesem spielte Frankreichs Militärstützpunkt Bizerte eine nicht unwichtige Rolle. Französische Flugzeuge konnten von dort aus viel schneller in den Algerienkrieg eingreifen als vom franzö-

sischen Festland oder Korsika aus. Das machte die Enklave für Tunesien zu einem zusätzlichen Ärgernis, sympathisierten die Tunesier doch mit dem Freiheitskampf ihrer algerischen Nachbarn. Tunesien forderte daher die Aufgabe der Militärbasis, doch Frankreich hielt seine vormalige Kolonie hin.

Zu einer Verschärfung der Situation kam es, als Frankreich, um größere Flugzeuge gegen die Algerier einsetzen zu können, ohne Vorankündigung die Landebahn der Basis über deren Grenze hinaus auf das Territorium der Tunesischen Republik verlängerte. Tunesien verhängte daraufhin eine Blockade über den Stützpunkt. Er wurde von tunesischen Truppen umzingelt und der Luftraum für französische Flugzeuge gesperrt. Frankreich missachtete die Sperre mit einem Hubschrauberflug, worauf die tunesischen Streitkräfte mit Warnschüssen reagierten.

Als die Franzosen dann auch noch mit Transportflugzeugen 800 Fall-

Rechtswidrig verlängerte Frankreich die Landebahn eines Stützpunktes auf das Territorium der Tunesischen Republik

schirmjäger in die Basis verlegten, machten die Tunesier ernst und reagierten mit gezieltem Maschinengewehrfeuer. Es wurde scharf geschossen. Frankreich und Tunesien befanden sich im Krieg.

Der waffentechnischen Überlegenheit der europäischen Industrienation war das afrikanische Entwicklungsland nicht gewachsen. Die Franzosen setzten

schwere Waffen – Panzer, Haubitzen, Kriegsflugzeuge, Raketen, Kriegsschiffe – ein. Sie brachen aus ihrer umzingelten Militärbasis aus und drangen rund 25 Kilometer auf das umliegende Territorium der Tunesischen Republik vor. Parallel wurde von drei vor der tunesischen Küste liegenden französischen Kreuzern aus der Hafen von Bizerte gestürmt.

Militärisch war die französische Aktion ein voller Erfolg. Bizerte wurde von den französischen Truppen erobert. Tunesien willigte nolens volens in einen von Frankreich angebotenen Waffenstillstand ein. Am 23. Juli 1961 hatte die Atom- und Kolonialmacht den wenige Tage zuvor am 19. Juli begonnenen Krieg gegen ihre vormalige Kolonie gewonnen.

Auf dem Gebiet der Diplomatie hielt sich der Erfolg für Frankreich in Grenzen. Die Weltgemeinschaft war über das imperialistische Verhalten der Grande Nation entsetzt. Und in der westlichen Wertegemeinschaft sah man die Nachteile und Gefahren des französischen

Vorgehens. Immerhin galt die Regierung in Tunis als prowestlich. Nichtsdestoweniger verhinderten die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich in westlicher Solidarität zusammen mit Frankreich selbst eine Aufforderung des UN-Sicherheitsrats an Frankreich sich zurückzuziehen.

Auf Einladung der tunesischen Seite und gegen den Willen der französischen kam der UN-Generalsekretär Dag Hammarskjöld höchstpersönlich am 24. Juli nach Bizerte. Unter Vermittlung der Vereinten Nationen kam es schließlich zu einer Lösung. Frankreich konnte bis auf Weiteres die für seinen Algerienkrieg wichtige Basis weiterbetreiben und überließ sie anschließend, am 15. Oktober 1963, Tunesien. Der kurze Kampf zwischen Goliath und David hatte nur 24 bis 27 französischen, aber dafür 630 tunesischen Kombattanten das Leben gekostet, von den Toten unter Tunesiens Zivilbevölkerung ganz zu schweigen.

Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

Während des Ersten Weltkrieges, als Großbritannien gegen das Osmanische Reich kämpfte, machte London sowohl den Arabern als auch den Juden Versprechungen, was die Zukunft der südlichen Levante betraf, um sich die Unterstützung beider Seiten zu sichern. Allerdings löste das Empire seine Zusagen nicht ein, nachdem es 1920 das Völkerbundsmandat für Palästina erhalten hatte. So erhielten die Araber dort – mit Ausnahme Transjordanien – keinen eigenen Staat. Und die Ansiedlung von Juden wurde erheblich behindert. Daraufhin begannen zionistische Kräfte, die Briten als Besatzer anzusehen und zu bekämpfen.

Begin gab Engländern die Schuld

Zum Ende des Zweiten Weltkrieges ging dieser Kampf vor allem von vier Untergrundorganisationen aus: der Hagana (Verteidigung), die vorrangig auf politische Agitation und die Forcierung der jüdischen Einwanderung gegen den Willen der Briten setzte, deren Ableger Palmach (Einsatztruppen) sowie den deutlich radikaleren terroristischen Gruppierungen Irgun Zvai Leumi (IZL, Nationale Militärorganisation) und Löchamej Cherut Jisra'el (Lechi, Kämpfer für die Freiheit Israels). Zwischen diesen paramilitärischen Formationen herrschte ein gespanntes Verhältnis. Insbesondere misstraute die Spitze der Hagana dem charismatischen Anführer der IZL, dem 1913 als Mieczysław Biegun in Brest-Litowsk geborenen Menachem Begin. Der war erst 1942 nach Palästina gekommen und wild entschlossen, gegen die 85.800 britischen Soldaten und Polizisten dort vorzugehen, um das Reich der Juden durch „Blut und Feuer“ wieder aufzuerstehen zu lassen.

Dabei spielte ihm eine Aktion der Mandatsmacht in die Hände. Im Rahmen der Operation Agatha verhafteten die Briten am 29. Juni 1946 2718 Angehörige der verschiedenen jüdischen Widerstandsbewegungen und steckten sie in Internierungslager.

Daraufhin erteilte die Hagana-Führung der IZL die Genehmigung zu einem Bombenattentat auf das King David Hotel in Jerusalem. In dessen Südflügel befanden sich das Secretariat of the Government of Palestine, das Criminal Investigation Department (CID) der Mandatspolizei und das Hauptquartier der British Armed Forces in Palestine and Transjordan.

Ziel des Anschlags war sowohl die Zerstörung eines wesentlichen Symbols der britischen Mandatsmacht als auch die Vernichtung der beim CID liegenden kompromittierenden Dokumente, die im Zuge der Operation Agatha beschlagnahmt worden waren.

Allerdings beschloss die Hagana, den Anschlag wieder abzublasen, nachdem Chaim Weizmann diesen für kontraproduktiv erklärt hatte. „Der Messias wird nicht beim Klang von Sprengstoff kommen“, so der damalige Präsident der Zionistischen Weltorganisation (WZO) und spätere erste Staatspräsident Israels.

Doch Begin und dessen rechte Hand Amichai Paglin wollten das geplante Unternehmen doch durchführen. So fand der Terrorakt am 22. Juli 1946 statt. Acht als Hotelmitarbeiter verkleidete IZL-Mitglieder unter der Führung von Yisrael Levi alias Gidon platzierten einige Milchkannen mit 350 Kilogramm Sprengstoff und Zeitzündern neben den tragenden Pfeilern des Südflügels in der Kellerbar „La Régence“. Um 12.25 Uhr brachten sie eine kleinere Ladung zur Explosion, um Verwirrung zu stiften, bevor dann zwölf Minuten später die große Detonation erfolgte. Während der Aktion kam es zu Schusswechseln mit britischen Soldaten, bei denen zwei Briten und der Attentäter Avraham Abramovitz getötet wurden.

Bis heute ist umstritten, ob die IZL vor der Zündung der Sprengsätze noch mehrere telefonische Warnungen abgesetzt hat oder nicht. Auf jeden Fall forderten die Explosion und der Einsturz der Westhälfte des Südflügels des sechsstöckigen Hotels 91 Menschenleben. Darunter befanden sich 28 Briten, davon 13 Militärangehörige, drei Polizisten und zwölf Mitarbeiter der Mandatsverwaltung. Die übrigen Opfer waren unbeteiligte Araber

PALÄSTINA

Die meisten Opfer waren Zivilisten

Vor 75 Jahren kostete der von Israels späterem Regierungschef Menachem Begin und seiner IZL verübte Bombenanschlag auf das King David Hotel 91 Menschen das Leben

Die 91 Todesopfer des Bombenanschlags

13

britische Militärangehörige

3

britische Polizisten

12

britische Mitarbeiter der Mandatsverwaltung

41

Araber

17

Juden

5

sonstige Ausländer

und Juden sowie sonstige Ausländer. Für die Toten machte die IZL-Führung die Briten verantwortlich, die es versäumt hätten, das Gebäude nach den Anrufen zu evakuieren.

Beschleunigter Abzug der Briten

Allerdings scheiterten Begin's Versuche, die Toten den „englischen Tyrannen, die

unsere Warnung unbeachtet ließen“, anzulasten. Vielmehr verurteilte selbst die jüdische Bevölkerung den Anschlag fast einhellig, und der spätere erste Ministerpräsident Israels, David Ben-Gurion, bezeichnete Begin empört als „Feind des jüdischen Volkes“.

Ungeachtet dessen beschleunigte das Blutbad im King David Hotel den britischen Abzug aus Palästina. Hinzu kam der starke Wunsch Londons, die strategische Allianz mit den USA nicht zu gefährden, die ihrerseits einen jüdischen Staat im Nahen Osten wollten.

Nach der Gründung Israels beschloss die Regierung in Tel Aviv die Auflösung der IZL und die Eingliederung ihrer rund 4000 Kämpfer in die reguläre Armee des jüdischen Staates. Begin ging daraufhin in die Politik und gründete die Partei „Cherut“ (Freiheit), die später zur führenden Kraft im Likud-Block wurde. Im Mai 1977 wurde der frühere Terrorist zum israelischen Ministerpräsidenten gewählt. In dieser Funktion unterzeichnete er im März 1979 mit dem ägyptischen Präsidenten Mohamed Anwar el-Sadat das israelisch-ägyptische Friedensabkommen von Camp David, das Begin wie Sadat den Friedensnobelpreis einbrachte.

Anschließend trat der IZL-Veteran erneut als Falke auf. So ließ er 1982 die Armee in den Libanon einmarschieren, wovon unter anderem das Massaker in den Palästinenserlagern von Sabra und Schatila sowie Flächenbombardements ziviler Ziele resultierten. Das schadete dem Ansehen Israels ebenso wie der blutige Anschlag von 1946, mit dem die Gründung des jüdischen Staates erzwungen werden sollte. Dennoch wurde Begin später unter anderem durch die Einrichtung des Menachem Begin Heritage Center in Jerusalem geehrt, das gerade einen Preis für „Führungsstärke“ gestiftet hat.

KARL STEINHOFF

Mehr als einmal der Erste

Karl Steinhoff war nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur von 1946 bis 1949 der erste Ministerpräsident erst der Provinz und dann des Landes (Mark) Brandenburg, sondern auch nach der Gründung der DDR von 1949 bis 1952 deren erster Innenminister. Der am 24. November 1892 in der Kreisstadt Herford, Provinz Westfalen geborene Beamtensohn studierte nach Schulbesuch und Abitur unter anderem auch in Königsberg Jura. 1921 schloss er das Studium mit der Promotion ab.

Die Beamtenkarriere des Juristen begann 1922 im Reichsdienst. Im darauffolgenden Jahr trat er in die SPD ein und wechselte in den Dienst des im Gegensatz zur Weimarer Republik traditionell SPD-geführten Freistaates



Vor 40 Jahren gestorben: Karl Steinhoff

tes Sachsen. Mitte der 20er Jahre wechselte er dann ein weiteres Mal, diesmal in die Dienste des durch seinen Parteifreund Otto Braun geprägten Freistaates Preußen. Dort stieg er erst zum Landrat in Zeitz, 1928 zum Vizepräsidenten im Regierungsbezirk Gumbinnen und im darauffolgenden Jahr schließlich zum stellvertretenden Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen auf.

Als Folge des sogenannten Preußenschlags 1932 zunächst beurlaubt, wurde er im Jahr darauf von den Nationalsozialisten endgültig entlassen. Erst 1940 fand er in der Privatwirtschaft eine Anstellung als Syndikus einer Kartonagengroßhandlung in Berlin.

Nach dem Ende von Krieg und NS-Herrschaft wurde der Sozialdemokrat 1945 von den Sowjets als Verwaltungsbeziehungsweise Regierungschef der Provinz Mark Brandenburg eingesetzt. Ganz im Sinne der neuen Machthaber setzte sich Steinhoff im folgenden Jahr für die Vereinigung von SPD und KPD ein, da er der Ansicht war, nur eine solche Zusammenarbeit hätte 1933 Adolf Hitlers Machtübernahme verhindern können. Bei der gesamtdeutschen Ministerpräsidentenkonferenz 1947 trat er allerdings nachdrücklich für die deutsche Einheit ein.

Steinhoff blieb noch bis 1949 im Amt. Zu seinem Nachfolger als brandenburgischer Ministerpräsident wurde der Kommunist Rudolf Jahn gewählt. Er selbst wurde vier Tage nach der Gründung der DDR deren erster Innenminister. Auch in diesem Amt folgte ihm ein Kommunist, nämlich 1952 Willi Stoph. Politisch kaltgestellt, lebte das einstige SPD-Mitglied zurückgezogen und vielleicht deshalb auch geehrt bis zu seinem Tode am 19. Juli 1981 in Wilhelmshorst bei Potsdam. W.R./M.R.



Am 22. Juli 1946 um 12.37 Uhr: In der Kellerbar „La Régence“ explodiert der Hauptsprengsatz

Foto: Ullstein

VON ERIK LOMMATZSCH

Das Gedächtnis an den 20. Juli 1944 hat seit Jahrzehnten im Gedenken der Bundesrepublik seinen festen Platz. Vor 77 Jahren war es der durch Claus Schenk Graf von Stauffenberg in der „Wolfschanze“, dem ostpreußischen „Führerhauptquartier“, deponierte Sprengsatz, der am Beginn des bereits nach wenigen Stunden gescheiterten Staatsstreichs stand. Stauffenberg ist der Nachwelt zur Symbolfigur geworden. Dass er zu den Hauptakteuren des 20. Juli und des Widerstands insgesamt zählt, ist nicht zu bestreiten. Dennoch steht das konsequente Wirken anderer Deutscher gegen das NS-Regime – genannt seien etwa Henning von Tresckow, Hans Oster oder Helmuth James Graf von Moltke – in der breiten Erinnerung im Schatten des Attentäters.

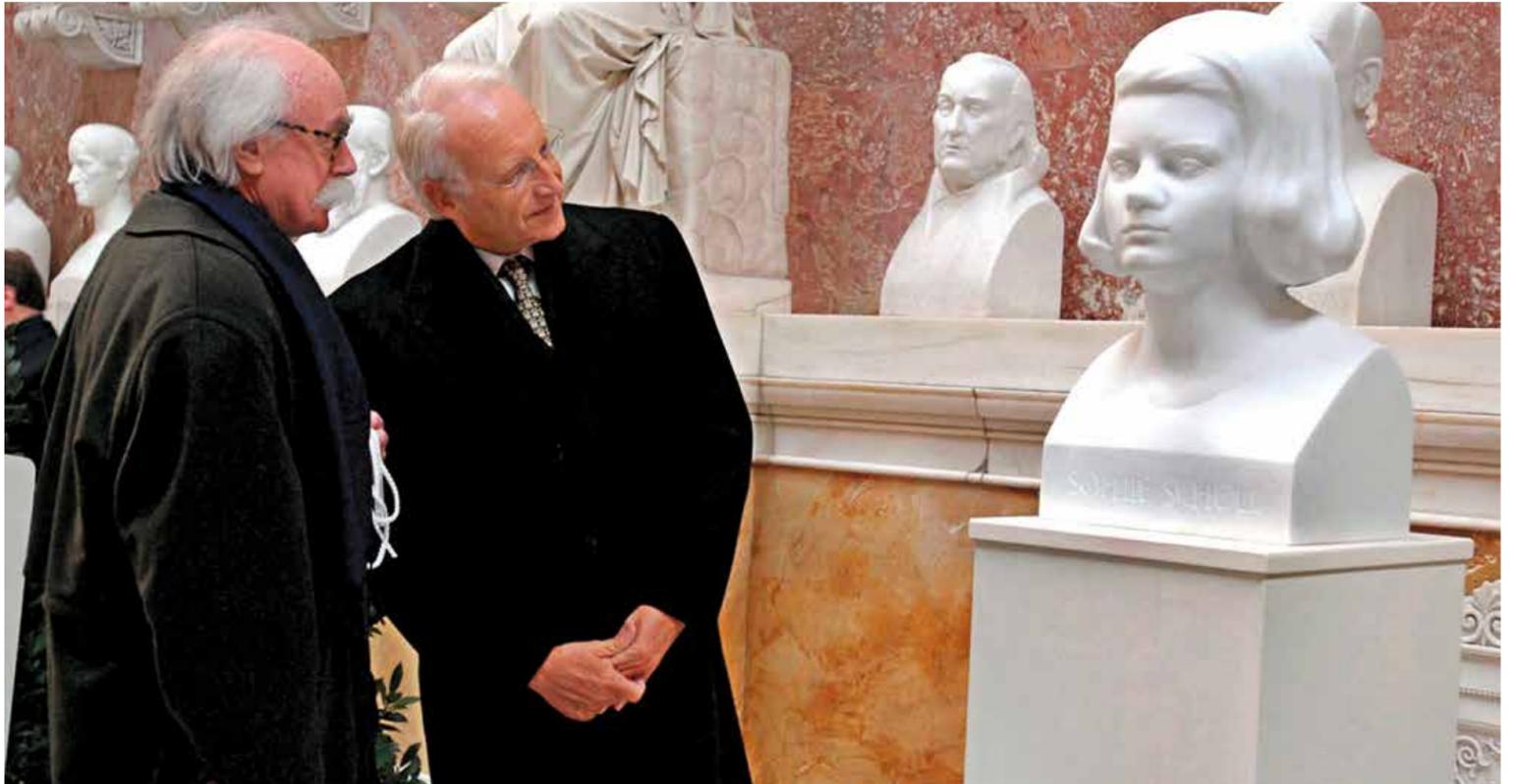
Nur ein Name unter den Gegnern des Nationalsozialismus ist gegenwärtig noch populärer als derjenige Stauffenbergs. Es handelt sich um Sophie Scholl, deren Wirken, gemessen an der realen Bedeutung, recht groß eingeschätzt wird. Der persönliche Mut, die klare politische Positionierung der Studentin, die sich am Ende an den oppositionellen Flugblattaktionen der „Weißen Rose“ beteiligte und im Februar 1943 im Alter von 22 Jahren hingerichtet wurde, sollen keinesfalls in Abrede gestellt werden.

Identifikationsfigur für die Jugend

Aber obwohl ihr Bruder, Hans Scholl, einer der eigentlichen Initiatoren der Aktionen war und die jüngere Schwester erst viel später eingeweiht wurde, ist er ihr in der öffentlichen Wahrnehmung eindeutig nachgeordnet, ganz zu schweigen von den anderen Mitgliedern des inneren Kreises der „Weißen Rose“ – den Studenten Alexander Schmorell, Christoph Probst und Willi Graf sowie dem Professor Kurt Huber, die sämtlich ebenfalls zum Tode verurteilt wurden.

Sophie Scholl wäre vor einigen Wochen, am 9. Mai, 100 Jahre alt geworden – ein Jahrestag, der sie noch einmal zusätzlich in den Fokus rückte. Literatur über die „Weiße Rose“, stark fokussiert auf die junge Frau, liegt reichlich vor. Unübersehbar sind die Ehrungen, viele Schulen tragen ihren Namen oder den der „Geschwister Scholl“. Seit 2003 steht die Büste von Sophie Scholl in der Walhalla, dem „Gedächtnisort“, an dem verdiente deutschsprachige Männer und Frauen gewürdigt werden.“

Ausgewählt wurde sie stellvertretend: „Im Gedenken an alle, die gegen Unrecht, Gewalt und Terror des ‚Dritten Reiches‘ mutig Widerstand leisteten.“ Dass bei der Entscheidung für Sophie Scholl die Möglichkeit der Identifikation gerade für Jugendliche eine weit größere Rolle spielte als ein Blick auf die Geschichte des deut-



Erwartungen wurden oft enttäuscht: Franz J. Müller, der 2015 verstorbene Vorsitzende der Weiße-Rose-Stiftung (l.), und Bayerns damaliger Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) im Februar 2003 vor der frisch enthüllten Büste von Sophie Scholl in der Walhalla

Foto: pa

ERINNERUNG AN DEN NS-WIDERSTAND

Sophie Scholl dominiert das Gedenken

Unter den Gegnern des NS-Regimes wird kaum jemand ähnlich zur Ikone erhoben wie die Studentin. Problematisch wird es, wenn sich plötzlich die „Falschen“ auf sie als Vorbild berufen

schen Widerstands, ist offensichtlich. Auch der preisgekrönte deutsche Spielfilm „Sophie Scholl – Die letzten Tage“ von 2005 stellt zugunsten der Hauptprotagonistin die „Weiße Rose“ in den Hintergrund. Anlässlich des 100. Geburtstags feiern sich die ARD-Anstalten BR und SWR damit, dass sie – die neuen medialen Möglichkeiten nutzend – eine „Instagram-Serie“ gestartet haben, die das vor allem jugendliche Zielpublikum unter @ichbinsophiescholl leicht auffinden kann.

Reichlich zeitgeistige Verarbeitung

Sechsstellige Follower-Zahlen verzeichnet der Kanal. Nutzer können „die zehn letzten Lebensmonate Sophie Scholls verfolgen“, die Widerstandskämpferin wird von einer Schauspielerin verkörpert. Die Verantwortlichen schrecken vor keiner noch so geschmacklosen, zeitgeistanbiedernden Peinlichkeit zurück: „Für Instagram filmt Sophie ihr Leben, sie teilt Fotos, Zeichnun-

gen, Dokumente und schreibt über das, was sie denkt und fühlt. In ‚nachempfunder Echtzeit‘ nimmt sie ihre Follower mit in die Jahre 1942 und 1943.“

Problematisch für die tonangebende politische Strömung wird die jahrelange mediale Bearbeitung, wenn sie überraschend bei den „Falschen“ auf fruchtbaren Boden fällt. „Jana aus Kassel“ verkündete bei einer Querdenker-Demonstration in Hannover vergangenen November, dass die sich wie Sophie Scholl fühle, da sie „seit Monaten aktiv im Widerstand“ sei. Sie sei „22 Jahre alt, genau wie Sophie Scholl, bevor sie den Nationalsozialisten zum Opfer fiel“. Ihre Rede wurde abgebrochen, selbst dem Veranstalter war die Angelegenheit wohl nicht recht geheuer.

Öffentliche Diffamierungen, auch durch die großen Medien, hatte „Jana aus Kassel“ in der Folgezeit über sich ergehen zu lassen. Die Frage, wie sie auf den Vergleich gekommen ist, stellt sich angesichts der Allgegenwart des Sophie-

Scholl-Themas kaum jemand. Wohl aber die Frage, ob er wirklich so abwegig ist, wie es im Anschluss suggeriert wurde.

Entrüstung über „Jana aus Kassel“

Einerseits: Dass „Jana aus Kassel“ für ihre Tätigkeit heute nicht befürchten muss, unter einem Fallbeil zu enden, weiß sie sicher selbst. Andererseits: Darf man nur Gleiches mit Gleichem in Beziehung setzen? Warum darf sie nicht sagen, dass sie einen Zustand als bedrückend empfindet – und zur Verstärkung das reichlich vermittelte Vorbild heranziehen, auch wenn der Vergleich noch so hinkt?

Auch andere beriefen sich auf die vermittelten Vorbilder, so der Musiker Stefan Mickisch, der durch seine Einführungsvorträge zu den Bayreuther Wagner-Festspielen bekannt wurde und im Februar dieses Jahres verstorben ist, ein Suizid gilt als wahrscheinlich. Mickisch, der zuletzt in scharfer Opposition zur Corona-Politik der Regierung stand, hatte sich mit Hans

Scholl verglichen – die entsprechenden Zurechtweisungen blieben nicht aus.

Bezeichnend für die Dünnhäutigkeit derjenigen, die das historische Oppositions- und Widerstands-Ideal pflegen – und hier ist nicht nur an Sophie Scholl und die „Weiße Rose“ gedacht – und nun plötzlich „Instrumentalisierungen“ befürchten, ist die Reaktion des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Stephan Harbarth, auf den Vorwurf, die Corona-Politik der Bundesregierung sei „Diktatur“. Harbarth, noch kurz zuvor Mitglied der Unionsfraktion im Bundestag, erklärte, dies seien „absurde und bössartige Parolen“. Man könne sich als Gegner der Maßnahmen nicht auf das Widerstandsrecht des Grundgesetzes berufen.

Abgesehen davon, dass es befremdlich ist, dass der höchste Richter unabhängig von einer konkreten Klage derartig Stellung bezieht, zeigen die Äußerungen, dass das Reizwort „Widerstand“ inzwischen ein sehr wunder Punkt ist.

LEKTÜRE ZUM 20. JULI

Verschiedene Zugänge zu den NS-Gegnern

Im Buchangebot findet sich sogar die Gattung „Graphic Novel“, und auch Hans Scholl erfährt eine biographische Würdigung

Mangel an Literatur über Opposition und Widerstand gegen den Nationalsozialismus ist nicht zu beklagen. Sucht man nach einem Überblick über Ereignisse und Zusammenhänge des 20. Juli 1944 in einem zu beherrschenden Umfang, so sei auf den in Verbindung mit einer Ausstellung zum 75. Jahrestag des Geschehens im Militärhistorischen Museum Dresden entstandenen Band „Der Führer Adolf Hitler ist tot.‘ Attentat und Staatsstreichversuch am 20. Juli 1944“ hingewiesen, herausgegeben von Magnus Pahl und Armin Wagner im be.bra-Verlag.

Dem Attentäter Claus Schenk Graf von Stauffenberg wird hier zwar – erwartungsgemäß – auch breiter Raum gewid-

met, aber auch viele andere Persönlichkeiten des Widerstands werden zumindest greifbar, so Carl Friedrich Goerdeler oder Julius Leber. Das Buch enthält zudem eine ambitionierte Darstellung der „Persönlichen Netzwerke der Beteiligten“. Das nicht immer auf allgemeinen Konsens stoßende „Gedenken in Bundesrepublik und Bundeswehr“ wird ebenso behandelt.

Gefälschte Stauffenberg-Briefe

Vor allem aber vermittelt das Werk, welches zum Teil auch Katalog ist, durch eine Vielzahl von Fotos und abgedruckten Dokumenten ein ganzes Stück Atmosphäre der damaligen Zeit. Und, das darf als Be-

sonderheit oder Kuriosum bewertet werden, es ist inzwischen selbst ein Stück Wissenschaftsgeschichte. Ausgestellt und entsprechend in den Katalog aufgenommen wurden auch – inhaltlich wenig relevante – Schreiben Stauffenbergs, die sich inzwischen als Fälschung erwiesen haben. Unstimmigkeiten sind bereits bei den Erläuterungen zu den Briefen vermerkt, aber die Tatsache, dass ihre Echtheit erst einmal nicht grundsätzlich in Zweifel gezogen wurde, zeigt, wie stark die Zauberkraft des Namens ist, der wie kein anderer für den 20. Juli steht.

Im Trend befindet sich ein ebenfalls anlässlich des 75. Jahrestages des Staatsstreichversuchs gewählter, bislang eher

ungewohnter Zugriff auf die Thematik. In Form einer Bildergeschichte – auch auf dem deutschen Markt als „Graphic Novel“ bezeichnet – erzählt Niels Schröder mittels Sprechblasen und Zeichnungen der Akteure, die mäßig geschickt an den von historischen Aufnahmen bekannten Gesichtern orientiert sind, die „Biographie eines Tages“, des 20. Juli 1944 (ebenfals be.bra-Verlag).

Auch vom Duktus her dürfte dieses Werk eher für junge oder mit der Thematik noch nie in Berührung gekommene Leser gedacht sein – wobei sich die Frage stellt, ob eine solche Vermittlung über den Umweg von ungelungen Malereien stattfinden muss.

Unter der umfangreichen Literatur zu den Themen „Scholl“ und „Weiße Rose“ ragen die Veröffentlichungen des Theologen Robert M. Zoske heraus. Klassische Biographien hat er sowohl Hans Scholl („Flamme sein!“; C.H. Beck-Verlag) als auch Sophie Scholl („Es reut mich nichts“, Propyläen-Verlag) gewidmet, die unter Berücksichtigung einer Vielzahl von Originaltönen die Werdegänge nachzeichnen. Hans Scholl wird auf diese Weise wieder ein wenig von seiner die allgemeine Erinnerung dominierenden Schwester emanzipiert. Und die Sophie-Scholl-Biographie sollte man ruhig lesen, bevor man ein komplettes Verdammungsurteil über „Jana aus Kassel“ spricht. E.L.

CORONA-PANDEMIE

Mobile Impfstationen in Königsberg

Wegen steigender Infektionszahlen: Impfpflicht für zahlreiche Berufsgruppen eingeführt

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Bis vor Kurzem schien das nördliche Ostpreußen in der Region eine Ausnahme zu bilden. Während im Westen strenge Maßnahmen zur Eindämmung von Corona galten, gab es im Königsberger Gebiet viele Unterhaltungs- und Sportveranstaltungen, Kongresse sowie geöffnete Restaurants und Kultureinrichtungen. Die meisten Menschen waren so entspannt, dass sie auf Abstand und das Tragen von Masken ganz verzichteten.

Einer der Gründe für die deutliche Erleichterung war, dass in der Russischen Föderation der im Inland produzierte Impfstoff bereits im Winter zur ausreichend Verfügung stand. In vielen europäischen Ländern wurden die Behörden von der Öffentlichkeit heftig kritisiert, weil sie nicht alle mit dem lang erwarteten Impfstoff versorgten. Um die Zeit der Knappheit abzuwarten, wurden die Kontaktbeschränkungen noch erhöht. In vielen europäischen Ländern gingen die Menschen deshalb auf Impfstoffjagd, um Quarantänepflicht und obligatorischen Tests, etwa nach einer Reise, zu entgehen.

In der Russischen Föderation hingegen ließen sich nur wenige Menschen impfen. Und das, obwohl diese Möglichkeit für alle gegeben war – auch für Besucher großer Einkaufszentren, in denen mobile Impfstationen eingerichtet wurden. Bereits Anfang Mai kamen Massen von Touristen ins Königsberger Gebiet. Der Flughafen „Chrabrowo“ verbuchte eine Rekordzahl an Passagieren, fast alle Plätze in Hotels und Ferienhäusern waren besetzt.

Die Bewohner der Region waren entsetzt, dass die Touristen, die meist in Gruppen unterwegs waren, sich überhaupt nicht an die Hygieneregeln hielten: Niemand trug in den Touristenbussen Masken oder hielt die Abstandsregeln ein. Die Touristen waren völlig entspannt und schienen die Gefahr völlig zu vergessen. Die Quittung dafür kam postwendend: Die mutierte „Delta“-Variante



Das Interesse an einer Impfung steigt: Mobile Impfstationen wurden an mehreren Orten Königsbergs eingerichtet

Foto: J.T.

des Virus führte zu einem Anstieg der Krankheit zunächst in Moskau und dann in den übrigen Regionen der Russischen Föderation. Innerhalb weniger Tage stieg die Krankheitsrate auf das Niveau von Anfang des Jahres und nahm weiter zu.

Touristen verursachten Anstieg

Im Königsberger Gebiet waren es mehr als 150 Neuinfektionen pro Tag mit steigender Tendenz. Von der Delta-Variante sind besonders junge Menschen zu betroffen. In der Region wurden deshalb bereits eine Reihe von Einschränkungen eingeführt. Bis zum 15. Juli wurden alle Sportveranstaltungen ohne Zuschauer abgehalten, Bars schlossen nachts und Fahrgeschäfte in Kultur- und Erholungsparks blieben geschlossen. Die Bewohner der Region waren über die letzte Einschränkung empört, weil die Kinder in den Erholungsparks nicht mehr im Freien spielen durften, während weiterhin täglich Tausende von Touristen in überfüllten Bussen ohne Masken fuhren.

Die Leiterin der regionalen Abteilung des Verbraucherschutzes, Jelena Babura, hat inzwischen eine Verfügung über die Pflichtimpfung für bestimmte Berufsgruppen unterzeichnet. Danach sollen bis zum 20. August mindestens 60 Prozent der Mitarbeiter eines jeden Unternehmens, das in den Bereichen Handel, Gaststättengewerbe, Beherbergungsbetriebe, Bildungswesen, Gesundheitswesen, Sozialschutz, Transportwesen, Verbraucherdienste, Schönheitssalons und kulturelle Einrichtungen tätig ist, geimpft sein. Auch Mitarbeiter staatlicher Unternehmen und von Behörden unterliegen der Impfpflicht.

Die Einführung der Impfpflicht sowie ein mögliches Verbot des Besuchs von Cafés und Restaurants ohne Impfnachweis sorgten für einen Ansturm auf die Impfzentren. An einem Tag wurden mehr als 2600 Menschen in der Region geimpft. Insgesamt sind im Königsberger Gebiet zirka 140.000 Menschen geimpft, das sind etwa 14 Prozent der Bevölkerung. Vor den

mobilen Impfstationen, zu denen zuvor niemand kam, stehen seitdem Dutzende Menschen Schlange. Die Einwohner beklagen, dass es nicht genügend medizinisches Personal gebe. Die Menschen stehen nicht selten anderthalb Stunden lang in Schlangen, die bekanntlich eine zusätzliche Quelle für die Verbreitung der Infektion sein können.

In diesem Zusammenhang erinnern sich ältere Bewohner der Pregelmetropole an gut organisierte Impfaktionen in der Sowjetära, als Impfungen und die damit verbundene Diagnostik in den Betrieben erfolgten, zu denen medizinisches Personal mit speziell ausgestatteten Bussen fuhr. Von solch einem Service könne man heute nur noch träumen, kritisieren die Bürger.

Die erhöhte Nachfrage offenbarte zudem einen Mangel an Impfstoff in der Region. Die Gebietsbehörden haben bereits einen Antrag auf die zeitnahe Zuteilung von zusätzlichen 55.000 Dosen Impfstoff an das Gesundheitsministerium gestellt.

MELDUNGEN

Toleranz an Schulen

Allenstein – In einem landesweit durchgeführten LGBT+ (Lesben, Schwulen, Bisexuelle und Transgender)-Schulranking belegte das Allensteiner Adam-Mickiewicz-Lyceum (ehemals das Königliche Gymnasium) den zweiten Platz. 22.000 Schüler wurden nach der Offenheit gegenüber nicht-heterosexuell lebenden Mitschülern und deren Sicherheit befragt. Die Ergebnisse wurden in Form einer interaktiven Gleichstellungslandkarte präsentiert und die zehn besten Schulen erhielten Gleichstellungsdiplome. Unter diesen befindet sich eine weitere Schule aus der Region – in Grunau Höhe bei Elbing. Die Menschenrechtskommissarin des Europarats Dunja Mijatović hat Ende 2020 einen Bericht über die Behandlung von LGBT-Personen in der Republik Polen vorgelegt und festgestellt, dass sich die Situation von LGBT-Vertretern in den letzten zehn Jahren aufgrund des gestiegenen öffentlichen Bewusstseins für diese Minderheit zwar verbessert, sich aber in den letzten Jahren wieder verschlechtert habe. Das landesweite Schulranking hat das erklärte Ziel, in den Schulen die Toleranz gegenüber Minderheiten zu fördern. **D.K.**

Pläne für den Kurbetrieb

Frauenburg – Da die Stadt Frauenburg seit 2015 im Bereich der Gesundheitspflege viel investiert hat, kann sie sich um den Status eines Kurortes bewerben. Auf dem Gebiet von Frauenburg befinden sich Solar-Quellen, die unter anderem zur Gewinnung von Solar-Thermalwasser genutzt werden können. Da die Investitionskosten beträchtlich sind, hofft die Stadtführung auf Zuschüsse. In Frauenburg ist in einer weiteren Etappe der Bau eines Sanatoriums geplant, in dem orthopädische Krankheiten, Rheumatismus und Erkrankungen des Nervensystems geheilt werden können. **PAZ**

DEUTSCHLANDJAHR IN RUSSLAND

„Die Stadt am Wasser“

Ideenaustausch über die stadtplanerische Gestaltung von Insterburg, Labiau und Königsberg

„Aussichten: eine Stadt am Wasser“ war das Thema einer dreitägigen Zusammenkunft Ende Juni in Königsberg, Insterburg und Labiau. Es war eine Veranstaltung im Rahmen des Deutschlandjahrs in Russland, deren Initiator das Bundesland Brandenburg war, das mit der Oblast Kaliningrad 1994 einen Partnerschaftsvertrag unterzeichnet hat.

Von deutscher Seite waren Stefan Stein, Leiter der Niederlassung der Hamburger Handelskammer in Königsberg, Hans-Günther Mattern, Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Königsberg, und der in Königsberg geborene Professor Volkwin Marg aus Hamburg dabei. Letzterer gehört zu den bedeutendsten Architekten der Gegenwart.

Man tauschte während der drei Tage Meinungen über die weitere Entwicklung der Städte Königsberg [Kaliningrad], Labiau

au [Polesk] und Insterburg [Tschernjachowsk] aus. Am Forum beteiligten sich auch mehrere Architekten aus St. Petersburg, Moskau, Kasan und Irkutsk.

Insterburg gefiel allen Teilnehmern, insbesondere die laufende Renovierung und der Ausbau der alten Straßen und Häuser. Man gibt sich dort Mühe, die Fas-

saden möglichst gemäß den ursprünglichen wiederherzustellen, bis in die kleinsten Details wie Ornamente der geschmiedeten Zäune, Türklinken und Fassadenmuster. Auch der Ausbau der zwei Teiche wurde angesprochen, die im Zentrum der Stadt liegen. In der Planung sind Promenaden und Grünanlagen.

Labiau sprach die Teilnehmer wegen seiner Vielfalt an. Veranstaltungsort war die „Alte Brauerei“, die zu einem Tagungs- und Informationszentrum ausgebaut wird. Alle Teilnehmer waren von der Natur, der Flusslandschaft von Deime und Großem Friedrichsgraben sowie dem Schloss tief beeindruckt, das man ehrlicherweise als in einem desolaten Zustand bezeichnen muss, aber mit Potential, denn so viele Ordensburgen gibt es nicht mehr.

Marg drückte eine Meinung aus, die von allen geteilt wurde: „Das ist ein Para-

dies, man wünschte sich, in so einer malerischen Umgebung zu leben.“ Die vorgelegten Stadtplanungen kamen allerdings bei den Experten nicht so gut an. Zu teuer, zu aufwendig, zu viel künstliche Materialien. Der Landrat erklärte dazu: „Einzigartigkeit und Paradies ist gut, die Einwohner möchten aber auch gerne Vielfalt und Abwechslung haben.“

Damit endete die Sitzung. Der Inhaber der ehemaligen Brauerei Blankenstein führte die Gäste durch die bereits renovierten Räume, schenkte allen in „Kaliningrad“ gebräutes Bier ein und man fuhr mit dem Bus nach Rinderort [Saliwino] zum Museum Fischerhaus und dem Leuchtturm. Die Landschaft, das Haff und das Museum beeindruckten alle Gäste erneut. Mit großem Interesse sah man sich Bilder aus alten Zeiten an und genoss die Luft und die Ruhe am Haffufer. **B. Stramm**



Vortrag in Königsberg: Stefan Stein von der Hamburger Handelskammer

Foto: B.S.

Wir gratulieren...



ZUM 102. GEBURTSTAG

Wiesner, Edeltraut, geb. Fischer, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 18. Juli

ZUM 101. GEBURTSTAG

Regel, Inge, geb. Weißflug, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 17. Juli

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bartholomeyczik, Waltraud, geb. Wabfels, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 17. Juli
Czepluch, Elfriede, geb. Sobull, aus Wolfsee, Kreis Lötzen, am 18. Juli
Jortzick, Hildegard, aus Mulden, Kreis Lyck, am 20. Juli
Wilde, Helene, geb. Fenzau, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 18. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Topeit, Hermann, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 19. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Ahlgimm, Edith, geb. Gaidies, aus Moditten, Kreis Fischhausen, am 20. Juli
Brosda, Klara, geb. Zoels, aus Froben, Kreis Neidenburg, am 16. Juli
Dietrich, Heinz, aus Wehlau, am 20. Juli
Großmann, Erich, aus Prostken, Kreis Lyck, am 17. Juli
Holubek, Sonja, geb. Gall, aus Wehlau, am 22. Juli
Kolenda, Gerda, geb. Gedaschke, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 16. Juli
Petermann, Siegfried, aus Seebücken, Kreis Lyck, am 21. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Hein, Liesbeth, geb. Kowalzig, aus Prostken, Kreis Lyck, am 16. Juli
Meister, Lieselotte, geb. Boseniuk, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 20. Juli
Perret, Christel, geb. Bindzus, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 17. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Escherich, Ruth, geb. Kirschner, aus Prostken, Kreis Lyck, am 18. Juli
Frey, Anita, geb. Blosze, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, am 17. Juli
Hammer, Waltraud, geb. Boldt, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 22. Juli
Heinemann, Else, geb. Gayko, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 17. Juli
Kahmann, Edith, geb. Broden, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 18. Juli
Rohloff, Inge, geb. Herholz, aus Taplacken, Kreis Fischhausen, am 22. Juli
Tröster, Gertrud, geb. Okolowitz, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 20. Juli
Utecht, Ilse, geb. Keding, aus Trankwitz, Kreis Fischhausen, am 16. Juli
Weber, Dietlind, geb. Olschewski, aus Lyck, Otto-Reinke-Straße 20, am 17. Juli
Winzel, Helene, geb. Tonk, aus Wichenu, Kreis Neidenburg, am 20. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Apelt, Waltraud, geb. Orlowski, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 21. Juli
Hustedt, Ursula, geb. Joseph, aus Lomp, Kreis Mohrunen, am 21. Juli
Köpping, Hans-Werner, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 20. Juli
Maeck, Reinhard, aus Strauchwitz, Kreis Ortelsburg, am 22. Juli
Mey, Erika, geb. Maurer, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 17. Juli
Muchow, Erna, geb. Rehfeld, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 22. Juli
Riedel, Gerhard, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 16. Juli
Söckneck, Gunter, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 17. Juli
Weigel, Emil, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli
Wesolowski, Erna, geb. Bogumil, aus Lötzen, am 18. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Böge, Brigitte, geb. Pest, aus Wirbeln, Kreis Ebenrode, am 6. Juli
Borg, Werner, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 17. Juli

Jeziowski, Eva, geb. Stiller, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 18. Juli
Kaiser, Anna, aus Prostken, Kreis Lyck, am 17. Juli
Kaminski, Otto, aus Groß Tauersee, Kreis Neidenburg, am 22. Juli
Kroehnert, Lothar, aus Groß Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 19. Juli
Liesefeld, Anni, geb. Deptolla, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli
Meyer, Hildegard, geb. Marzian, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 18. Juli
Mülling, Edith-Maria, geb. Ludwandowski, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 3, am 20. Juli
Puszies, Liesbeth, aus Lötzen, am 20. Juli
Schulz, Brunhild, geb. Titt, aus Großwalde, Kreis Elchniederung, am 16. Juli
Schulz, Thea, geb. Dieckmann, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 18. Juli
Voß, Elisabeth, geb. Lenkewitz, aus Jürgenau, Kreis Lyck, am 18. Juli
Walendy, Arno, aus Haasenberg, Kreis Ortelsburg, am 16. Juli
Willuweit, Wilhelm, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 18. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Gromer, Karola, geb. Braunschweig, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 19. Juli
Hilscher, Erika, geb. Ohmke, aus Budeweg, Kreis Elchniederung, am 18. Juli
Kaminski, Kurt, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 20. Juli
Köhler, Gertrud, geb. Krafft, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 22. Juli
Kraus, Elfriede, geb. Gresch, aus Fritschienen, Kreis Wehlau, am 17. Juli
Kreikenbaum, Helene, geb. Neumann, aus Funken, Kreis Lötzen, am 18. Juli
Lange, Heinz, aus Borken, Kreis Lyck, am 18. Juli
Powierski, Alfred, aus Buschwalde, Kreis Neidenburg, am 16. Juli
Ruschke, Ursula, geb. Roß, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 17. Juli
Surek, Bruno, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 3. Juli
Tuthas, Irmgard, aus Ortelsburg, am 21. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Arndt, Erich, aus Nemritten, Kreis Heiligenbeil, am 20. Juni
Becker, Gerhard, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 18. Juli
Bogdahn, Horst, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 18. Juli
Bohn, Elfriede, geb. Gross, aus Kunzendorf, Kreis Mohrunen, am 18. Juli
Daniel, Katharina, geb. Rain, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 21. Juli
Dietterle, Irmgard, geb. Wroblewski, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 18. Juli
Erdmann, Lothar, aus Treuburg, am 19. Juli
Friedrich, Herta, geb. Zagorney, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 21. Juli
Gritzka, Ruth, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 16. Juli
Hunger, Ilse, geb. Reiser, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 20. Juli
Mertinkat, Kurt, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 3. Juli
Müller, Mariechen, geb. Dierks, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 20. Juli
Ollesch, Erich, aus Hellengrund, Kreis Ortelsburg, am 20. Juli
Scheibel, Irmgard, geb. Bitter, aus Wormen, Kreis Preußisch Eylau, am 19. Juli
Schmidtke, Hildegard, aus Lyck, Morgenstraße 30, am 21. Juli
Schulz, Manfred, aus Köllmisch Linkunnen, Kreis Elchniederung, am 18. Juli
Tiemann, Brigitte, geb. Wiczorrek, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 21. Juli
Wilhelm, Meta Anna, geb. Burkatzki, aus Brodau, Kreis Neidenburg, am 22. Juli
Zastrau, Herta, geb. Meyer, aus Klein Jauer, Kreis Lötzen und aus Wittingen, Kreis Lyck, am 17. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Adomat, Günter, aus Ebenrode, am 22. Juli
Berwein, Helmut, aus Ortelsburg, am 17. Juli
Beyer, Gustav, aus Södargen, Kreis Ebenrode, am 7. Juli
Biernath, Alfred, aus Teichwalde, Kreis Treuburg, am 18. Juli
Blaskowitz, Wilhelm, aus Orlau, Kreis Neidenburg, am 21. Juli

ANZEIGE

Liebe Mama, liebe Sigrid,
liebe Oma,
am 20. Juli 1941
bist Du in Kelchendorf, Kreis Lyck / Ostpreußen geboren.



Zu Deinem
80. Geburtstag
gratulieren wir Dir
ganz herzlich
und wünschen Dir
das Allerbeste.

Deine Kinder Olaf und Dörthe
und
Deine Enkel Leon und Till

Brümmerhoff, Anny, geb. Kopp, aus Rosenwalde, Kreis Elchniederung, am 17. Juli
Czierlinski, Gertrud, geb. Posdlich, aus Schützendorf, Kreis Ortelsburg, am 18. Juli
Domsalla, Erich, aus Malgaofen, Kreis Neidenburg, am 16. Juli
Gerlach, Siegfried, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 22. Juli
Hasselbrack, Irene, geb. Graßmann, aus Fischhausen, am 22. Juli
Hormann, Dietrich, aus Mohrunen, am 16. Juli
Kayka, Günter, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 20. Juli
Kniest, Karl-Friedrich, aus Haldenau, Kreis Ebenrode, am 16. Juli
Knüffel, Manfred, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 18. Juli
Kukla, Heinz, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 22. Juli
Lapschies, Lieselotte, geb. Truschkowski, aus Groß Tauersee, Kreis Neidenburg, am 17. Juli
Lenz, Irmgard, geb. Wengel, aus Maggen, Kreis Heiligenbeil, am 17. Juli
Lüttringhaus, Peter, aus Ponarien, Kreis Mohrunen, am 16. Juli
Müller, Horst, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 20. Juli
Noetzel, Horst, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 17. Juli
Paesler, Horst, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 18. Juli

Polter, Irmgard, geb. Neumann, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 22. Juli
Scharfenberg, Erika, geb. Porr, aus Sorgenau, Kreis Fischhausen, am 20. Juli
Schlicht, Rosemarie, geb. Schadowinkel, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 18. Juli
Schurna, Waltraud, geb. Makowski, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli
Schwarz, Helga, geb. Lutzke, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 20. Juli
Wallesch, Horst, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg, am 16. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Baas, Waltraud, geb. Froese, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 22. Juli
Bemba, Renate, geb. Brauer, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 19. Juli
Beyer, Astrid, aus Königsberg, am 20. Juli
Bröker, Hans Jürgen, aus Guttshallen, Kreis Wehlau, am 18. Juli
Domscheit, Edeltraud, geb. Litztek, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 17. Juli
Gliemann, Sigmar, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 21. Juli
Heidebruch, Herbert, aus Wehlau, am 16. Juli
Ignatowitz, Ralf-Peter, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 21. Juli
Kalweit, Brigitte, geb. Buchholz, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 19. Juli
Klimmer, Alfred, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 16. Juli
Klingner, Anna, geb. Kühn, aus Althöfen, Kreis Neidenburg, am 22. Juli
Kruschinski, Sigrid, geb. Podufal, aus Kelchendorf, Kreis Lyck, am 20. Juli
Nitschmann, Otto, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 21. Juli
Piel, Margot, geb. May, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 22. Juli
Warlies, Hubertus, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 17. Juli
Wozniak, Manfred, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 13. Juli
Zerrath, Ulrich, aus Selsen, Kreis Elchniederung, am 21. Juli

ANZEIGE

Zusendungen für die Ausgabe 30/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 30/2021 (Erstverkaufstag 30. Juli) **bis spätestens Dienstag, den 20. Juli**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2021

24. bis 26. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
11. bis 17. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
16./17. Oktober: 13. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis)
6./7. November: Ostpreußi-

sche Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)
7./10. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt
Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html



4 Wochen gratis lesen
Testen Sie unverbindlich die PAZ

Kein Abo!



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder vertrieb@paz.de anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

ZUM 75. GEBURTSTAG

Poschadel, Dr. Burkhard, aus Ebenrode, am 3. Juli
Siebert, Wilhelm, aus Köthen, Kreis Wehlau, am 20. Juli

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Musiktag

Altmühlfranken – Sonntag, 18. Juli, Sausenhofen, Festscheune unserer Landsleute Loos-Klischat: Sausenhofener Musiktag.



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531)2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenu, Tel.: (05901)2968

Kreisverband seit 1949

Lüneburg – Einmal im Monat treffen sich die Mitglieder des am 26. April 1949 gegründeten BdV-Kreisverbands Lüneburg in dem Ostpreußischen Landesmuseum angegliederten Museums Café Bernstein. Nachdem sich die Landsmannschaft der Schlesier aufgelöst hat, sind es die Ost- und Westpreußen, die bis zum heutigen Tag treu zum BdV stehen. Dank der seit zwei Jahrzehnten bewährten Leitung von Christa Harms, die die Gruppe als Nachfolgerin von Rosemarie von Renner, geb. Herzke übernommen hat, gibt es neben den Mitgliedern der Ost- und Westpreußengruppe auch Mitglieder aus anderen Vertreibungsgebieten, die sich dem BdV-Kreisverband Lüneburg angeschlossen haben und gern an den Zusammenkünften teilnehmen.

Im Mittelpunkt der Treffen steht die Pflege der ostdeutschen und vor allem der ost- und westpreußischen Kultur. Die Literatur über den deutschen Osten, Ostpreußen und Westpreußen, ist so umfangreich, dass bei jedem Treffen Neues zum Vortrag kommt. Das Brauchtum wird natürlich auch gepflegt: zu Ostern, zum Erntedank, zum Advent und zu Weihnachten. Auch die Pflege der ostpreußischen Mundart darf nicht fehlen. Jede Veranstaltung wird durch das Singen von heimatlichen Liedern abgerundet. Dass der BdV-Kreisverband Lüneburg immer noch besteht, ist in erster Linie der Ost- und Westpreußengruppe zu danken. Der Zusammenhalt wird gestärkt durch das sechsmal im Jahr erscheinende Mitteilungsblatt, das seit der Gründung herausgegeben wird.

Dem BdV-Kreisverband Lüneburg steht seit vielen Jahren Barbara Loeffke vor, die nach dem Tod von Forstmeister a.D. Hans-Ludwig Loeffke, ihrem Ehemann, den Verband 1975 übernahm und den Verband seither mit der Unterbrechung von einigen Jahren führt. Sie vertritt den BdV-Kreisverband auf Landes- und Bundesebene. Sie informiert die Gruppe über das Geschehen der Vertriebenenorgani-

sation auf Landes- und Bundesebene, auch in dem sechsmal im Jahr erscheinenden BdV-Mitteilungsblatt wird über Aktuelles aus dem Verbandsleben berichtet. Und natürlich verfolgen alle mit großem Interesse die Entwicklung des Ostpreußischen Landesmuseums. Kontakte werden natürlich zu den benachbarten Gruppen in Hamburg gepflegt. Coronabedingt fielen die Treffen der Gruppe einige Male aus, aber jetzt freuen sich alle auf die nächsten Zusammenkünfte im Museums-Café Bernstein.

Der Treue der Ost- und Westpreußen ist zu danken, dass die Gruppe trotz rückgängiger Mitgliederzahlen noch heute besteht und an das Jahrhundert alte deutsche Land und seine Geschichte jenseits von Oder und Neisse erinnert.

Am 12. Juni traf die Ost- und Westpreußengruppe ein überaus schmerzlicher Verlust. Unsere langjährige, aufopferungsvoll für die Vertriebenen wirkende Christa Harms erlag ihren bis dahin tapfer ertragenen Leiden. Die für den 24. Juni noch mit Harms gemeinsam geplante Zusammenkunft wurde so zu einer Gedenkveranstaltung für sie selbst. Erinnerungen an die Zeit mit Harms und ihren großen Einflüssen bei der Gestaltung der Zusammenkünfte wurden ausgetauscht, Erinnerungen an gemeinsam verbrachte glückliche Stunden in der Rückschau auf Ostpreußen.

Mit heimatlichen Liedern und dem Ostpreußenlied wanderten die Gedanken zu ihr und in die unvergessene Heimat. Christa Harms wurde am 14. Mai 1930 in Königsberg in Preußen geboren, erlebte Flucht und Vertreibung wie alle ihre Landsleute und fand schließlich ein Zuhause in Lüneburg. Heirat in Lüneburg, Mutter von drei Töchtern mit vielen Enkeln und Urenkeln, beruflich aktiv als Küsterin in der Lüneburger St. Michaelis-Kirche gehörte ihre ganze Liebe Ostpreußen. Daraus schöpfte sie die Kraft für ihren unermüdlchen Einsatz für die Gruppe der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, die unter ihrer Leitung zu einer Familie wurde, zu der auch Vertriebene aus anderen ostdeutschen Familien stießen. Sie bleibt der Gruppe und ihren Mitgliedern unvergessen. Die Ost- und Westpreußengruppe wird in ihrem Sinne weiterwirken.

Barbara Loeffke



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371)8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Jahreshauptversammlung

Kiel – Nachdem die öffentliche Hand Versammlungen wieder mit begrenzter Teilnehmerzahl zulässt, plant die LO Landesgruppe Schleswig-Holstein ihre Jahreshauptversammlung – Vertreterversammlung – am 5. September, in Kiel, im Haus der Heimat durchzuführen.

ANZEIGE

Mal Nordsee?

Fewo frei für kurzentschlossene Naturfreunde,
Nähe St. Peter Ording,
ab 40 € p. T., NR, Ki. u Hund willk.
T.: 04862-8052

Da sich in der Zwischenzeit viel ereignet hat, sind wichtige Beschlüsse zu fassen. Es wird um eine rege Beteiligung der Vorsitzenden der Ortsgruppen gebeten.

Eine gesonderte Einladung wird noch an die Ortsgruppen ergehen und auch an dieser Stelle in der PAZ veröffentlicht werden.

Hans-Albert Eckloff

Stein des Ostens

Flensburg – 1952, vor nun fast 70 Jahren, hatte die Stadt Flensburg auf dem Friedhof „Friedenshügel“ einen Ehrenhain in Erinnerung an die Ost-Vertriebenen, die so zahlreich nach Flensburg und in die Umgebung der Stadt gekommen waren, eingerichtet und als Mittelpunkt einen „Stein des Ostens“ aufgestellt. Dieser wurde in den folgenden Jahren durch zehn kleinere Steine für die Ostprovinzen ergänzt.

In Vorbereitung des Jubiläums im kommenden Jahr und bedingt durch den Zahn der Zeit, der nicht zu übersehende Spuren auf den Gedenksteinen hinterlassen hatte, übernahm es die Stadt auf Anregung der Landsmannschaft und unter großem persönlichem Einsatz des Flensburger Stadtpräsidenten Hannes Fuhrig, den Stein des Ostens restaurieren zu lassen.

Diese Arbeit ist nun abgeschlossen, und der Stein strahlt wie bei seiner Aufstellung.

Die Steine der ehemaligen Ostprovinzen, auch sie sind im Laufe der Jahre stark verwittert, werden ebenfalls restauriert. Hier hatte eine Flensburger Wohnungsbaugesellschaft, der Selbsthilfe-Bauverein SBV, mit seiner Helmut-Schumann-Stiftung in dankenswerter Weise einen namhaften Betrag zur Verfügung gestellt.

Michael Weber



Insterburg-Stadt/Land

Kreisvertreter: Andreas Heiser, Schlicker Weg 27, 42659 Solingen, Telefon (0212) 811013, andreasheiser@arcor.de. **Gst.:** Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Tel. (02151) 48991, Fax (02151) 491141, info@insterburger.de, www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag-Freitag von 8 bis 12 Uhr

Treffen

Hamburg – Mittwoch, 4. August, 12 Uhr, Hotel Zeppelin, Veranstaltungsraum Empore, Frohmestraße 123-125, 22459 Hamburg: kultureller Vortrag oder Autorenlesung. Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de



Goldap

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. **Gst.:** Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelkirchen, Telefon (04142) 3552, Fax (04142) 812065, museum@goldap.de, www.goldap.de

Nach Masuren und Goldap

Die Busreise nach Masuren und zum Goldaper Sommerfest vom 19. bis 28. Juli wird stattfinden, wenn es die Corona-Situation erlaubt und rechtzeitig genügend

Anmeldungen vorliegen, um planen und Hotelbuchungen vornehmen zu können. Anmeldung zur Busfahrt ist ohne Anzahlung, kurzfristige Stornierung ist möglich.

Infos und Anmeldungen bei Reisedienst Varias GmbH, Erich-Ollenhauer-Straße 42, 59192 Bergkamen, Telefon (02307) 2759-0, E-Mail: info@reisedienst-varias.de



Heiligenbeil

Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, reyvio@web.de. **Erster stellv. Kreisvertreter:** Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 57052, perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. **Zweite stellv. Kreisvertreterin/Schriftleiterin:** Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4408, brschulz@dokom.net, www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Irmgard Lenz, 85 Jahre

Wenn man von jemanden zu Recht als einem „Ostpreußischen Urgestein“ sprechen kann, dann von Irmgard Lenz.

Am 17. Juli 1936 als Kind der Eheleute Hedwig und Emil Wengel in Maggen geboren, verlebte sie dort prägende Kinderjahre mit zwei älteren Brüdern. Die Liebe zur Heimat ist seither ungebrochen.

Schon früh hat sich Irmgard als Kirchspielvertreterin von Zintenland in der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil engagiert. Sie war bei so gut wie allen Kreistreffen dabei, bei Sitzungen, Seminaren und auch bei den Deutschlandtreffen der Landsmannschaft. Beinahe legendär sind die mehrtägigen Sondertreffen, die sie seit 1988 für die Landsleute ihres Kirchspiels und für ostpreußische Freunde organisiert. Auch ich war schon dabei. In den letzten Jahren fanden sie in Altenau im Harz statt. In den ganzen Jahren war ihr Ehemann Eugen immer an ihrer Seite.

Im Namen des Vorstandes und der ganzen Kreisgemeinschaft gratuliere ich ihr von Herzen zum 85. Geburtstag. Bleib so heimatverbunden und tatkräftig und vor allem gesund! Viola Reyentanz

Erich Arndt, 90. Geburtstag

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil gratuliert Landsmann Erich Arndt nachträglich ganz herzlich zum 90. Geburtstag am 20. Juni.

Erich wurde in Nemritten, Kirchspiel Zinten-Land als ältestes von sieben Geschwistern geboren. Seine Eltern waren Minna und Otto Arndt. Nach dem Tod der Mutter auf der Flucht, kümmerte er sich allein um seine Geschwister, sodass alle überlebten.

ANZEIGE

„Die Umdeutung von existierenden Begriffen und ihre Verwendung als Kampfbegriffe ist eine linke Strategie, die dringend aufgedeckt werden muss.“ Holger Schmitt



DAS FRAMING DER LINKEN

von „Umverteilung“, „Diversität“ und „Nazis“

Was meinen Linke, wenn sie von Gerechtigkeit reden? Warum ist es problematisch, wenn die Schwelle, jemand als Nazi zu bezeichnen, immer weiter sinkt? Und stimmt der Eindruck, dass in letzter Zeit immer mehr von Rassismus die Rede ist?

Holger Schmitt untersucht die Brille, die die politische Linke (im weitesten Sinne) mit diesen und anderen Begriffen dem Leser oder Hörer aufsetzt. Er verwendet dazu umfangreiche Textsammlungen, sogenannte Korpora, um den tatsächlichen Gebrauch der einzelnen Wörter nachzuweisen und legt die Agenda, die hinter diesen Begriffen steht, offen.

Das Buch richtet sich an alle, die die allgegenwärtige Beeinflussung durch Sprache besser verstehen wollen.

Dr. Holger Schmitt ist habiliterter Sprachwissenschaftler.

ISBN: 978-3-87336-710-4
16,80 Euro, 229 S.

GHV
gerhard-hess-verlag.de

bestellservice@f-buchdienst.de | Telefon 030/864 953-251 | www.f-buchdienst.de

Erich ist seit vielen Jahren Gemeindevorteiler von Nemritten, er war auf vielen Kreistreffen und hat intensive Kontakte mit den Landsleuten gepflegt. Aus gesundheitlichen Gründen ist es nun etwas ruhiger um ihn geworden.

Wir wünschen ihm alles Gute und vor allem viel Gesundheit.

Viola Reyentanz

Jubiläum zu feiern, die Kreisgemeinschaft Lyck wird 75 Jahre alt.

Bärbel Wiesensee



Sensburg

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 7913002.

Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaft-sensburg.de, Internet: www.kreisgemeinschaftensensburg.de

Sensburger Treffen abgesagt!

Nachdem das Kreistreffen 2020 wegen Corona ausfallen musste, trifft uns dieses Jahr dieses Schicksal pandemiebedingt wieder.

Corona sorgt nun für die zweite Absage in Folge. Eine Veranstaltung wie das Treffen im Berufskolleg Technik der Stadt Remscheid lässt sich nicht kurzfristig planen.

Dafür ist ein Vorlauf von mehreren Monaten nötig.

Außerdem wären die Zugangsbeschränkungen und Abstandsgebote von 1,50 Metern nicht das Treffen, das wir uns vorstellen. Informationen finden Sie unter www.Kreisgemeinschaftensensburg.de



Tilsit-Stadt

Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748.

Nachbarschaftsgespräch

Ellingen – 30. Juli bis 1. August, Kulturzentrum Ostpreußen, und Gunzenhausen: Nachbarschaftsgespräch der Vorstände, der drei Kreisgemeinschaften Elchniederung, Tilsit-Ragnit und Tilsit-Stadt. Die Stadtgemeinschaft Tilsit ist für Planung und Organisation in diesem Jahr zuständig.

ANZEIGE



Peter Gerigk

† 21. Juni 2021

Herzlichen Dank

Für die vielen Beweise der Anteilnahme durch Wort und Schrift, Kranz- und Blumenspenden sowie das letzte Geleit beim Heimgang unseres lieben Verstorbenen bedanken wir uns sehr. Alle Zeichen der Liebe, Freundschaft und Verbundenheit haben uns gut getan und uns getröstet.

Im Namen der Familie
Gudrun Gerigk

Schwarzenbek, im Juli 2021

LÜNEBURG

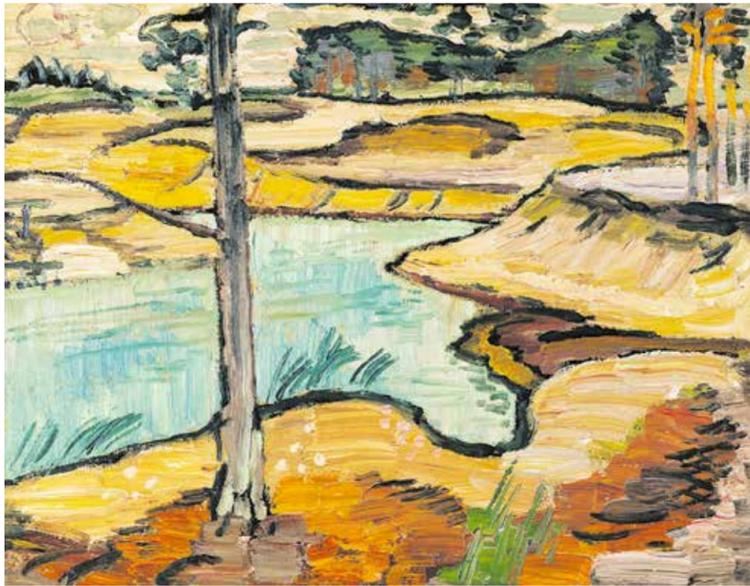
Ich sehe was, was Du nicht siehst

Neben Ausstellungen und Veranstaltungen bietet das Ostpreußische Landesmuseum auch für Kinder ein buntes Programm

Als Sommerferienprogramm für Kinder von acht bis zwölf Jahren bietet das Ostpreußische Landesmuseum einen Einstieg in die „Pleinair-Malerei“.

Das Motto heißt: Male einfach, was Du siehst. Wähle einen guten Standort und ein für Dich passendes Motiv aus.

Ein kompetentes Museumsteam unterstützt die Kinder bei der künstlerischen Umsetzung ihrer Ideen.



Landschaft mit Baum: Johann Walter-Kurau malte dieses Werk zwischen 1927 und 1928 mit Öl auf Leinwand, aus der Sammlung Peteris Šmidre

Ausstellungen

Die Sonderausstellung „Zwischen Lettland und Deutschland. Der baltische Künstler Johann Walter-Kurau“ zeigt bis zum 24. Oktober Werke des lettisch-deutschen Künstlers Walter-Kurau.

Ausstellung ist die Kunsthistorikerin Kristiāna Ābele von der Lettischen Kunstakademie in Riga.

Noch bis 26. September ist die Kabinettausstellung „Walkürenhauch an der Ostsee. Nationalismus und Romantik in der Literatur Ostpreußens“ zugänglich.

reich erstmals ein deutscher Nationalstaat. Als Bindeglied für seine Bewohner wurden Traditionslinien einer „deutschen“ Geschichte aus Mittelalter und Antike konstruiert.

Veranstaltungen im August

Sonntag, 1. August, 14 Uhr: öffentliche Sonntagsführung „Walter-Kurau im Spiegel seiner Zeit“.

Jeden ersten Sonntag im Monat bietet das Ostpreußische Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung für 1,50 Euro zum regulären Museumseintritt um 14 Uhr eine öffentliche Führung zu unterschiedlichen Themen an.

Dienstag, 3. August, 14.30 Uhr: Reihe Museum erleben: „Johann Walter-Kurau und die lettische Moderne“.

Mittwoch, 4. August, 18.30 Uhr: „Die Brühls – eine europäische Familie“ Lesung mit Christine von Brühl.

Donnerstag, 12. August, 15 bis 17 Uhr, „Bernstein, das Gold der Ostsee“ im Kinderclub mit Leonie Feix.

Eine Anmeldung ist erforderlich

Aufgrund der Corona-Pandemie ist die Personenzahl bei Führungen und Veranstaltungen beschränkt und eine Anmeldung und Kartenreservierung unter Telefon (04131) 759950 oder E-Mail: info@ol-g.de erforderlich.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg.

Rätsel

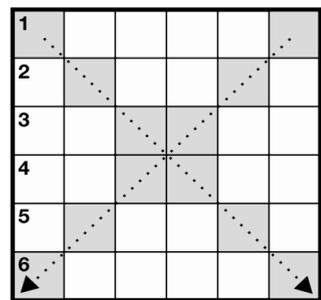
A large crossword puzzle grid with various clues in German. Includes sub-sections for 'Sudoku' and 'So ist's richtig'.

Sudoku

A 9x9 Sudoku grid with some numbers pre-filled.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält.

Diagonalrätsel



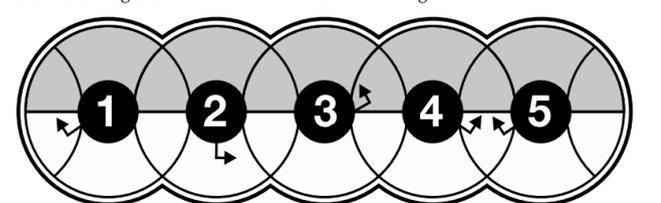
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Essegeschirrtelle.

- 1 Erfindungsschutzurkunde
2 diebischer Vogel
3 Ritze, Riss
4 Seihgerät
5 schriftlich festgehaltenes Recht
6 Nebenbuhler

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum.

- 1 ohne Milde, hart, 2 Gewebeknoten (Mehrzahl), 3 veraltet: Verwandter
4 zur Zahlung auffordern 5 Federwechsel der Vögel



VERTRIEBENENDENKMAL IN ARSFELD

Geschichte hat kein Verfallsdatum

Die Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler weiht restauriertes Wegekreuz in Arsfeld ein

Das Vertriebenenendenkmal in Arsfeld wurde unter Beteiligung einer Projektgruppe des Albert-Schweitzer-Gymnasiums wieder eingeweiht.

„Wir sind Kinder von der Eger...“ so schallten die Klänge der bekannten böhmischen Blasmusik von Ernst Mosch, dargeboten vom Musikverein Leusel bei strahlendem Sonnenschein über dem heißen Arsfelder Marktplatz. Anlass für die erste Präsenzveranstaltung nach langer Zeit mit Vertretern aus Politik, Verbänden und Einwohnerschaft war die Wiedereinweihung des Vertriebenenendenkmals, zu welcher Hessens Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, ein Grußwort sprach und die Grüße der Landesregierung überbrachte.

Das Vertriebenenendenkmal war vor vielen Jahren auf Initiative der Sudetendeutschen Landsmannschaft auf dem Arsfelder Ludwigsplatz errichtet worden und besteht aus einem Holzpfahl mit mehreren Hinweisschildern in Richtung der Herkunftsorte, aus denen die Heimatvertriebenen stammten: Königsberg, Marienburg, Berlin, Breslau, Troppau, Stettin, Danzig und Eger. Anhand der Kilometerangaben werden die Entfernungen zu den genannten Städten deutlich, so zum Beispiel Eger: 300 Kilometer, Breslau: 600 Kilometer, Königsberg: 1000 Kilometer.

Über die Jahre war das Holz des Vertriebenenendenkmals brüchig geworden und hatte eine Restaurierung nötig gemacht. In der Region Arsfeld waren nach dem Zweiten Weltkrieg 5000 Heimatvertriebene aufgenommen worden. „Dieser Wegweiser erinnert sehr konkret an die Vertreibung dieser Menschen aus der Heimat. Denn er nennt nicht nur die Orte in den ostdeutschen Herkunfts-Regionen



Auf dem Ludwigsplatz in Arsfeld: Vertriebenenendenkmal des Albert-Schweitzer-Gymnasiums ist wieder eingeweiht

wie West- und Ostpreußen, Schlesien und das Sudetenland, sondern verdeutlicht auch anhand der Kilometerangaben, welche weite Strecken die Heimatvertriebenen zurücklegen mussten. Dies geschah unter großen Strapazen zu Fuß oder in Vertriebenentransporten, bei denen die Menschen in Güterwaggons dicht gedrängt unter schlimmen Bedingungen nach Westdeutschland verfrachtet wurden. An all diese Not, das zwangsweise

Verlassen der geliebten Heimat und die Zerschlagung der Lebensgrundlage von Millionen Menschen soll dieses Denkmal erinnern“, verdeutlichte Margarete Ziegler-Raschdorf.

Hervorzuheben sei die Initiative der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Landesverband Hessen – bei der Gedenkfeier vertreten durch den Vorsitzenden des BdV- und der Sudetendeutschen Landsmannschaft-Hanau Lothar Streck

und der Stadt Arsfeld unter Bürgermeister Stephan Paule, ein morsches Vertriebenenendenkmal nicht einfach abzuräumen, weil seine Zeit abgelaufen sei, sondern zu restaurieren. Für dieses Vorhaben habe sie als Landesbeauftragte gerne eine Förderung aus Landeskulturmitteln unterstützt. Geschichte habe kein Verfallsdatum.

„Besonders freue ich mich über die großartige Initiative von Oberstudienrat

Michael Rudolf, der mit seiner Projektgruppe des Albert-Schweitzer-Gymnasiums die Eröffnungsveranstaltung mitgestaltete. Seine Schülerinnen und Schüler hatten Informationen zu jeder genannten Stadt des Wegweisers erarbeitet, welche die jungen Leute bei großer Hitze bemerkenswert konzentriert den anwesenden Gästen vorstellten.

Dem Beispiel folgen

Das bemerkenswerte Engagement von Rudolf und seiner Schülergruppe macht große Freude. Es zeigt, dass es möglich ist, für diesen Teil deutscher Geschichte das Interesse der jungen Generation zu wecken. So plant die Schüler-Projektgruppe, eine Broschüre über die Heimatvertriebenen in der Region Arsfeld zu erarbeiten.

„Ich würde mir wünschen, dass viele Lehrkräfte diesem Beispiel folgen, schließlich ist die Thematik von Flucht und Vertreibung Teil des Kerncurriculums Geschichte für die gymnasiale Oberstufe in Hessen. Als Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler ist es meine Aufgabe, darauf zu achten, dass die Erinnerung an das Schicksal der Heimatvertriebenen wachgehalten und auch an die nächsten Generationen weitergegeben wird. Daher ist das Engagement des Albert-Schweitzer-Gymnasiums nicht hoch genug zu loben“, so Hessens Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, abschließend.

HMDIS, Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler

● HMDIS, Margarete Ziegler-Raschdorf, Friedrich-Ebert-Allee 12, 65185 Wiesbaden, www.vertriebenenbeauftragte.hessen.de

INNENMINISTER THOMAS STROBL

Pflicht und Freude

Erneut als Landesbeauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler berufen

Baden-Württembergs Stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl ist am Dienstag, 6. Juli, vom Ministerrat erneut zum Landesbeauftragten für Vertriebene und Spätaussiedler berufen worden.

„In den Südwesten kamen nach dem Zweiten Weltkrieg rund eineinhalb Millionen Heimatvertriebene und Flüchtlinge ... Sie haben viel investiert, um sich eine neue Existenz aufzubauen und sich in die Gesellschaft zu integrieren. Dem trägt die Landesregierung durch die Pflege und den Erhalt des Kulturguts der Deutschen im östlichen Europa Rechnung. Mit meiner erneuten Berufung zum Landesbeauftragten wird die große Bedeutung und Leistung dieser Menschen hervorgehoben. Sehr gerne bin ich weiterhin erster Ansprechpartner für die Anliegen und Interessen der deutschen heimatvertriebenen Landsleute, Flüchtlinge und Spätaussiedler“, sagte der Stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl anlässlich der Berufung.

„Dem Land Baden-Württemberg ist es ein besonderes Anliegen, die Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa zu erforschen, der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen und sich für den Erhalt einzubringen. Aus diesem Grund haben wir die vom Land getragenen Kultur- und Forschungseinrichtungen ins Leben gerufen, nämlich das Institut für donauschwäbische Geschichte und



„Es ist uns eine Pflicht und eine Freude, das Kulturgut der Deutschen im östlichen Europa auch zukünftig zu pflegen“: Thomas Strobl
Foto: Laurence_Chaperon

Landeskunde in Tübingen, das Institut für Volkskunde der Deutschen des östlichen Europa in Freiburg, das Donauschwäbische Zentralmuseum in Ulm, ... das Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg in Stuttgart sowie die Donauschwäbische Kulturstiftung des Landes Baden-Württemberg in Stuttgart. Zudem hat Baden-Württemberg Patenschaften über die Volksgruppe der Donauschwaben, die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und die Landsmannschaft der Banater Schwaben übernommen, befasst sich im Rahmen der Do-

nauraumstrategie mit der Kultur und Geschichte der Deutschen im Donauraum und gewährt Zuschüsse an Vertriebenenverbände sowie deren Einrichtungen“, erklärte Minister Strobl.

„Baden-Württemberg zeigt eine große Wertschätzung gegenüber den Heimatvertriebenen und Flüchtlingen. Ihr reiches kulturelles Erbe ist uns eine Verpflichtung. Dieses Erbe werden wir auch in Zukunft weiter pflegen, erhalten und leben“, so der Landesbeauftragte für Vertriebene und Spätaussiedler Minister Thomas Strobl abschließend. PM IM BW

Kulturzentrum Ostpreußen

Seitdem das Kulturzentrum Ostpreußen wieder öffnen darf, kommen die Besucher in den Genuss einer komplett neuen Kabinettausstellung mit dem Titel „Der Elch – Wildtier Heimatsymbol Werbeikone“. Die kurzen Informationstexte auf den Ausstellungstafeln erhalten eine große Anschaulichkeit durch zahlreiche, oftmals extrem seltene Abbildungen und Exponate. Ergänzend geben private Sammlerstücke, verknüpft mit Exponaten des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen, einen Überblick über die mannigfaltigen Aspekte des Phänomens „Elch“. Diese Zusammenstellung macht deutlich, welche große Bedeutung der Elch für die Provinz Ostpreußen besaß und für die he-

imatverbundenen Ostpreußen heute noch besitzt. Aber auch in vielen anderen Ländern greift man gern auf Elche in der Werbung zurück. Die Ausstellung läuft bis Ende August.

Wolfgang Freyberg, Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen

Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Telefon (09141) 86440, Fax (09141) 864414, E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de, Internet: www.kulturzentrum-ostpreussen.de



ANZEIGE

Baseballmütze mit Elchschaufel



4,90 €
zzgl. Versand

Bestellung: Preußische Allgemeine
Angela Selke
selke@paz.de
Tel: 040-414008-0

PAUL DAHLKE

Der Buddhismus-Pionier

Der gebürtige Ostpreuße etablierte die ursprünglichen Lehren aus dem Osten für ein Leben im Westen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Zu den wichtigsten Wegbereitern des Buddhismus in Deutschland zählte der aus Ostpreußen stammende Arzt Paul Dahlke, der im Jahre 1900 zum Buddhismus konvertierte. Damit wurde er Teil einer Gruppe von Bildungsbürgern im Wilhelminischen Kaiserreich, zu der unter anderem auch noch der Sprachwissenschaftler Friedrich Zimmermann, der Potsdamer Oberpräsidialrat Theodor Schultze und der bayerische Oberlandesgerichtsrat Georg Grimm gehörten.

Gründe für die Hinwendung dieser Personen zu der exotischen asiatischen Religion gab es dabei einige. Manche trieb das Unbehagen angesichts der Entwicklung der Moderne, andere wollten sich von dem ihrer Meinung nach zu dogmenverhafteten Christentum distanzieren. Dazu kam die Überidentifikation einiger Experten für fernöstliche Religionen mit ihrem Untersuchungsgegenstand oder einfach nur die Suche nach einer neuen Form von Spiritualität jenseits der ausgetretenen Pfade.

Auf jeden Fall organisierten sich die deutschen Buddhisten zu Beginn des 20. Jahrhunderts bald auch in diversen Organisationen wie dem Buddhistischen Missionsverein, dem Bund für buddhistisches Leben, der Deutschen Pali- beziehungsweise Mahabodhi-Gesellschaft sowie der Neubuddhistischen Bewegung. Die Letztere wollte einerseits am Theravada, also der ursprünglichsten Form des Buddhismus, festhalten, diese andererseits aber auch mit der westlichen Lebensweise kompatibel machen. Der führende Kopf hierbei war Paul Dahlke.

Der hatte am 25. Januar 1865 in Osterode am Ostrand der Eylauer Seenplatte das Licht der Welt erblickt und später in



Im Herbst 1919 kaufte der Mediziner Paul Dahlke ein Grundstück in Berlin-Frohnau und ließ es 1923 bebauen: Das Buddhistische Haus ist der erste Tempel dieser Art in Deutschland

Foto: pa

Berlin Medizin studiert. Nach seiner Promotion mit der Dissertation „Über den Hitzschlag“ übernahm der junge Arzt 1887 zunächst eine homöopathische Praxis in der Hauptstadt, die er mit gutem Erfolg führte.

Häufige Reisen nach Asien

Dadurch gelangte der Sohn eines Gendarmen und späteren Rechnungsrates zu ziemlichem Wohlstand, der ihm 1898 erlaubte, auf Weltreise zu gehen. In deren Verlauf zeigte sich Dahlke insbesondere von der Südsee fasziniert, während er Ceylon, wo sein erster Kontakt mit der Weltreligion Buddhismus stattfand, zunächst weniger beeindruckend fand. Doch

irgendwas muss damals das Unterbewusstsein des aufgeschlossenen Mediziners angesprochen haben, denn er brach bereits im Frühling des Jahres 1900 wieder nach Ceylon auf – nunmehr ganz explizit, um zunächst die Sakralsprache Pali zu erlernen, die im Buddhismus eine ähnliche Rolle spielt wie das Latein im Christentum, und dann die Lehren des historischen Buddha Siddhartha Gautama in der altherwürdigen Form des Theravada zu studieren. Nach diesem zweiten Aufenthalt in Ceylon, dem heutigen Sri Lanka, kehrte Dahlke als Buddhist nach Deutschland zurück, wo er zunächst seine Praxis weiterbetrieb. Allerdings mit zahlreichen Unterbrechungen aufgrund im-

mer neuer Asienreisen, die bald nicht mehr nur nach Ceylon, sondern auch nach Indien, China, Japan, Burma, Siam und Indonesien führten.

Während der Aufenthalte in der Heimat bemühte sich Dahlke um die Errichtung eines buddhistischen Heiligtums in Deutschland. Hierzu kaufte er schon vor dem Ersten Weltkrieg fünf Hektar Land auf Sylt. Später erschien ihm dann jedoch Berlin als der bessere Standort. Deshalb erwarb Dahlke im Herbst 1919 ein weiteres Grundstück in Berlin-Frohnau, wo er 1923 mit dem Bau des Buddhistischen Hauses begann, das von dem Pankower Architekten Max Meyer entworfen worden war. Die Einweihung des zweistöcki-

gen Gebäudes erfolgte im August 1924, womit der allererste buddhistische Tempel samt Wohngebäude für Gläubige auf europäischem Boden existierte.

Hier verbrachte Dahlke die meiste Zeit seines restlichen Lebens, bis er am 29. Februar 1928 an Herzschwäche starb, die aus einer verschleppten Grippe resultierte. Der Ostpreuße, der von 1917 bis 1922 auch die „Neubuddhistische Zeitschrift“ herausgegeben hatte, hinterließ 22 größere Publikationen und 150 Aufsätze über den Buddhismus und gilt nach Meinung heutiger Experten als Mitbegründer einer eigenständigen deutschen Interpretationsschule dieser ursprünglich asiatischen Religion.

Dahlkes Erben

Die Leitung des Buddhistischen Hauses ging nach Dahlkes Ableben in die Hände von dessen Schwester Bertha über. Diese konnte die Sakralanlage unbehelligt durch die Zeit des Dritten Reiches bringen, weil die Nationalsozialisten den Buddhismus aus ideologischen und außenpolitischen Gründen weitestgehend tolerierten. Geplündert wurde das Haus erst nach Kriegsende. 1957 wechselte der Gebäudekomplex dann abermals den Besitzer: Die Erben Dahlkes verkauften ihn an die German Dharmaduta Society, welche hier nun einen Vihara, das heißt eine „Zufluchtsstätte“ für Mönche aus Sri Lanka und anderen Staaten Südostasiens einrichtete. Allerdings sah sich die Deutsche Buddhistische Union als Dachverband aller Buddhisten hierzulande im Jahre 2009 gezwungen, das Buddhistische Haus wegen gravierender Unregelmäßigkeiten in der Betriebsführung aus dem Kreis derjenigen Einrichtungen auszuschließen, die den Buddhismus in der Bundesrepublik offiziell nach außen hin repräsentieren dürfen.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Mit Wollust atmen

Eine Breslauer Ausstellung erinnert an die große Zeit der Schlesischen Bäder

Im einstigen Lustschloss des Breslauer Fürstbischofs Philipp Ludwig von Sinzendorf (1699-1747), dem sogenannten Weißen Vorwerk, befindet sich heute das Ethnografische Museum zu Breslau. Eine Sonderausstellung, die leider nur in polnischer Sprache gezeigt wird, nimmt den Betrachter mit auf eine Reise ins 19. Jahrhundert, als die feine Gesellschaft in Kur- bädern nach Erholung suchte.

„Die Ausstellung konzentriert sich auf das ausgehende 18. und das komplette 19. Jahrhundert, als die Bäder florierten. Wir zeigen Fotografien, Drucke, historische Postkarten und allerlei Mitbringsel, vor allem aus schlesischen Kurorten, weil das unsere Besucher am meisten interessiert“, so Paulina Suchecka vom Ethnografischen Museum. Und auch wenn die schlesischen Bäder nicht zu den exklusivsten in Europa gehörten, so hätten sie ihre eigenen Vorzüge gehabt, meint Kuratorin Bożena Płonka-Syroka, Medizinhistorikerin von der humanistischen Fakultät der Medizinischen Universität Breslau. Bad Flinsberg [Świeradów Zdrój] zog insbesondere Aristokraten an. „Hier wurden alle Standards erfüllt, die von den guten Häusern des europäischen Adels erwartet wurden. Der Kurort wurde von der traditionsreichen Familie von Schaffgotsch gegründet. So war man dort unter seinesgleichen“, sagte Płonka-Syroka.

Bad Flinsberg am Queis [Kwisa] liegt am Nordhang des Isergebirges und ist umgeben von Fichtenwäldern. Bald schon wurde der Ort zum beliebten Luftkurort, „daß die Lungen die Luft mit Wollust atmen und daß ihr Hauch die Lebensgeister frisch entfacht“, schreibt 1873 Carl Deutsch in einem Bäderführer. „Landschaftlich schön gelegen, mit wunderschönen Aussichten, mit Wander- und Spazierwegen, mit heilenden Mineralquellen, einer guten medizinischen Betreuung und fast so vielen Ärzten wie im böhmischen Karlsbad wurde der Ort als komfortabel und bequem empfunden. Und anders als zum Beispiel in Cannes musste man nicht dauernd mit anderen Adelsgeschlechtern konkurrieren. In Bad Flinsberg konnte man mehr privat sein“, berichtete Kuratorin Płonka-Syroka. Im 19. Jahrhundert, als die Bäderkultur blühte, suchten Kurgäste nicht mehr nur nach Heilung oder medizinischer Betreuung. „Frauen wollten vor allem ihre Zwänge – auch die der Garderobe – etwas lockern. In der Kur durfte die Kleidung legerer sein, man traf beim Spazieren andere Frauen, kaufte ein, genoss die Natur und das alles im Zeichen lockerer Konventionen“, erklärte Płonka-Syroka. In der Präsentation findet man auch Unterwäsche, die die Dame der feinen Gesellschaft zum Baden trug.



Für sie sind schlesische Bäder heute noch besonders: Bożena Płonka-Syroka

Während der Adel Bad Flinsberg vorzog, traf sich der neue „Geldadel“ in Bad Salzbrunn [Szczawno Zdrój]. Als Bad Salzbrunn gegründet wurde, gab es dort gute Mineralquellen. Weil es in unmittelbarer Nähe des Waldenburger Industrieviers lag, war die Luft dort bereits im 19. Jahrhundert stark belastet, aber gerade die Nähe zu den Industriegebieten, auch zu Breslau, zog die Bourgeoisie dorthin. Die Industriemagnaten fanden Zerstreuung im Kurtheater oder bei Konzerten. Hier konn-

te man seinen Status demonstrieren“, sagte Kuratorin Płonka-Syroka. Man traf sich im Gesellschaftshaus nicht nur zum Dinieren, sondern auch zum Billard- oder Kartenspiel. Anerkannte Virtuosen und Schauspieler traten auf, und mindestens einmal in der Woche wurden Gesellschaftsbälle veranstaltet.

Der älteste schlesische Kurort, Bad Warmbrunn [Cieplice Zdrój], wurde gerne Königin der Bäder genannt. „Er verfügt über sehr gutes Mineralwasser und ein

anregendes Klima. Bad Warmbrunn liegt im Tal mit einem romantischen Ausblick auf das Riesengebirge. Hier konnten die Ärzte wunderbare Spaziergänge auf Rezept ausstellen, die wegen der imposanten Aussicht auch tatsächlich gerne getätigt wurden“, sagte die Expertin für deutsche Kurorte nicht nur von einst. In einer ihrer Studien verglich sie die Sächsische Bäderlandschaft nach der Wende mit den heute polnischen Bädern in Schlesien. „Dabei haben die polnischen Einrichtungen gar nicht schlecht abgeschnitten“, sagte sie: „Ich bin Lokalpatriotin und werde nicht müde zu betonen, dass schlesische Bäder eine prachtvolle Architektur und wunderschöne Parkanlagen haben. Die Einrichtungen erfüllen europäische Standards. Unsere Kurorte befinden sich in der Nähe großer Städte, und so ziehen wir Gäste aus Breslau, Posen, aber auch aus Dresden und Berlin an. Wir sind konkurrenzfähig. Und wenn man bedenkt, dass der Großteil der Kurgäste heute Frauen sind, dann frage ich: Wo, wenn nicht bei uns, kann man die schönsten Kleider, Schmuck, Taschen und Schuhe kaufen?“

Chris W. Wagner

● Die Ausstellung zur europäischen Bäderkultur im Ethnografischen Museum zu Breslau, ul. Traugutta 111-113, ist noch bis zum 19. September zu sehen.

HINTERPOMMERN

Cammin – einst Herzogs- und Bischofssitz

Kleine Stadt mit großer Geschichte wartet auf Entdecker

VON ERWIN ROSENTHAL

Das Sol- und Moorbad Cammin [Kamień Pomorski] (zirka 9000 Einwohner) liegt östlich der Dievenow auf dem zu Hinterpommern gehörenden Festland. Im Jahre 1882 hatte man in einer Tiefe von 600 Metern eine Solquelle erschlossen, Cammin wurde Sol- und Moorbad. Die alten Kurbauwerke haben den Zweiten Weltkrieg überdauert, und der Kurbetrieb wird heute weitergeführt.

Großer Stein gab den Namen

Der Name der Stadt soll von jenem großen Stein hergeleitet worden sein, der sich vor der Nordküste der Insel Gristow im Camminer Bodden befindet. Cammin hat eine große Geschichte: Im 12. Jahrhundert residierte hier der Pommernherzog Wartislaw I., im Jahre 1176 wurde die Stadt Bischofssitz. Das Bistum umfasste den größten Teil Pommerns sowie die Uckermark und die Neumark und reichte im Westen bis nach Güstrow. Im Osten hatte es keine feste Grenze. Die Camminer Bischöfe wurden vom Papst wie unabhängige Reichsfürsten behandelt.

Die größte Sehenswürdigkeit der Stadt ist zweifellos der Dom St. Mariae et Johannes baptista, die heutige Kathedrale St. Johannes. Der Dom war die erste christliche Kirche Pommerns. Sie wurde erbaut, nachdem Otto von Bamberg seine Missionstätigkeit in Pommern erfolgreich abgeschlossen hatte. Baubeginn für die im spätromanischen Stil errichtete und im

15. Jahrhundert im gotischen Stil umgebaute Kirche war 1175. Sein heutiges Äußeres erhielt der Dom im Jahre 1936. Nach einem alten pommerschen geflügelten Wort waren die drei bedeutendsten Kirchen in Pommern die Stargarder „Hohe“, die Kolberger „Weite“ und die Camminer „Schöne“. Eingeweihte kennen mit Sicherheit auch jene schmale Treppe, die

jährlich stattfindende Internationale Festival der Orgel- und Kammermusik findet stets großen Anklang.

Sehenswert sind in der mit viel Grün aufwartenden Stadt der neben dem Dom erbaute Bischofspalast und das für die niedere Geistlichkeit bestimmte Dekanat (auch Kleisthaus genannt), das heute als katholisches Kulturzentrum genutzt wird.



Der Dom zu Cammin – die erste christliche Kirche Pommerns

vom nördlichen Seitenschiff des Doms zum einzigen erhaltenen Kreuzgang Pommerns führt. Der Dom soll zudem über die schönste Orgel Pommerns verfügen. Liebhaber wissen den ausgezeichneten Klang des Instruments zu schätzen, das 1669 vom Stettiner Orgelbaumeister Michel Birgel geschaffen wurde. Das hier

Am nahen Markt befinden sich das Hoefssche Fachwerkhaus und das attraktive Rathaus. Das Rathaus wurde im 14. Jahrhundert im spätgotischen Stil errichtet und in den 1960er Jahren wieder aufgebaut. Der Ostgiebel datiert aus dem 15. Jahrhundert. Das Fachwerkhaus Hoefs, erbaut im 17. Jahrhundert, hat den Krieg

ohne größere Schäden überstanden. Es beherbergt heute eine ziemlich gemütliche Gaststätte und gehört zum Hotel „Zu den Musen“.

Einen Besuch wert sind das Wolliner Tor (das Bautor), im Süden der Stadt gelegen, die Nikolaikirche (die frühere Bergkirche) und die Marienkirche. Im genannten Stadttor ist das Museum untergebracht. Die im Jahre 1755 erbaute Marienkirche war eine Tochterkirche des Doms. Das Gotteshaus hatte ein sehr wechselhaftes Schicksal. Es wurde vor 1945 mehrfach zu profanen Zwecken genutzt und erst vor wenigen Jahren wieder in die Hand der Kirche übergeben.

Eine Erfindung, die eher in die Physik eingeordnet werden muss, zeugt davon, dass Domherren auch naturwissenschaftlich gebildet waren. Der Dechant des Dom-Kapitels zu Cammin, Ewald Georg v. Kleist, Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Berlin, hatte – nachweislich als erster – im Jahre 1745 die elektrische Verstärkerflasche (später als Leidener Flasche bezeichnet) und somit den Kondensator erfunden, der heute ein unverzichtbarer Bestandteil elektronischer Geräte ist.

Von der Stadt aus führt eine Brücke zur neun Quadratkilometer großen Insel Gristow mit ihren drei kleinen Bauerdörfern. Der hier zwei Meter aus dem Wasser aufragende „große Stein“, ein bereits im Jahre 1426 erwähnter Findling, hat heute – obwohl bereits durch Sprengungen verkleinert – immer noch einen Umfang von 20 Metern.

● BUCHEMPFEHLUNG

Volkstänze aus Pommern



Wie oft hat der Rezensent in Büchereien nach Volkstanzmelodien gesucht, wie oft das Internet durchforstet. Öffentliche Büchereien verzichten inzwischen gern auf die Rubrik deutscher Volksmusik – zumindest im Wohnbereich des Rezensenten. Dafür gibt es im Internet reichen Ausgleich. Mit neuen Ausgaben kann man kaum noch rechnen. Kaum – denn in diesen Tagen wurde der Rezensent überraschenderweise mit einer wunderbaren Neuerscheinung konfrontiert.

Unter dem Titel „Volkstänze aus Pommern“ haben die Volkstanzexperten Wolf und Gundel Hergenhan eine knappe Sammlung von elf Volkstänzen herausgebracht, Tänze, die schon fast verschollen waren, die sie aber dann doch in Bibliotheken gerade in Mitteldeutschland gefunden haben.

Herausgekommen ist dabei ein sehr ansprechend aufgemachtes Buch in praktischer Ringbindung. Nahezu alle Tänze – mit einer Ausnahme – sind im Internet als Tonaufnahme nicht zu finden. In diesem Buch und seiner CD werden sie seit fast 100 Jahren zum ersten Mal wieder vorgestellt.

Als Quellen dienten unter andere Veröffentlichungen von Willi Schultz, dem Nestor der pommerschen Volksmusik, aus den 1920er Jahren.

Im ersten Teil werden nach grundsätzlichen Erläuterungen die Tanzschrittfolgen zu den Tänzen dargestellt. Im zweiten Teil folgen die Noten. Passende Zeichnungen, unter anderem von Dietlind Wagner, verleihen dem Buch ein freundliches Aussehen. Dazu kommen manche Erklärungen zu den Tänzen, in der Regel aus dem eigenen Erleben der Verfasser. Wer weiß beispielsweise schon noch, was ein Taukiektanz ist?

Zum Buch gehört eine CD, eingespielt von Geige, Akkordeon und Banjo unter der Leitung von Martin Ströfer, der selber am Akkordeon leitet. Auch er ist ausgewiesener Volkstanzspezialist – nun hier vor allem von der musikalischen Seite. Als weiteren Pluspunkt mag man ansehen, dass die CD GEMA-frei ist und so problemlos bei Aufführungen verwendet werden kann. Das Buch ist aus der Praxis für die Praxis entstanden, also keine wissenschaftliche Veröffentlichung.

Zu erhalten ist das im Selbstverlag erschienene Werk, das mit Fördermitteln der Landesregierung des Landes Schleswig-Holstein und des „Vereins zur Förderung der Pommerschen Kultur“ hergestellt wurde, bei den Verfassern: gundel@bandweben.info lautet die E-Mail-Anschrift, die postalische Adresse: Gundel und Wolf Hergenhan, Starnberger Straße 63 A, 24146 Kiel. Das Buch mit CD kostet 16 Euro.

Auch die Hergenhans standen wie der Verfasser dieser Zeilen in ihrem Leben plötzlich vor der Frage, ob es noch pommersche Volkstänze gibt. Das Buch ist die positive Antwort auf die Frage. Und es ist zugleich die Aufforderung, dieses unser Jahrhunderte altes Erbe zu pflegen und zu neuer Blüte zu führen. Winfried S. Küttner

BEHEIMATET IM LANDKREIS STOLP

Gerda von Below und Klaus Granzow

Ihre Werke sind auch heute ein Muss für Pommern-Begeisterte

Im Buch „Pommern in 1440 Bildern“ bezeichnet Klaus Granzow den Landkreis Stolp als größten preußischen Kreis. Er erwähnt die Wanderdünenlandschaft zwischen Ostsee und Leba-See und rühmt den breitesten Strand der pommerschen Ostseeküste. Er erzählt, dass der sagenumwobene Revekol den dort lebenden Pommern ein heiliger Berg war.

Im Süden seines Heimatkreises gleiten die Lupow und die Stolpe durch dichte Hochwälder und weite Kiefernforste. Er vergisst nicht, die industriellen Tätigkeiten in Rathsdammnitz mit der Papierfabrik, des Weiteren in Scharow den mächtigen Eisenhammer und die vielen Ziegeleien und Kalksandsteinwerke ringsum im Kreis zu erwähnen. Der Haupterwerbszweig dieses Landkreises war aber die Landwirtschaft. Es wurden Weizen, Roggen, Zuckerrüben und Kartoffeln im Überschuss angebaut. Die saftige Wiesenlandschaft erlaubte eine Rinderviehzucht.

Granzow lässt seine Beschreibung mit Versen von Gerda von Below ausklingen, die ein Bild vom letzten Tag der Ernte zeigen: „Nun schwankt zu Hofe schon der letzte Wagen, hart von der Tenne klingt die Dreschmusik, und aus den Häusern kehren Erntesagen zu Form gebunden in die Zeit zurück.“

Gerda von Below und Klaus Granzow kamen im Landkreis Stolp zur Welt. Gerda von Belows Heimatort war Saleske [Zaleskie], während Klaus Granzow aus Mützenow [Mozdzanowo] stammte. Beide Orte waren Filialkirchengemeinden zu Dünnow und lagen etwa 17 Kilometer von Stolp entfernt. Das Rittergut Saleske besaß 1123 Hektar Land und war ab 1461 im

Besitz der adligen Familie von Below. Der im Jahr 1944 verstorbene Walter von Below war Vorsitzender des Vorstandes der Molkereigenossenschaft Stolp, deren bekannteste Käsesorte seit 1921 das „Stolper Jungchen“ war, das bei der Weltausstellung 1937 eine Goldmedaille erhielt.

Gerda von Below wurde am 9. November 1894 in Saleske geboren. Sie war eine Urenkelin von Johann Gottfried von Herder, einem Philosophen und Dichter aus Mohrungen in Ostpreußen. Hanna Spiegel, die ein Büchlein unter dem Titel „Die Düne wandert“ geschrieben hat, behauptet, dass das prägende Thema dieser Gutsbesitzertochter und Schriftstellerin die Liebe zu ihrer Heimat Pommern gewesen sei. Stimmungsvoll ist ihr Gedicht „Die Düne wandert“ über die gewaltige, auch oft bedrohliche Düne, die nördlich von Saleske liegt.

Im Jahr 1919 heiratete sie in der Kirche zu Dünnow den Freiherrn Treusch von Buttlar-Brandenfels. Sie lebte als Schrift-

stellerin in Berlin und später in Freiburg im Breisgau. Hanna Spiegel erwähnt in ihrer Biografie über Gerda von Below, dass diese als Schriftstellerin bis 1945 sehr produktiv war, und erwähnt so nebenbei, dass sie von Berlin aus in den 20er Jahren ihre gebrauchte Bett- und Tischwäsche in einem Schließkorb zur Reinigung nach Saleske aufs Gut schickte.

Gerda von Below starb am 30. März 1975. Nach dem Zweiten Weltkrieg gelangen ihr so gut wie keine Veröffentlichungen mehr. In vielen pommerschen Nachschlagewerken bleibt sie nicht unerwähnt.

Die „Pommersche Zeitung“ erinnerte im Jahr 2007 an Klaus Granzow. Er wäre am 10. September 80 Jahre alt geworden. In Travemünde im Pommernzentrum wurde aus dem Anlass eine Ausstellung mit authentischen Fotografien über sein Leben und sein literarisches Wirken gezeigt. Leider verstarb er viel zu früh mit 58 Jahren am 11. April 1986 in Hamburg. Der Bauernsohn Klaus Granzow aus Müt-



Das ehemalige Gutshaus der Familie von Below in Saleske

Foto: Kleszczewski

„Kalinin – Ein nicht zu haltender Anachronismus“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Danke für den wunderbaren Artikel. Genauso ist es! Besonders der Absatz ‚Wissenschaft, wenn es passt‘, ist grandios. Ob schon nach einem weiteren Alphabet Ausschau gehalten wird?“

Gisela Löffelmacher, Flensburg
zum Thema: Von Epsilon bis Omega
(Nr. 25)



Ausgabe Nr. 26

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

PERSONA NON GRATA

ZU: KEIN ABSCHIED VON KÖNIGSBERG (NR. 26)

Der Autor hat einen schönen ausführlichen Artikel über die Umbenennung von Königsberg geschrieben, der auch für Nicht-Königsberger interessant zu lesen ist. Viele Städte, Dörfer, Straßen, Fabriken und Museen trugen seinerzeit den Namen Kalinin. Während der Perestroika wurde vom Politbüro der KPdSU ein Untersuchungsausschuss über den stalinistischen Terror eingesetzt. Darin wurde auch die Rolle Kalinins untersucht und festgestellt, dass er für den Tod (Verhaftung, Verschleppung und Erschießung) von Millionen Sowjetbürgern mitverantwortlich ist. Die Konsequenz war, den Namen Kalinin zu eliminieren und die mit ihm verbundenen Städte, Dörfer, Straßen oder Kolchosen umzubenennen.

In Moskau wurde das Kalinin-Museum in Staatliches Zentralmuseum umbenannt. U-Bahnstationen und Straßenschilder wurden mit neuen Namen versehen. In keinem Buchladen gibt es mehr Bücher über Kalinin zu finden.

Die Stadt Twer hieß von 1931 bis 1990 Kalinin und wurde danach wieder in Twer zurückbenannt. Ebenso Koroljow, die zuvor Kaliningrad (1938–1996) mit dem Zusatz „in der Oblast Moskau“ hieß, bekam den neuen Namen.

Der Name Kaliningrad für Königsberg ist heute ein nicht zu haltender Anachronismus. *Karsten Packhäuser, Kaufering*

ANERKENNENDES ZEICHEN

ZU: AM ENDE EINES LANGEN WEGES (NR. 25)

Für die deutschen Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg stellt das Dokumentationszentrum „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, wenn es auch sehr spät zustande kam, ein bedeutsames, ihr Leid anerkennendes Zeichen dar. Man wundert sich allerdings, warum die Dauerausstellung unbedingt mit der aktuellen Flüchtlingsproblematik verknüpft werden

musste. Als ob 14 Millionen ost-, südost- und sudetendeutsche Vertriebene und zwei Millionen Vertreibungstote nicht genug wären, um ihnen einen eigenen, alleinigen Gedenkort zu widmen.

Das Dokumentationszentrum sollte zudem, so steht zu hoffen, vor allem die nichtvertriebenen Deutschen ansprechen und diese stetig an das gemahnen, was sie nicht zu erdulden hatten: Entrechtung, Enteignung, Internierungslager und Zwangsarbeit, demütigende Behandlung, Verjagung aus der angestammten Heimat sowie soziale Entwürdigung in der neuen „Heimat“ Restdeutschland. Und es sollte sie daran erinnern, dass die Hauptlast für die Verbrechen der Nationalsozialisten einseitig den Vertriebenen aufgebürdet wurde und ein einigermaßen gerechter „Lastenausgleich“ zwischen vertriebenen und nichtvertriebenen Deutschen nicht stattgefunden hat.

Dr. Walter Kreul, Germering

JOPPE DER ERINNERUNG

ZU: „VERTREIBUNG BLEIBT EIN UNIVERSELLES THEMA“ (NR. 25)

Im PAZ-Gespräch mit Gundula Baven-damm (der Direktorin der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, d. Red.) hat mich der vorletzte Absatz innerlich stark angerührt, weil auch ich die Joppe aufbewahrt habe, die mich bei unserer Vertreibung am 18. Oktober 1945 durch polnische Milizionäre (darf man das noch sagen?) aus Stolz vor Regen und Kälte schützte.

Ich war damals sechs Jahre. Die Joppe hing bis auf den Boden und war normalerweise viel zu schwer für mich. Trotz allem zwischenzeitlich verloren gegangenen „Glanz“ erinnert sie mich an viele bittere Stunden und an die Heimat. Mit mir soll die Joppe – das letzte Stück Heimat – an meinem Lebensende beerdigt werden.

Dass der Mantel des jungen Eitel Koschorreck in Berlin gezeigt wird, freut mich ebenso wie die Wertung der Leiterin des Dokumentationszentrum, den Mantel als Lieblingsexponat zu bezeichnen.

Gottfried Loeck, Beusloe

HAACKES NEUE KOLLWITZ-PIETÀ

ZU: BETRIFFT: SOZIALISTIN UND MUTTER (NR. 24)

Ich möchte etwas Wesentliches zur Rekonstruktion der Kollwitz-Statue hinzufügen. Sie erwähnen die vierfach vergrößerte Kopie der „Pietà“ von 1993, nennen aber leider nicht den Namen des renommierten Berliner Bildhauers, dem die Kunstwelt unzählige Rekonstruktionen zu verdanken hat: Harald Haacke (1924–2004). Hier kurz ein paar Details:

Haacke, geboren 1924 in Wandlitz in der Mark Brandenburg, Schüler von Fritz Diederich, der für die Kollwitz arbeitete, Soldat und schwere Verwundung, nach dem Krieg Bildhauerstudium an der Hochschule für Bildende Künste in Berlin, Schüler und Meisterschüler von Professor Richard Scheibe (1897–1964), einer derjenigen auf Hitlers „Gottbegnadeten“-Liste. 1951 Georg-Kolbe-Preis (für Haacke, nicht für Scheibe!).

Unzählige Rekonstruktionen von Reliefs und Statuen im Berliner Raum sind von Haacke kongenial ausgeführt worden: Kollwitz „Mutter mit Kindern“ auf dem Käthe-Kollwitz-Platz, Rathenau-Bronze am Rathaus Wedding, Figuren an der Schlossbrücke, Tritonenbrunnen im Tiergarten und auf Grund der Ähnchen-von-Tharau-Figur in Memel [Klaipėda].

Das eigentliche Können bei der Wiederherstellung der Kollwitz-Statue ist die Tatsache, dass das Original nur 38 Zentimeter hoch war. Dank der persönlichen Bekanntschaft mit der Künstlerin und aufgrund der Tatsache, dass ihn seine künstlerischen Qualitäten als „einzigsten Bildhauer in Berlin für eine derartige Aufgabe qualifizierten“, löste er diese Aufgabe meisterlich (so Festschrift des Käthe-Kollwitz-Museums zu seinem 70. Geburtstag 1994).

In der gleichen Festschrift schreibt Martin Sperlich, damaliger Chef der Staatlichen Schlösser und Gärten in Berlin: „Die Kunst Harald Haackes kommt auf leisen Sohlen; es ist eine sehr stille, sehr kluge und ... gebildete Kunst.“

Antje Olivier, Wuppertal

DEN VOLKSGEIST GETROFFEN

ZU: MUSIKALISCHER VOLLTREFFER (NR. 24)

Wie auch in Ihrem Beitrag deutlich wird, hat die Oper „Der Freischütz“, soweit man sich heute in die Zeit ihrer Entstehung hinein fühlen kann, eine ganz eigene Stellung in der deutschen Kulturgeschichte. Sie bringt Befindlichkeiten jener Jahre zum Ausdruck, die als klassisches Beispiel für die (deutsche) Romantik gesehen werden können: Eine gewisse Euphorie des Befreit-Seins von der napoleonischen Fremdherrschaft in dieser Nachkriegszeit, verbunden mit der Rück- oder auch Neubewertung auf die eigene Identität.

Das Lied der Brautjungfern muss den Volksgeist besonders getroffen haben, denn es gilt als der erste „Schlager“ der Musikgeschichte.

Bestimmt spielt in dieser historischen Phase der Selbstfindung eine große Rolle, dass mit dem „Freischütz“ als der „deutschen Oper“ (ähnlich wie schon durch Mozart) der italienischen Vorherrschaft auf diesem Gebiet der Kunst weiter etwas Eigenes entgegengesetzt wurde. Alles das muss im Zusammenhang mit der übrigen europäischen Kultur gesehen werden.

In Smetanas „Verkaufte Braut“ beispielsweise meine ich eine ähnliche Volkstümlichkeit klingen zu hören wie im soeben betrachteten „Freischütz“. Und schon sind wir bei der ganzen Tragödie Europas, das sich mit seinem Nationalismus und den blutigen Bruderkriegen in der jüngeren Vergangenheit so viel Schaden an sich selbst zugefügt hat.

Sind nun die für seine Selbstbewahrung nötigen Kräfte verzehrt? Jedenfalls droht dieses Erbe angesichts einer aus allen Fugen wachsenden Weltbevölkerung und der daraus entstehenden Überflutung unseres Kulturkontinents im sogenannten Multikulti unterzugehen. Ob die in unserer gegenwärtigen Zivilisation massenhaft stattfindenden Kurzschlüsse zwischen den so verschieden entwickelten Kulturen eine bessere Welt hervorbringen werden, erscheint nicht nur mir wenig glaubhaft. *Gerhard Basedow, Dannenberg*

ANZEIGE

Mit Riesenschritten in die Neue Weltordnung!

»Wir können die Wirtschafts- und Finanzunion, die wir politisch bisher nicht zustande gebracht haben, jetzt hinbekommen.« *Wolfgang Schäuble, CDU, Bundestagspräsident*

■ Unser Leben ist bedroht. Politik und Medien wollen uns glauben machen, die Bedrohung sei ein Virus. Sie nennen es Covid-19. Aber dieses Virus dient einer global operierenden Elite nur als Vorwand, unser Zusammenleben komplett neu zu organisieren. Seit Jahren schon arbeiten sie daran, die Grundbausteine jeder Gesellschaft zu zerstören: die Familie, das Vertrauen in Recht und Gesetz und vor allem unsere Freiheit. Die wird uns zwar in den Menschenrechten der Vereinten Nationen und im deutschen Grundgesetz zugesichert, aber jetzt – im Rahmen der angeblichen weltweiten Pandemie – sollen uns diese Freiheitsrechte wieder genommen werden.

Wir sollen nicht mehr selbst über unser Leben und unsere Gesundheit bestimmen dürfen. Wir sollen nicht mehr reisen dürfen, wann und wohin wir wollen. Wir sollen uns nicht mehr versammeln dürfen. Unsere eigenen vier Wände sollen nicht mehr heilig sein. Vor allem sollen wir nicht mehr sagen dürfen, was wir denken. Und weil das einzige Bollwerk gegen diesen Angriff auf unser Menschsein ein souveräner Nationalstaat ist, soll auch dieser weltweit abgeschafft werden.

Peter Orzechowski beleuchtet mit Fakten, Dokumenten und Zeugenaussagen, was Ihnen die Mainstream-Medien verschweigen:

• Der Masterplan: Die Weltregierung der globalen Konzerne • Staatsstreich: Wie der Tiefe Staat die alte Ordnung zerstört • Neustart: Wie Vermögen umverteilt und die Weltwirtschaft neu gestartet wird • Transhumanismus: Die Züchtung des neuen Menschen • Der Lock-

down: Ein Umverteilungskarussell • Zwangsimpfung: Der entscheidende Schritt zum globalen Bürger • Big Brother: Auf dem geraden Weg in die Eine-Welt-Diktatur • Der Rockefeller-Plan: Testen und Überwachen der gesamten Bevölkerung • Angsterzeugung als Herrschaftsinstrument: Angst macht Menschen gefügig und gehorsam • Bevölkerungsaustausch: Der alte Plan vom Ende des weißen Mannes

Was Peter Orzechowski in diesem aufsehenerregenden Buch zum Vorschein bringt, erschüttert und erschreckt gleichermaßen: Der Plan, eine Neue Weltordnung zu errichten, ist keine Verschwörungstheorie, sondern lässt sich anhand von Fakten und den persönlichen Äußerungen der Entscheidungsträger klar belegen.

Aber er macht uns auch Hoffnung und zeigt, was wir dagegen tun können:

So lassen wir die Neue Weltordnung scheitern!



Peter Orzechowski:
Durch Corona in die Neue Weltordnung
gebunden • 221 Seiten • Best.-Nr. 982 900 • 19,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

NATIONALPARKS

Ansturm auf die Natur

Um der Lockdown-Isolation zu entkommen, strömen die Menschen ins Freie – Mit unangenehmen Folgen, wie Parkwächter berichten

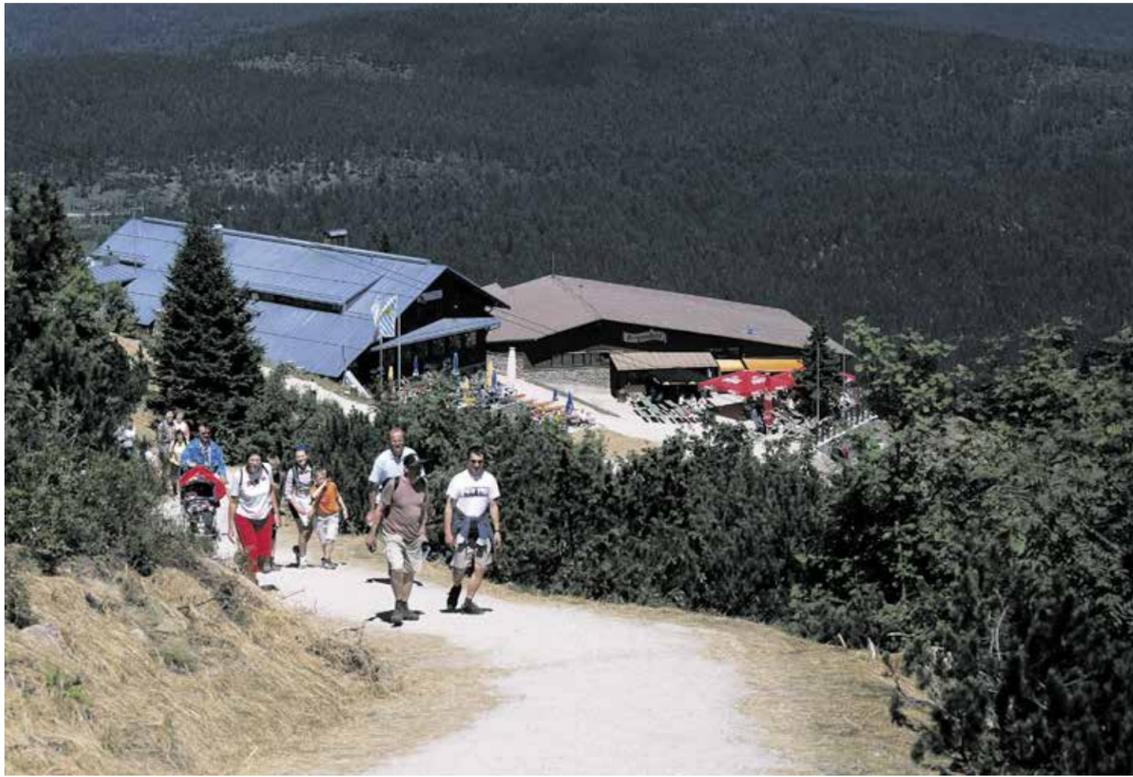
VON STEPHANIE SIECKMANN

Die Natur braucht Schutz. Dafür zuständig sind Schutzgebietsbetreuer. Der erste Mann, der im Auftrag des Staates im Grünen nach dem Rechten schaute, hieß Harry Yount. Er war 1880 der erste Ranger, wie Naturwächter im Englischen heißen in den USA. Sein Einsatzort war der Yellowstone, der erste Nationalpark, der – im Jahr 1872 – in den USA ausgewiesen wurde. Seitdem hat sich die Aufgabe der Parkwächter stark gewandelt.

Wer glaubt, die Wächter der Wälder hätten alle Zeit der Welt, um Neugierigen einmal ihre Tätigkeit in der freien Natur zu schildern, der irrt. Schulungen, Tagungen, Waldarbeiten, Borkenkäferbekämpfung – die Aufgaben können vielfältig sein. Dazu kommt: Die Arbeit eines sogenannten Schutzgebietsbetreuers ist seit Beginn der Corona-Pandemie nicht leichter geworden. Der Aufenthalt im Freien, in der Natur, ist so ziemlich das Einzige, was die Bürger in den Monaten nach Ausbruch der Pandemie noch uneingeschränkt genießen durften. Vorausgesetzt, die Regeln wurden beachtet – also keine Gruppen bilden und nicht in Massen auflaufen. Die kleine Freiheit wurde intensiv genutzt. Und stellte die Schutzgebietsbetreuer vor ganz neue Herausforderungen.

Nationalpark oder Naturpark

Dann findet sich doch jemand, der gegenüber der PAZ von seinen Problemen vor Ort berichten möchte. Oliver Kaiser arbeitet im Naturpark Spessart und meldet sich aus seinem Urlaub. Er erzählt, dass in seinem rund 171.000 Hektar großen Gebiet drei Schutzgebietsbetreuer hauptamtlich in Vollzeit arbeiten. Bis vor zwei Jahren war das noch anders. Das Bundesland Bayern hat erst vor zwei Jahren beschlossen, dass hauptamtliche Naturwächter landesweit zum Einsatz kommen. Die Unterstützung durch das Land ermöglicht vieles. Trotzdem: Es gibt zu viele Aufgaben, zu viel zu tun und viel zu wenig Personal.



Kein Halten mehr: Im Naturpark Bayerischer Wald rollt die Ausflugslawine an

Foto: imago/Werner Otto

Ursprünglich standen bei den Rangern, wie sich die Naturwächter seit einigen Jahren auch in Deutschland nennen, die Aufgaben der Information und der Besucherlenkung im Vordergrund. Naturparks und Nationalparks weisen dabei Unterschiede auf. Entsprechend verschieden gestalten sich auch die Aufgaben der Ranger in den Gebieten.

In Nationalparks gibt es Kernzonen, die nicht betreten werden dürfen. Den Besuchern stehen festgelegte Wege zur Verfügung, auf denen auch Führungen durchgeführt werden. Im Rahmen der Informationsvermittlung wird dabei die klassische Natur- und Landschaftsnutzung vermittelt. In Naturparks dagegen ist das Betreten weitgehend freigegeben. Das ist schön für die Besucher, bedeutet aber viel

Arbeit für die Ranger. Denn das Verständnis für die Natur ist bei vielen Stadtmenschen nicht vorhanden.

Corona-Flüchtlinge in der Natur

„Durch die Pandemie haben wir einen sehr großen Besucheransturm erlebt“, klagt Kaiser, „Das Problem dabei sind nicht nur Menschen, die in die Natur gehen und dort ihren Müll liegen lassen. Es beginnt bereits bei der Anreise. Wer in die Natur will, meint heutzutage, dass er mit-tendrin parken will und dann drei Schritte läuft bis zum See, dem Wanderweg oder dem Aussichtspunkt.“ Die Folge: Eine Blechlawine, die sich so weit wie möglich ins Grüne hineinwälzt. Auch in diesem Punkt sind die Ranger gefordert. Sie müssen den Besucherandrang steuern, das

Parkverhalten lenken – und machen sich dabei immer wieder unbeliebt.

Sind die Besucher aus dem Pkw ausgestiegen, stehen für die Naturwächter die nächsten Aufgaben an. Den Menschen, die ins Grüne fahren, fehlt es oft an den grundlegenden Einsichten. Zum einen gibt es Schutzgebiete und sensible Entwicklungsgebiete, die grundsätzlich oder saisonal nicht betreten werden dürfen. Zum anderen ist es schlicht und einfach gefährlich, mit unpassendem Schuhwerk in der Natur unterwegs zu sein. Kaiser kann davon ein Lied singen. Besonders die sozialen Internetmedien erweisen sich bei der Arbeit der Schutzgebietsbetreuer zunehmend als Problem.

„Manchmal gibt es Vorkommnisse, die uns viel Arbeit machen. Wenn zum Bei-

spiel jemand ein Selfie vor einem Wasserfall macht, kann es passieren, dass ein einzelnes Bild einen Besucheransturm auslöst“, berichtet Kaiser, „dann kommen auf einen Schlag Menschen, die diesen speziellen Bereich besuchen wollen.“ Dagegen können die Naturgebietsbetreuer kaum ankommen.

„Wir hatten den Fall, dass jemand mit Flip-Flops den Wasserfall hochklettern wollte, um das optimale Bild aufzunehmen“, erzählt Kaiser, „dabei kann auch einmal ein Unfall passieren. Wir müssen dann schnell agieren, die Besucherlenkung entsprechend anpassen, ein Hinweisschild aufstellen oder schlimmstenfalls auch einen Bereich absperren.“

Souvenirs vom Ausflug ins Grüne sind seit einiger Zeit ebenfalls beliebt. „Wir haben einen Bereich, in dem immer wieder die Wegweiser entfernt werden. Und das, obwohl sie mit Spezialverankerungen angebracht werden“, so Kaiser. Für die Schutzgebietsbetreuer bedeutet das zum einen häufigere Kontrollen, zum anderen die Notwendigkeit, ständig neue Schilder anfertigen zu lassen und anzubringen. Arbeit, die überflüssig ist und Zeit raubt, die für die eigentlichen Aufgaben fehlt.

Naturwächter Kaiser bleibt trotz allem zuversichtlich: „Die meisten Menschen sind sehr einsichtig, wenn man ihnen Zusammenhänge erklärt und aufzeigt, welche Konsequenzen ihr Verhalten für die Natur hat. Es gibt sehr viele gute Gespräche.“

Doch wie kann man möglichst schnell eine plötzlich auftretende Besuchermenge informieren? Kaiser: „Kontinuierliche Grundlagenarbeit ist für uns oberstes Gebot.“ Die Unterstützung der Schulbildung durch Projekttag für Grundschüler stellt deshalb einen wichtigen Teil der Arbeit für die Naturwächter dar. Das Ziel: Jeder Schüler soll den Naturpark seiner Region kennenlernen. Der Schutzgebietsbetreuer ist überzeugt: „Wer selbst mit nackten Füßen in einem Bachlauf unterwegs war und entdeckt hat, welche Vielfalt dort existiert, der geht mit seiner Umwelt verantwortungsvoller um.“

KRIMINALTELEPATHIE

Eine Frau, an die man glaubte (oder auch nicht)

Hellseherische Fähigkeiten einer Ostpreußin – Das Trancemedium Else Günther-Geffers klärte vor rund 100 Jahren Kriminalfälle auf

Berlin, im Februar 1929. Neugierig standen Menschen vor Berliner Litfasssäulen und begutachteten ein Filmplakat mit dem Titel „Somnambul“, das von einer weißhaarigen Dame mit entrücktem Gesichtsausdruck dominiert wurde. Else Günther-Geffers, so ihr Name, war damals keine Unbekannte. Sie galt damals als das berühmteste Trancemedium Deutschlands, das vor allem Kriminalfälle durch seine geistigen Kräfte lösen konnte.

Die am 11. Juli 1871 im ostpreußischen Gumbinnen als Elsbeth Geffers geborene Tochter eines Oberpostdirektors spürte schon als junges Mädchen, dass sie über ungewöhnliche Fähigkeiten verfügte. So sagte sie zum Beispiel einer ahnungslosen Schulkameradin deren Schwangerschaft voraus. Empörung bei der Schuldirektorin und ein Schulverweis waren die Folgen, dann aber die Rehabilitation, als Elses Vorhersage auch tatsächlich eintraf.

1897 heiratete sie den Kaufmann Kurt Günther, und Elses mysteriöse Fähigkeiten rückten zunächst zugunsten des Familienlebens – das Ehepaar bekam insgesamt drei Kinder – in den Hintergrund,

ließen sie aber nie wirklich los. Um 1912 begann sie mit dem Handlesen, dann fiel sie bei einer Séance in Königsberg völlig überraschend in Trance, und so begann die Karriere der „merkwürdigen Else“, wie Verwandte sie getauft hatten, denen

die junge Frau schon immer irgendwie unheimlich gewesen war.

1921 gründete sie ihre eigene Detektei namens „Animismus“, eine Erfolgsgeschichte, denn Aufträge bekam sie mit zunehmendem Bekanntheitsgrad reichlich.



Will im Trancezustand den Soldiner Raubmord aufklären: Else Günther-Geffers (M.)

Als zum Beispiel im Kreis Rastenburg der Knecht eines Rittergutsbesitzers verschwand, wurde sie mit der Suche beauftragt. In Trance nahm sie die Spur des Verschwundenen auf, ging zu einem See in der Nähe und zeigte dann feierlich auf die Stelle, an welcher der Knecht angeblich im Sumpf versunken war, Kopf und Hände waren dabei angeblich nach unten gerichtet, so behauptete sie. Die Suche nach der Leiche blieb jedoch ohne Erfolg, bis schließlich Monate später an derselben Stelle Rohr geschnitten wurde. Entsetzte Schreie über einen grauenhaften Fund, denn die Arbeiter waren auf die mit Kopf und Händen nach unten liegende Leiche des Knechtes gestoßen.

Filmrolle in „Somnambul“

In der Regel gelangten derart spektakuläre Erfolgsergebnisse des Trancemediums auch in die Zeitungen der Reichshauptstadt. In den 1920er Jahre wurde Berlin von einem „okkultistischen Fieber“ erfasst, sodass auch das Trancemedium aus der fernen Provinz dort zu zweifelhaftem Ruhm gelangte. Denn wie immer polari-

sierte sie: Die einen verehrten sie wie eine Heilige, die anderen hielten sie für eine Schwindlerin, sodass sie mehrmals wegen Betrugs vor Gericht gestellt wurde. 1928 endete der „Insterburger Hellseherprozess“ mit einem Freispruch in allen Anklagepunkten. Doch der war ambivalent, genauso wie Else Günther-Geffers: 25 Mal hatten ihre Fähigkeiten versagt, 25 Mal war sie erfolgreich gewesen.

Der „Sensationsprozess“ führte dann auch zu ihrer Filmrolle in „Somnambul“, der vorher eigentlich „Die Hellseherin“ geheißen hatte. Er wurde von der Filmoberprüfstelle verboten und musste gekürzt und umbenannt werden, sodass von der Kriminaltelepathin nur eine unwichtige Nebenrolle übrigblieb.

1932 sorgte sie in den USA als „Hexe“ aus Deutschland für Schlagzeilen, als sie dort ihren Sohn besuchte. Dann zog sie sich aus der Öffentlichkeit zurück und arbeitete nur noch als Geistesheiligerin. Am 19. August 1959 ist die „viel besprochene, berühmte und berühmte Hellseherin“, wie sie sich selber sah, in Treuenbrietzen in Brandenburg gestorben. Bettina Müller

● FÜR SIE GELESEN

Mit Facebook Geld verdienen

Wolfgang Deutschmann weiß, wovon er redet, denn der heute 30-Jährige hat sich im Alter von 18 Jahren selbstständig gemacht und dabei die sozialen Medien intensiv genutzt. Heute ist er Geschäftsführer von zehn Unternehmen in den Bereichen Finanzierung und Social Media.

In seinem „cashbook“ gibt er sein Wissen über die Einsatzmöglichkeiten der sozialen Medien weiter. Er erklärt, welche Möglichkeiten die gängigsten Plattformen bietet, wie man eine Online-Firma aufbaut beziehungsweise wie ein bereits bestehendes Unternehmen die modernen Medien für sich gewinnbringend nutzen kann.

Notorischen Internetverweigerern hält er die Erfolge von Unternehmen entgegen, die bereits den Weg der Vermarktung ihrer Produkte über die sozialen Medien gegangen sind. Das Buch ist hilfreich bei der Planung eines eigenen Online-Auftritts. **MRK**



Wolfgang Deutschmann: „cashbook. Geldverdienen mit Facebook, Instagram, YouTube und Co.“, edition a, Wien 2021, broschiert, 235 Seiten, 20 Euro



Wie Astronauten leben

Spielerische Informationen über Ausbildung, Ausrüstung und Alltag von Raumfahrern

FOTO: SHUTTERSTOCK

Wie wird man Astronaut? Wie sieht das Leben auf der Internationalen Raumstation im Weltall aus und wie gelangt man dort hin und wieder zurück? Diese Fragen und noch viele weitere beantwortet die französische Au-

torin Sophie Dussaussois in dem Sach- und Spielbuch „Astronauten“ und Marc-Étienne Peintre verpackt sie in ausdrucksstarke Bilder.

Es geht los mit dem Training der Raumfahrer. Der Leser begleitet sie im

Raumflugsimulator, in der Zentrifuge und im Fitnessraum. Dann begibt sich die Besatzung an Bord der Sojus-Rakete, bevor es zum Start geht. Wie diese startet und es überhaupt schafft, ins Weltall zu fliegen, wird anschaulich

mittels Klappen und Spielelementen erklärt, die nach Interesse geöffnet und angeschaut werden können. Es ist wichtig, dass der Flug korrekt abläuft, wobei sich die Besatzung auf die Bord-systeme konzentrieren muss, um sie korrekt zu bedienen.

Leben auf der ISS

Die Internationale Raumstation (ISS) mit dem Weltraumlabor wird auf einer weiteren Seite beschrieben, ebenso wie die Raumkapsel, mit der die Weltraumfahrer hier andocken. Was die Astronauten bei ihrem Aufenthalt dort tun, erläutert das Kapitel über das „Leben an Bord der ISS“. Auch der Außeneinsatz der ISS-Bewohner wird nicht vergessen. Damit dieser gelingt, benötigen sie einen speziellen Raumanzug, den man sich ebenfalls anschauen und „untersuchen“ kann. Am Ende der Mission geht es zurück zur Erde. Dass das gar nicht so einfach ist, wird exakt erklärt.

Auf jeder Seite gibt es etwas nachzuschauen, zu öffnen, zu lesen und im wahrsten Sinne des Wortes zu begreifen. Dieses Buch macht sicher nicht nur Kindern Spaß. Auch Erwachsene können dabei noch viel lernen.

Silvia Friedrich

Sophie Dussaussois/Marc-Étienne Peintre: „Astronauten. Mein Sach- und Spielbuch mit 20 Klappen und Spielelementen“, Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2021, gebunden, 12 Seiten, 22 Euro

GESELLSCHAFTSKRITIK

Betrachtungen eines Zeitkritikers

Wolfgang Bittner setzt sich mit Geschehnissen der jüngsten Vergangenheit auseinander, deckt Ungerechtigkeiten auf und will mit seinem Buch zum Nachdenken anregen und Kontroversen auslösen

VON ROLF STOLZ

Verraten und verkauft“ – eine sprichwörtliche Formel, die die deutsche Misere zutreffend beschreibt. Wolfgang Bittner klärt geschichtsanalytisch, wie unser Land in seine jetzige Lage kam, wer vom Faschismus und dessen Niederlage profitierte und weiter profitiert, welche neuen Fronten sich inmitten der Nachkriegsordnung entwickelt haben.

Als jemand, der als Kleinkind aus Schlesien vertrieben wurde und der zeitweilig gegen alte und neue Faschisten gekämpft hat, ist gerade er berufen, sich gegen jene zu wenden, die wie Frank-Walther Steinmeier von ewiger deutscher Schuld faseln und Polens absurdes Verlangen nach einer Billion Euro Reparationen unterstützen. Für Bittner hat die ultrachauvinistische und minderheitenfeindliche Politik Zwischenkriegspolens entscheidend zum Zweiten Weltkrieg beigetragen. Zu Recht fordert er auch ein Gedenken für die Opfer der inhumanen Vertreibung und der polnischen KZs der Nachkriegszeit, etwa desjenigen in Lamsdorf.

Bittner sieht die Gefahr eines neuen Krieges in Osteuropa, wenn deutsche Soldaten nur 150 Kilometer vor Sankt Petersburg stehen und die Raketen von den russischen Grenzen bis Moskau nur fünf Minuten benötigen. Mehr noch: Die alten US-Pläne eines Erst- und Enthauptungsschlages – so 1949 mit dem „Dropshot“-Konzept – werden reaktiviert, und gleichzeitig wird versucht, mit Propagandalügen

und Inszenierungen ähnlich wie in Vietnam (Tongkin-Zwischenfall), im Irak und in Serbien dem Gegner die Kriegsschuld zuzuschreiben. Hinzu kommen Erklärungen wie die von Biden 2014, man werde Russland ruinieren, wenn es sich nicht westlichem Kapital öffne.

Zwar verhindert die Bundesanwaltschaft eine Strafverfolgung der Regierenden wegen Kriegsvorbereitungen (Artikel 26,1 des Grundgesetzes), aber das kann und sollte einen Autoren nicht hindern, die Frage aufzuwerfen, wie denn die Beteiligung an der militärischen Einkreisung Russlands rechtlich zu bewerten ist. Ähnlich klar verurteilt Bittner die verfassungsfeindlichen Einschränkungen von Grundrechten unter Corona-Vorwänden oder die unkontrollierte Zuwanderung 2015 mittels der „Herrschaft des Unrechts“ (Horst Seehofer). Sehr kritisch sieht er auch, dass „der Hegemon pfeift und der Vasall spurt“, wenn es darum geht, ohne Untersuchung kurz nach der Vergiftung Alexej Nawalnis Russland die Schuld in die Schuhe zu schieben. Bittner hält in solchen Fällen zwar eine Beteiligung des russischen Geheimdienstes für möglich, verlangt aber eine unvoreingenommene Untersuchung und eine Beurteilung nach gleichen Maßstäben.

In der Tat ist es merkwürdig, dass Ermordungen durch die USA (zum Teil bei Drohneinsätzen mit dem Tod Unbeteiligter verbunden) in den Leitmedien kaum je kritisiert werden, während Russland stets schuldig sein soll. Sehr kritisch sieht der Autor auch die Berichterstattung über

Syrien und Venezuela – und dies nicht ohne Grund. So erklärte der Botschafter Kolumbiens in den USA, ein Herr Santos: „Es ist meine Aufgabe, Dinge gegen Venezuela zu erfinden“. Von George Soros gesponserter Firmen wie Bellingcat verbreiten notorisch Falschmeldungen über Syrien, die nur dazu beitragen sollen, die Sanktionen und die Rückzugsgebiete der Islam-Terroristen aufrechtzuerhalten.

Sehr nüchtern wägt der Autor Plus und Minus in der Politik Donald Trumps ab, „der ursprünglich Frieden mit Russland, keine Interventionskriege mehr und Wohlstand für das amerikanische Volk erreichen wollte“, den aber dann „die parteiübergreifenden, hochkriminellen Kräfte im Hintergrund, die neokonservativen Bellizisten und Profiteure“ zum „Staatsfeind Nr. 1“ erklärten, bis ihn schließlich Leute wie Mike Pompeo und Mike Pence in die Sackgasse einer Konfrontations- und Sanktionspolitik locken konnten. Mit der mindestens umstrittenen Wahl Joe Bidens hat sich diese Tendenz noch verschärft.

Bittner hat ein brandaktuelles, kluges und materialreiches Buch vorgelegt. Es sollte gelesen werden, und für Kontroversen sorgen.



Wolfgang Bittner: „Deutschland – verraten und verkauft. Hintergründe und Analysen“, Zeitgeist Verlag Hör-Grenzhausen 2021, broschiert, 320 Seiten, 19,90 Euro

SPIONAGE

Weil er zu viel wusste

Dirk Koch wertet in „Der Schützling“ Dokumente über den MfS-Mitarbeiter Adolf Kanter aus und deckt die Verstrickungen führender Politiker auf

VON F.-W. SCHLOMANN

Adolf Kanter war für das westdeutsche Politikmilieu dessen erfolgreichster Stasi-Mitarbeiter. Seine Akte beim Ministerium für Staatssicherheit (MfS) zählte 14.400 Blatt. Der Autor Dirk Koch zählt ihn „zu den mächtigsten Wissenden in Bonn“. Wahrscheinlich traf er schon 1946 in diskutierfreudigen Zirkeln auf den späteren Kanzler Helmut Kohl, in dem er seine politische Zukunft sah. Angesichts der damaligen Europa-Begeisterung sammelte Kanter für die von ihm aufgebauten, als gemeinnützig anerkannten Europa-Organisationen Spenden, die indes zweckentfremdet wurden. Bald erhielt er einen hohen Posten bei der Bonner Stabsstelle des Flick-Konzerns, wo er jahrelang Mitwisser war von illegalen Spendenmillionen an Politiker, die durch diese Zahlungen für Anliegen der Industrie allzu oft gefügig gemacht wurden.

Anhand vieler Dokumente erfährt der Leser, dass sie alle das Geld annahmen, sogar zwei Bundespräsidenten, auch Willy Brandt und Egon Bahr. Kohl erhielt von Kanter Millionenbeträge, mit deren Hilfe er die alte CDU-Garde stürzte und der Weg für seine Karriere frei war. Nicht ohne Grund hatte Kanter später jederzeit Eintritt ins Bundeskanzleramt. Wolfgang Schäuble wusste von diesen Gesetzesverstößen und drängte 1989 wohl deshalb so sehr auf die Vernichtung aller Stasi-Akten.

Die Käuflichkeit bundesdeutscher Politiker machte sie zugleich erpressbar, auch

vonseiten der DDR: Der Autor glaubt, dass der Milliarden-Kredit von Strauß und Kohl auf „gewisse Andeutungen“ Ost-Berlins erfolgt sei: Das MfS, stets und schnell von Kanter informiert, interessierte sich für den Einfluss der Industrie auf die Politiker und deren Verhalten. Der Spion hätte zehn Jahre früher verurteilt werden können, doch auf höchste Anweisungen aus dem Bundeskanzleramt wurden alle Untersuchungen gestoppt – Kanter wusste zu viel.

Westdeutsche Politiker waren bereit, ihre Macht zu missbrauchen, um sich und ihre Spenden-Geber vor Strafe zu schützen, indem sie ihre höchst illegalen Geldgeschäfte im Nachhinein durch eine General-amnestie in Form eines Bundestagsbeschlusses straffrei stellten. Für den Flick-Konzern, der mindestens 26 Millionen an Politiker gegeben hatte, war dies eine Steuerersparnis von knapp einer Milliarde D-Mark. Dass damit unsere Verfassung gebrochen sowie die Werte und Ideale unserer Demokratie missachtet wurden, interessierte nicht. Kanter wurde zu einer lächerlich geringen Bewährungsstrafe von zwei Jahren verurteilt. Zweifelloso stand der Richter dabei unter politischem Druck.



Dirk Koch: „Der Schützling. Der Stasi-Agent Adolf Kanter, Helmut Kohl und die größte Spionage-Affäre der Bundesrepublik“, Dietz-Verlag, Bonn, 2021, 246 Seiten, broschiert, 24 Euro

Rautenberg Bücher jetzt im Flechsig Medienvertrieb

Liebe Leser und Leserinnen der Preußischen Allgemeinen Zeitung!

Neu und gleichzeitig bewährt ist unser Motto: Neu ist unser Medienvertrieb und unsere Adresse. Bewährt ist unsere Produktauswahl, die ich Ihnen weiterhin mit Vergnügen anbieten kann! Ich freue mich darauf, Sie bei Ihrer Auswahl weiterhin beraten zu dürfen!

Ganz wichtig: Bitte beachten Sie unsere neue Adresse und Telefonnummer:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
 Heisenbergstr. 10
 97076 Würzburg
 Telefon 09 31 / 45 26 5035
 Telefax 09 31 / 45 26 5036

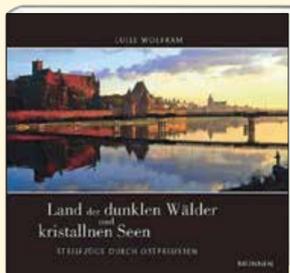
Ihre Lieferungen erhalten sie ab sofort von VDM Nickel, Flechsig Medienvertrieb, Kasernenstraße 6-10, 66482 Zweibrücken. Bitte haben Sie etwas Geduld mit uns. Die Umstellungen werden noch etwas Zeit kosten, bis sich alle Abläufe eingespielt haben.

Katrin Glesius
 Tel. 09 31 / 45 26 50 35
 Flechsig Medienvertrieb



Ehregott A. Wasianski und Martin Burckhardt
Zuhause bei Kant
 143 Seiten/Gebunden
 Nr. P A1062 **4,95 €**

Eine echte philosophische „home-story“: Der Pastor Ehregott Andreas Christian Wasianski, eng verbunden mit dem Philosophen Kant und häufig in seinem Haushalt zugegen liefert unverfälschte Nachrichten über den Menschen und Charakter des Philosophen. Das Werk erschien zuerst im Jahr 1804. Ein kluger, dem Tatsachenbericht von Ehregott A. Chr. Wasianski angefügte moderne Essay von Martin Burckhardt ergänzt die Darstellung. Immanuel Kant, geboren am 22. April 1724 in Königsberg, und verstorben am 12. Februar 1804 war ein deutscher Philosoph der Aufklärung. Kant zählt zu den bedeutendsten Vertretern der abendländischen Philosophie. Sein Werk „Kritik der reinen Vernunft“ kennzeichnet einen Wendepunkt in der Philosophiegeschichte und den Beginn der modernen Philosophie.



Luise Wolfram
Land der dunklen Wälder und kristallinen Seen
 Mit diesem stimmungsvollen Bildband führt Luise Wolfram Sie zu den schönsten Schauplätzen der ehemaligen Region Ostpreußens. Hochwertige Naturaufnahmen und begleitende Texte vermitteln das eindrucksvolle Bild einer faszinierenden Landschaft mit den für sie typischen Störchen, Seen und Ordensburg. Viele farbige Abb. 32 Seiten
 Nr. P A1632 **Gebunden 4,95 €**



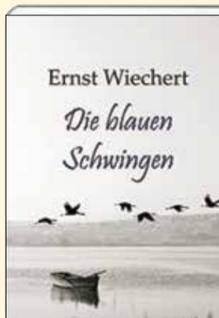
Heinz Rudolf Fritzsche
Schlesien
 Wegweiser durch ein unvergessenes Land
 512 S/W-Abbildungen
 312 Seiten/Gebunden
 Nr. P 575438 **8,95 €**

Der Schlesien-Wegweiser ist ein unentbehrliches Standardwerk für Spurensucher und alle, die Schlesien kennenlernen oder ihr Wissen über das Land und die Leute vertiefen wollen. Heinz Rudolf Fritzsche ist ein ausgezeichnete Kenner Schlesiens. Der unerlässliche Führer informiert in mehr als 600 Beiträgen über Schlesien mit seinen Landschaften, Flüssen und Seen, Städten und Dörfern und gibt ausführlich Auskunft über Geographie, Geschichte und Kultur. 512 Abbildungen, darunter 124 Federzeichnungen von Johannes Hinz ergänzen das Werk zu einem umfassenden Handbuch, das als Wegweiser in Schlesien unverzichtbar ist.



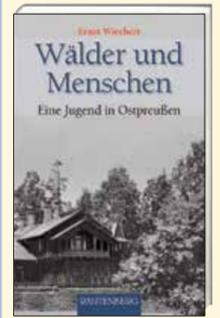
Georg Hermanowski
Ostpreußen
 Wegweiser durch ein unvergessenes Land
 454 S/W-Abbildungen
 352 Seiten/Gebunden
 Nr. P 575437 **8,95 €**

Der Ostpreußen-Wegweiser ist ein unentbehrliches Standardwerk für Spurensucher und alle, die Ostpreußen kennenlernen oder ihr Wissen über das Land und die Leute vertiefen wollen. Georg Hermanowski, in Allenstein geboren, ist ein ausgezeichneter Kenner Ostpreußens. Der unerlässliche Führer informiert in mehr als 500 Beiträgen über Ostpreußen mit seinen Landschaften, Flüssen und Seen, Städten und Dörfern und gibt ausführlich Auskunft über Geographie, Geschichte und Kultur. 454 Illustrationen, darunter 157 Federzeichnungen von Johannes Hinz ergänzen das Werk zu einem umfassenden Handbuch über Ostpreußen.



Ernst Wiechert
Die blauen Schwingen.
 186 Seiten,
 Gebunden
 PA 1629 **18,00 €**

Reinhold Schneider hat in einer Würdigung zum Tode Ernst Wiecherts im Jahre 1950 die Bedeutung dieses begnadeten Erzählers aus dem Land der dunklen Wälder und kristallinen Seen auch für die deutsche Gegenwart geschrieben: Wie wenig haben wir noch das Gefühl für die Schwingungen der Seele! Ihr hat Ernst Wiechert die Klanggestalt seiner Dichtung gegeben; sie ist östliche Musik, durchzogen vom Refrain der Naturgewalt und von der Stille. Selbst die Menschen sind Klänge, Akkorde; die Landschaft der Seen, Wälder, Dünen ist das Instrument. Diesem Element, ... verdankt er seine Wirkung. Der Klang bleibt frei; er ist auf die eingebrochenen Brücken nicht angewiesen.



Ernst Wiechert
Wälder und Menschen
 Eine Jugend in Ostpreußen
 205 Seiten
 Gebunden
 Nr. P 533165 **16,95 €**

In eindringlicher und gleichzeitig zeitloser Weise beschreibt der Dichter seine glückliche Kindheit in einem einsam gelegenen Forsthaus mitten in den ausgedehnten Wäldern zwischen verschwiegenen Seen und geheimnisvollen Mooren seiner Heimat Ostpreußen. Erst im Schulalter lernt er die Geschäftigkeit der Stadt kennen. Dort beginnt sein neues Leben, geprägt vom menschlichen Miteinander und Gegeneinander welches er erst erlernen muss. Das alles wird überschattet von seiner Sehnsucht nach der Stille und der Majestät der Wälder seiner Heimat, die er mit ergreifenden Worten zu beschreiben versteht. Mit großer Liebe erzählt Ernst Wiechert und lässt uns an der Wanderung durch die Stätten und Jahre seiner Kindheit und Jugend teilnehmen.

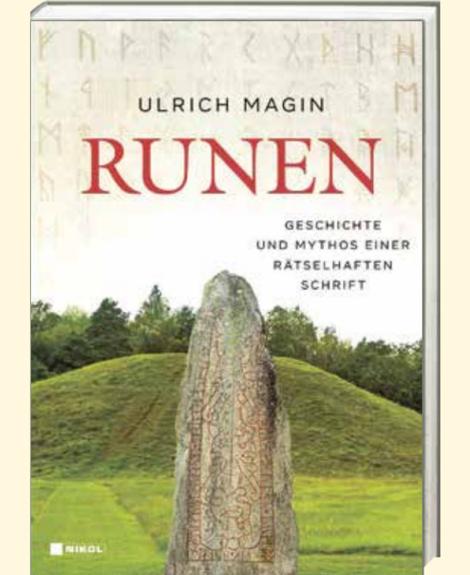


Kaffeeteller Ostpreußen
 Steingutbecher mit Randverzierung
 Nr. P A0652 **12,95 €**

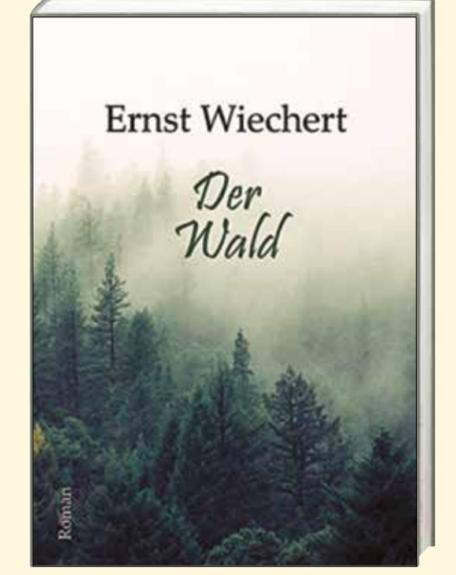


Ruth Geede und Ruth Maria Wagner (Hrsg.)
Typisch ostpreußisch
 Heiteres und Besinnliches zum Schmunzeln und zum Nachdenken
 Gebunden/200 Seiten
 Nr. P 55 **9,95 €**

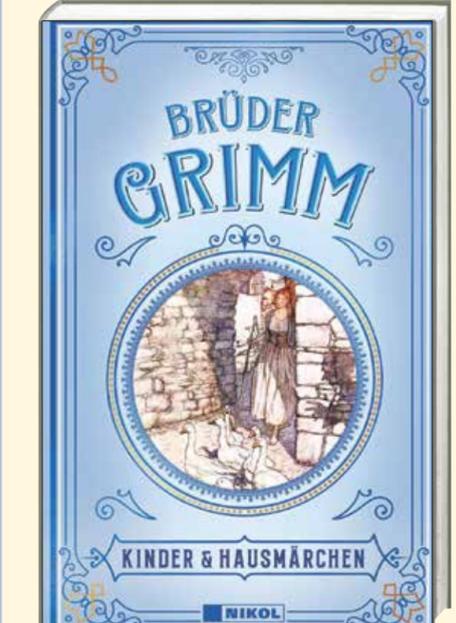
In Sprichwörtern und Redensarten, in allerlei Vertellkes, oft auch im vertrauten Platt, hat sich der urwüchsige, nie versiegende, ostpreußische Humor bis heute erhalten. In diesem Band finden Sie eine gehörige Portion solcher „Nuschlkes“, in denen sich die Wesensart der Ostpreußen wiederspiegelt. Auf zweihundert Seiten gibt es hier Texte zum Schmunzeln und zum Nachdenken, zum Vorlesen wie zum Nachlesen, zum Wiederbegegnen wie zum Kennenlernen, in langen Jahren gesammelt, in vielen Stunden ausgewählt – alles unter dem Stichwort „Typisch ostpreußisch“.



Ulrich Magin
Runen
 Geschichte und Mythos einer rätselhaften Schrift
 Ab dem ersten Jahrhundert nach Christus benutzten Menschen im Süden Skandinaviens und im Norden Deutschlands eine neue Schrift: die Runen. Viele Mythen ranken sich um diese Buchstaben und niemand kennt ihre Ursprünge. Dienten sie weltlichen oder esoterischen Zwecken? Was steht auf Runensteinen und warum wurden sie errichtet? Was ist dran an Runenrakeln oder Runensteinen in Amerika? Ulrich Magin geht auf den neuesten Kenntnisstand zu diesen Fragen ein und beschreibt in diesem Buch zum ersten Mal alle Runensteine Deutschlands. 192 Seiten, 200 Seiten, zahlreiche Farb- und S/W-Abbildungen
 Nr. P A1684 **Gebunden 9,95 €**



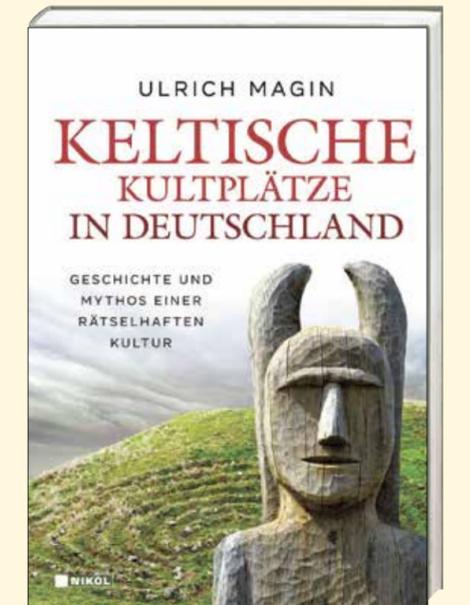
Ernst Wiechert
Der Wald
 Seinen frühen Roman „Der Wald“ aus dem Jahr 1922 hatte Wiechert wie im Rausch geschrieben. Es finden sich dort schon die wiederkehrenden Motive: die Verbundenheit mit der masurischen Heimat, eine existenzielle Naturliebe, radikale Stadt- und Zivilisationskritik, seelzerzerrüttende Kriegserfahrungen. Henner Wittich, ein abgedankter Hauptmann des Weltkrieges, kehrt heim in die dunklen Wälder Ostpreußens. Sein Onkel Franziskus, Besitzer eines großen Waldes, ist soeben Opfer eines Mordanschlags geworden. Henner tritt seine Nachfolge als Hüter und Herr des Waldes an und schwört, Rache zu nehmen an Franziskus' Mördern.
 186 Seiten
 Nr. P A1683 **Gebunden 18,00 €**



Brüder Grimm
Kinder- und Hausmärchen
 Die »Kinder- und Hausmärchen« der Brüder Jacob und Wilhelm Grimm, erstmals erschienen in zwei Bänden 1812 und 1815, gehören zum unvergänglichen Schatz der Weltliteratur. Der vorliegende Band versammelt sämtliche Märchen nach der Ausgabe letzter Hand von 1857, darunter so bekannte Geschichten wie »Schneewittchen«, »Dornröschen«, »Aschenputtel«, »Hänsel und Gretel« und viele andere. Mit zahlreichen zeitgenössischen Illustrationen von Ludwig Richter. .
 800 Seiten
 Nr. P A1651 **Gebunden 8,95 €**



Bodo Ehardt
Das Standardwerk der Burgenkunde – Der Wehrbau Europas im Mittelalter – in drei Bänden
 Bodo Ehardt (1865-1945) war Architekt, Burgenforscher, Gründer und über viele Jahre Präsident der Deutschen Burgenvereinigung. In dieser dreibändigen Ausgabe seines Standardwerkes zur Burgenkunde schildert er die gesamte Entwicklung des Wehrbaus im Mittelalter, veranschaulicht durch über 800 Abbildungen und mehr als 120 Tafeln mit Plänen.
Band 1: Burgenarten – Die Burgen des Tieflandes – Englische Burgen – Irische Burgen – Schottische Burgen – Französische Burgen – Deutsche Burgen – Schweiz. 670 Seiten
Band 2: Spanische Burgen – Portugiesische Burgen – Italienische Burgen. 328 Seiten
Band 3: Schwedische Burgen – Norwegische Burgen – Finnische Burgen – Burgen des Sudetenlandes, Böhmens und Mährens – Burgen des ehemaligen Polen – Ungarische Burgen – Burgen der Slowakei – Burgen Siebenbürgens – Burgen Kroatiens und Sloweniens – Burgen Bosniens und der Herzegowina – Burgen Alt-Serbiens – Rumänische Burgen – Bulgarische Burgen – Burgen der griechisch-adriatischen Küste, Griechenlands und Kretas – Burgen am Bosphorus und an den Dardanellen. 748 Seiten
 Nr. P 52 **Gebunden mit Schutzumschlag 39,80 €**



Ulrich Magin
Keltische Kultplätze in Deutschland
 Geschichte und Mythos einer rätselhaften Kultur
 Die Geschichte der »Kelten« in Deutschland währte über 1000 Jahre und deren Kultur und Mythos fasziniert uns noch heute. Ulrich Magin präsentiert in seinem Buch heilige Orte in Deutschland, an denen die Kelten zu ihren Göttern beteten oder Opfer darbrachten. Er stellt Grabhügel, Schanzen und Tempel vor, die den Kelten oftmals als Kultplätze dienten und gibt darüber hinaus einen Überblick über Geschichte, Kultur und Mythos der Kelten.
 200 Seiten, zahlreiche Farbbildungen
 Nr. P A1682 **Gebunden 9,95 €**



Ernst Wiechert
Die Majorin
 Roman
 192 Seiten/Gebunden mit SU
 Nr. P 533198 **14,95 €**



Ernst Wiechert
Die Magd des Jürgen Dorskocil – Roman
 184 Seiten/Gebunden mit SU
 Nr. P 533197 **14,95 €**

Der Fährmann Jürgen Dorskocil lebt einsam und von der Gemeinschaft ausgegrenzt in einem Dorf im Memelland. Aufgrund seiner großen, hässlichen Gestalt und dem unehelichen Kind, das seine erste, verstorbene Frau von einem anderen gebar, wird er verspottet und von den Dorfkindern ausgelacht. Durch einen Mormonenprediger im Dorf, trifft Marte auf ihn. Sie sieht in Dorskocil einen liebenswürdigen Mann und entschließt sich, bei ihm zu bleiben. Der Prediger versucht, die Abtrünnige mit unchristlichen Mitteln zurück zum Glauben zu zwingen, und verflucht das Lebensglück der beiden Liebenden. Auch die anderen Dorfbewohner, beeinflusst von ihrem Prediger, erschweren ihnen das Leben. Ein Buch voller Liebe, Schmerz und Menschlichkeit.

FLECHSIG MEDIENVERTRIEB

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
 Heisenbergstr. 10
 97076 Würzburg
!!! Neue Adresse !!!
 Telefon 09 31/ 45 26 50 35
 Telefax 09 31/ 45 26 50 36
 Email flechsigmedien@web.de
 Internet www.flechsigmedien.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

● AUFGESCHNAPPT

Als Hort von Diskriminierung haben die Wohlmeinenden des Landes öffentliche Toiletten im Blick. In einem Kölner Brauhaus findet sich auf der Tür zum Bereich „Herren“ neben der Kennzeichnung die Silbe „Bla“, bei „Damen“ eine Vielzahl von aneinandergereihten „Blas“ – eine Anspielung auf vermeintlichen oder realen verstärkten weiblichen Redefluss. Die Chefin (wohlgemerkt: eine Frau) des Brauhauses versteht das als Scherz – nicht jedoch die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Köln, die von „Gastronom*innen“ und der Gesellschaft insgesamt erwartet, dass sie sich „von diesen platten Geschlechterklischees“ verabschieden. Auch in Sachsen gibt es Bewegung in wichtigen Fragen. Im Zeitalter der Freiwählbarkeit des Geschlechts spricht sich die hiesige SPD für Müllimer auf Herrentoiletten für Hygieneartikel von „menstruierenden Männern“ aus. Wie sagte einst der sächsische SPD-Vorsitzende Martin Dulig? „Wir haben das schlechteste Wahlergebnis, aber wir sind der coolste Landesverband.“ E.L.



Lust auf mehr?

● STIMMEN ZUR ZEIT

Mit einer neuen Zielimpfquote von 85 Prozent will das RKI auch Kinder und Jugendliche de facto in die Impfung zwingen. Der Jugendarzt Michael Achenbach ist empört. Der „Bild“-Zeitung (8. Juli) sagte er:

„Für die Jugendlichen eigentlich eine Zurechnung im Interesse der Allgemeinheit. Ihnen jetzt auch noch die Verantwortung für den Erfolg der Impfkampagne zuzuschreiben, geht nicht! Ein Erwachsener, der ungeimpft an Corona erkrankt, muss die Verantwortung selbst tragen. Der Versuch, diese Last den Jugendlichen zuzuschreiben, ist perfide.“

Thomas Stölzel lobt in der „Wirtschaftswache“ (8. Juli) die britische Regierung, die trotz steigender Corona-Positivtestzahlen alles öffnen will:

„Wir müssen nun aber lernen, mit dieser Seuche zu leben. In ein paar Wochen wird jeder Erwachsene hierzulande die Chance gehabt haben, sich impfen zu lassen. Dann müssen auch wir so weit wie möglich zur Normalität zurückkommen, selbst wenn die Infektionszahlen wieder steigen sollten. Die Freiheit ist schließlich das höchste Gut unserer westlichen Demokratie.“

Für „Welt“-Chefredakteur Ulf Poschardt ist es der Hochmut der Grünen selbst, der deren Partei in den Umfragen abstürzen lässt. Am 12. Juli schreibt er:

„Die grünen Vordenker:innen, grüne Chefredakteure und Aktivist:innen standen vor den Altären des Berliner Doms und verkörperten so jenen fast schon transzendenten Anspruch, mit ihrem gottgefälligen Leben und Sprechen der sündigen Gesellschaft den Weg zu weisen ... Dieser Hochmut hat die Grünen von 28 Prozent nun auf 17 Prozent gebracht, und wenn sie so weitermachen und so tun, als könnten nur sie die Welt retten, könnte es noch schlimmer kommen.“

Dass nur noch 45 Prozent der Deutschen glauben, ihre Meinung frei äußern zu können, führt Wolfram Weimer auch auf die regierungsnahen Einseitigkeit der Medien zurück. Im Magazin „The European“ (11. Juli) mahnt der bekannte Journalist:

„Wir sind es selbst, die die Pressefreiheit schwächen, weil wir sie nicht nutzen. Wir Medien verfallen zu häufig in Mehrheitsmeinungen, Selbstzensur und Opportunismus, und einige von uns verstehen sich als Lobbyisten des Guten. Das aber ist ein Fehler und untergräbt die Pressefreiheit von innen heraus ... Denn wenn alle nur das vermeintliche Gute der Obrigkeit wiedergeben, dann entsteht eine autoritäre Form der politischen Korrektheit.“

● WORT DER WOCHE

„Gewiss sind im konkreten Fall die Täter schuld. Aber die Verantwortung tragen die Politiker. Sie sind die Anstifter. Sie haben die Grenzen geöffnet ...“

Roger Köppel, Chefredakteur der Schweizer „Weltwoche“, benennt am 7. Juli die politische Verantwortung für die Mordtaten von Asylsuchern in Würzburg und anderswo

DER WOCHENRÜCKBLICK

Machtfragen

Warum es keine Luftfilter gibt, und wieso das mit dem Impfen auch nicht so klappt

VON HANS HECKEL

Die Hauptsorge gilt natürlich unseren Kindern. Da lässt kein deutscher Politiker auch nur den geringsten Zweifel aufkommen. Schulschließungen, „Wechselunterricht“ und Maskenpflicht in der Schule, das befehlen sie alles nur zum Schutz und zum Besten des Nachwuchses.

Nur Luftfilter für Klassenräume, seit weit mehr als einem Jahr gefordert, sind immer noch nicht flächendeckend vorhanden. Dafür gibt es aber einen triftigen Grund. Für die meisten Politiker ist es weitaus attraktiver, etwas zu verbieten, als etwas bereitzustellen, zu organisieren und zu verteilen. Letzteres ist nämlich furchtbar anstrengend. So ein Verbot hingegen ist schwuppdiewupp ausgesprochen und verleiht einem obendrein dieses prickelnde Gefühl der Macht.

Macht hat nämlich derjenige, der die anderen kontrolliert. Ob Lehrer, Schüler und Lehranstalten die ihnen auferlegten, immer neuen Regeln auch befolgen, kontrolliert letztlich die Politik. Damit sitzen deren Repräsentanten auf dem Hochsitz des Richters, der mit strengem Blick auf das Gewürm da unten blickt, ob es auch brav alles macht, was ihm aufgetragen wurde.

In dem Moment aber, da die Politik selber etwas tun müsste, würde sich das plötzlich umkehren. Das ganze Land blickte auf die Politiker, ob sie das mit den Luftfiltern nun endlich hinbekommen. Wehe ihnen, wenn nicht! Gruselige Vorstellung. Also fängt man am besten gar nicht erst damit an, wozu allerdings eine Ausrede hermusste. Die konnte ruhig ziemlich faul sein. Die Ansprüche an Ausreden sind drastisch gesunken in den vergangenen Jahren.

Das kann man nicht vergleichen!

Also reden sich Politiker mit den Anschaffungskosten für die Filter heraus, weshalb ihre Installation sich bis weit ins Jahr 2022 hinziehen könnte.

Die Kosten? Hat Deutschland nicht gerade zig Dutzende von Milliarden Euro in einen „Wiederaufbaufonds“ geschmissen, mit dem vor allem südeuropäische Länder bedient werden? Neulich hatten wir hier bemerkt, dass der überschäumende Geldfluss aus der Bundesrepublik in Spanien die Idee keimen ließ, zur Vier-Tage-Woche überzugehen, während das bankrotte Italien mit dem transalpi-

nen Segen seine üppigen Renten stützen kann. Sind uns etwa spanische Müßiggänger und italienische Nobelrentner wichtiger als unsere eigenen Schulkinder?

Nein, nein, so nicht! Das ist wirklich Hass und Hetze. Wer so redet, spaltet die Gesellschaft und untergräbt die europäische Solidarität. Schließlich hat das eine mit dem anderen überhaupt nichts zu tun.

Bei den Luftfiltern handelt es sich schließlich um eine Maßnahme infolge der Corona-Pandemie, während der „Wiederaufbaufonds“ der EU eine Maßnahme infolge der Corona-Pande ... Mist! Gut, das macht aber nichts. Mit der entsprechenden Medienmacht prügeln wir trotzdem jeden die Böschung runter, der die Milliarden fürs Ausland und den Geiz gegenüber unseren eigenen Schulkindern in einem Atemzug zu thematisieren wagt. Das können wir nämlich, seitdem fast alle Medien an einem Strang ziehen.

Hauptsache, sie halten die Klappe

Da können Widersprüche und Tabus ein Ausmaß erreichen, das wir uns vor wenigen Jahren noch gar nicht hätten vorstellen können, ohne, dass es zum Aufschrei im Volk käme. heute dagegen traut sich kaum noch einer zu schreien. Selbst zum Flüstern müssen die Deutschen mittlerweile ihren ganzen Mut zusammeneheben. Laut dem Allensbach-Institut meinen nur noch 45 Prozent der Bundesbürger, dass man seine Meinung in Deutschland frei äußern könne.

Das ist der geringste Wert seit dem Jahre 1953, als die NS-Diktatur erst acht und die alliierte Zensur gerade einmal vier Jahre her war. Diese 45 Prozent entsprechen in etwa dem Stimmenanteil von Grünen, SPD und Linkspartei zusammen. Zufall?

Um so eine Gleichschaltung hinzukriegen und zu schützen, muss man unbedingt dafür sorgen, dass sich keiner traut, sie anzusprechen. Das ist weitgehend gelungen. Wer heute wagt, von der „weitgehend gleichgeschalteten Presse“ zu rasonieren, sieht sich sofort als „rechter Verschwörungstheoretiker“ attackiert. Ein gesellschaftliches Todesurteil!

So nehmen alle die Gleichschaltung hin, während sie sich gleichzeitig in Lobeshymnen auf das freieste und toleranteste Deutschland aller Zeiten überbieten und betonen, dass die atemberaubende öffentliche Meinungsvielfalt nur von „rechten Verschwörungstheoretikern“ gefährdet sei, welche

Widersprüche stören nicht, solange die Medien nur fast alle an einem Strang ziehen



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de